

Orientierungen

zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Dezember 2014

- **Die „schwarze Null“**
Haushaltsdisziplin oder Spar-Mythos?
- **Ludwig Erhard**
im Dritten Reich
- **Weltkonjunktur**
Analyse und Ausblick
- **Europäische Geldpolitik**
Über Deflation und Niedrigzinsen
- **Ludwig-Erhard-Preis**
für Wirtschaftspublizistik 2014



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

140

Inhalt

■ Ordnungspolitische Positionen: Haushaltspolitik

<i>Friedrich Heinemann</i>	Investitionsquoten in den Budgets steigern ohne Kompromisse beim Budgetausgleich	4
<i>Heiner Flassbeck/ Friederike Spiecker</i>	Die „schwarze Null“: Zwischen Haushaltsdisziplin und Sparen am falschen Ende	6
<i>Arne Heise</i>	„Schwarze Null“ oder „schwarzes Loch“ – Plädoyer für eine Finanzpolitik jenseits von Ideologie und Symbolik	9
<i>Oswald Metzger</i>	Die „schwarze Null“: Haushaltsdisziplin oder Spar-Mythos?	11

■ Ludwig Erhard

<i>Horst Friedrich Wünsche</i>	Ludwig Erhards Gutachten für Dienststellen im Dritten Reich	14
--------------------------------	---	----

■ Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

<i>Ulrich Blum</i>	Ludwig Erhards Politik als Vorbild für Chinas Weg in die Marktwirtschaft	22
<i>Peter Westerheide</i>	Weltkonjunktur in schwierigem Fahrwasser: Ursachenanalyse und Ausblick	26
<i>Richard Reichel</i>	Deflation: Theoretische Überlegungen, empirische Befunde und die Rolle der EZB	33
<i>Dirk Meyer</i>	Niedrigzinsen – Folgen und Gefahren	41

■ Buchbesprechung

<i>Berthold Barth</i>	Zu einem Buch von Thomas Mayer: Die neue Ordnung des Geldes	48
-----------------------	---	----

■ Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2014

<i>Roland Tichy</i>	Laudationes	51
<i>Heike Göbel</i>	Laudationes	57
<i>Wolfgang Clement</i>	Wer Bewahrenswertes bewahren will, muss bereit sein, vieles zu ändern	61
<i>Werner Plumpe</i>	Wirtschaftspolitische Reformen als „Staatskunst“	69

■ In eigener Sache

Wissenschaftlicher Beirat der Ludwig-Erhard-Stiftung	25
Ausschreibung Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2015	76

Editorial

Zwiespältige Politik

Wenn unumstößliche Gewissheiten ins Wanken geraten, weiß man: Es ist eine Zeitenwende, Umbruch steht vor der Tür. Das gilt, wie die in diesem Heft abgedruckten ordnungspolitischen Positionen zeigen, auch für das Thema Staatsverschuldung und Sparen. Sparen ist eine Tugend; wachsende Staatsverschuldung gilt als unvermeidlich und ist für viele sogar eine globalwirtschaftlich zwingende Notwendigkeit.

Ja, es ist ein sensationeller Erfolg, auf den *Oswald Metzger* hinweist, dass nämlich Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* nach 45 Jahren oder eineinhalb Generationen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann. Es ist ein Erfolg für die Einsichtsfähigkeit der Politik, die die Schuldenbremse verabschiedet hat; jetzt müssen die Länder dem Vorbild des Bundes folgen. Das ist die eigentliche Signalwirkung, wobei das Signal etwas schräg klingt. Nur durch die Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank, die damit die Defizite der südeuropäischen Staaten erträglicher gestalten will, schafft der Bundeshaushalt die Wende. Auch wenn die „schwarze Null“ also einem Windfall-Profit zu verdanken ist, einem glücklichen Umstand, so ist doch klar: Schwächere Finanzminister hätten dem Druck nachgegeben und höhere Ausgaben akzeptiert. Schließlich kosten doch Schulden – fast – nichts, und die Forderung nach immer noch höheren Leistungen ist Leitmotiv jeder Politikerrede. Und es ist ein Erfolg trotz der eingebauten Schönheitsfehler: Gewaltige Mehrausgaben für Mütterrenten und früheren Rentenbezug werden es *Schäubles* Nachfolgern sehr bald erschweren, die schwarze Null in Serie zu produzieren – und die Entscheidungen der Großen Koalition liefern gleichzeitig die Begründung für zukünftige Schuldenmacherei. So erleben wir eine Große Koalition ambivalent: als Schuldenabschaffer und Schuldenmacher gleichzeitig.

Die Erklärung für diese Paradoxie, die Auflösung des inneren Widerspruchs, liegt in der demographischen Entwicklung dieses Landes begründet. 1964, im Jahr mit der höchsten Geburtenzahl, wurden 1,4 Millionen Kinder geboren. Schon wieder diese 45 Jahre später sind es nur noch rund 400 000 Kinder. Das Schrumpfen der Bevölkerungszahl beschleunigt sich. Weil keine Kinder keine Kinder kriegen, wird sich auch der Rückgang des Anteils junger Menschen an der Bevölkerung beschleunigen; geringfügige Veränderungen in der zweiten Stelle hinter dem Komma der Geburtenrate ändern an diesem Prozess nichts. *Friedrich Heinemann* weist darauf

hin, dass die Tragbarkeit der Staatsverschuldung maßgeblich vom Trendwachstum einer Volkswirtschaft bestimmt wird. Nun werden ja die Grenzen des Wachstums seit 1972, dem Jahr der Vorlage des gleichnamigen Berichts des Club of Rome, intensiv diskutiert. Vielen gilt Wachstum als zerstörerisch – dabei ist es die Haushaltspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die Wachstum geradezu erzwingt. *Arne Heise* benennt in seinem Beitrag die Produktionslücke, die dadurch entsteht, dass Deutschland unter seinen Möglichkeiten zurück bleibt. Mit 1,1 Prozent Wachstum liegt Deutschland derzeit nur geringfügig über jenem mageren 1 Prozent der Dekade von 2001 bis 2010, in der die schwerste Depression seit über 80 Jahren stattfand. Es sind also viele Argumente, die das wohlige Gefühl stören, dem sich die deutsche Gesellschaft und Politik hingeben. Ein Gefühl, das seine Berechtigung hauptsächlich aus der depressiven Situation nährt, die unsere europäischen Nachbarstaaten erleiden und längst nicht dabei sind zu überwinden.

Ist nun Sparsamkeit die Tugend der Zeit? Nun kann sich das einzelwirtschaftlich Richtige zur gesamtwirtschaftlichen Katastrophe hochschaukeln, was jeder in einem Labortest nachprüfen kann: Stehen Sie mal im Theater auf, um ihre Sicht zu verbessern. Spätestens wenn auch die Leute hinter Ihnen alle stehen und sich ihr Verhalten bis in die zweite Reihe fortgepflanzt hat, wissen Sie: Alle sehen so schlecht wie vorher, müssen aber jetzt leider stehen... *Heiner Flassbeck* und *Friederike Spieker* halten dagegen. Sie sprechen von der „Sparlast“, die Deutschland seinen Nachbarn aufbürdet. Es stimmt ja, es waren die Milliarden und Abermilliarden Euro, die deutsche Banken im tatsächlichen oder vermeintlichen Auftrag ihrer Kunden zunächst in US-amerikanische Subprime-Papiere und dann in südeuropäische Staatsschuldentitel „investierten“, bis sich die Fragwürdigkeit dieser Investitionen mit einem Knall offenbarte. Ja, die Deutschen sparen, indem sie exportieren und diesen Export kreditieren. Aber ist das so falsch? Denn etwas außer Bewusstsein gerückt ist die Mackenroth-These, wonach eine Volkswirtschaft nicht für sich selbst sparen kann. Schließlich können wir keine Maschinen essen – sondern nur Finanztitel auflösen und umschichten. Insofern ist es richtig, wenn eine demographisch schrumpfende Gesellschaft wachsenden, kapitalhungrigen Volkswirtschaften die knappen Mittel zur Verfügung stellt und sich von der Rendite dieser Investitionen ihr Alter finanzieren lässt. So plausibel dies klingt, so offenkundig wenig Erfolg versprechend sind die Erfahrungen damit.

Außerdem stellen die Autoren fest, dass die Deutschen nicht nur zu wenig konsumieren, sondern auch zu wenig investieren. Aber wie regt man die Investitionen an? Sicherlich wird das die Aufgabe einer Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren sein, die sich vom Rausch und vom Kater der extrem expansiven Sozialpolitik erholen muss. Die Antworten liegen auf der Hand: Wirtschaften muss sich wieder lohnen, stabile Rahmenbedingungen müssen das Vertrauen wieder herstellen, das eine sprunghafte, kurzfristige und interventionistische Wirtschaftspolitik zerstört hat.

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

ab dieser Ausgabe erscheinen die „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ in neuem Layout und Format. Das Erscheinungsbild knüpft damit an den neu gestalteten und erweiterten Internetauftritt der Stiftung an: www.ludwig-erhard-stiftung.de. Die „Orientierungen“ erscheinen künftig halbjährlich, im Frühjahr und im Herbst. Die Zeitschrift kann weiterhin auf der Homepage der Stiftung als PDF heruntergeladen werden.

Inhaltlich bleiben wir dem bisherigen Konzept treu und veröffentlichen ordnungspolitische und zeitgeschichtliche Beiträge, Analysen zur Wirtschaftspolitik im In- und Ausland, Tagungsberichte, Rezensionen, bibliographische Hinweise und aktuelle Notizen.

Die Redaktion

Gerade in der Energiepolitik und in der Kritik an Schiedsgerichten zum Schutz der Investitionen zeigt sich: Investiert wird nur dann, wenn ein positiver Ertrag darstellbar ist und den Investoren auch zufließt. Wer mit dem Finger auf mangelnde Investitionen zeigt, sollte die vier Finger bedenken, die zurück verweisen auf die Verantwortung der Politik. Aber es geht auch mit kleinerer Münze. Die steuerliche Behandlung von Forschung gehört dazu und damit auch die Offenheit für neue Technologien. Zerschlagungsphantasien, die Unternehmen die Erfolge ihrer Innovationspolitik nehmen wollen, sind nicht der richtige Geist. Fortschritt kommt durch Wissenschaft, Technik und Unternehmergeist, nicht durch deren Regulierung. Das Wettbewerbsrecht muss Märkte offen halten – aber auch akzeptieren, wenn überlegene Lösungen überholte verdrängen und deklassieren. Die Zusammenarbeit zwischen privaten Unternehmen und öffentlicher Hand (Public Private Partnership) gehört dazu – und das Eingeständnis: Privates Kapital lässt sich nicht durch Gesprächsrunden aktivieren, sondern nur durch Gewinnaussichten. Wer aber beispielsweise Lebensversicherungen per Regulierung daran hindert, in Aktien von Wohnungsbaugesellschaften zu investieren, darf sich nicht wundern, wenn Spargeld nur in niedrig verzinslichen Staatsanleihen gebunkert wird, statt in den dringend benötigten Wohnungsbau zu fließen.

Wir brauchen wieder eine Zeitenwende – hin zu einer funktional denkenden Wirtschaftspolitik, die diese Zusammenhänge zur Kenntnis nimmt!

Roland Tichy
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-Stiftung

Haushaltspolitik

*PD Dr. Friedrich Heinemann
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)
Mannheim und Universität Heidelberg*



Investitionsquoten in den Budgets steigern ohne Kompromisse beim Budgetausgleich

Der Gesamtstaat in Deutschland hat den Budgetausgleich im Jahr 2014 vermutlich erreicht, und der Bund plant für das Jahr 2015 eine „schwarze Null“. Diese Entwicklung ist bei aller berechtigten Detailskepsis zum Haushaltsplan ein Gewinn für Deutschland und Europa: Für Deutschland stärkt diese Entwicklung die Glaubwürdigkeit der grundgesetzlichen Schuldenbremse, die erst zum Jahr 2020 vollständig wirksam wird. Gemäß dem bis dahin verlaufenden Übergangsprozess werden die Defizitgrenzen zunächst für das Haushaltsjahr 2016 für den Bund bindend (0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das strukturelle Defizit) und erst ab dem Jahr 2020 für die Länder (0,0 Prozent des BIP strukturelles Defizit). Diese Abfolge bedingt, dass die Länder nun den Bund im Hinblick auf seine Regeleinhaltung belauern. Würde der Bund ab dem Jahr 2016 mit Regelverletzungen beginnen, dann würde der Druck auf die Länder sinken, ihrerseits das spätere Datum 2020 für ihren Budgetausgleich ernst zu nehmen. Insofern trägt die Finanzpolitik des Bundes nun dazu bei, die Reputation der neuen Regeln zu stärken und einer der wichtigsten Verfassungsreformen der letzten Jahrzehnte zum Erfolg zu verhelfen.

Aber auch für Europa ist diese fiskalische Entwicklung in der Bundesrepublik vorteilhaft. Die seit 2010 akut gewordene Krise in der Eurozone hat viele Facetten. Sie ist unter anderem auch eine Vertrauenskrise um die Tragbarkeit der öffentlichen Verschuldung der Euro-Staaten. Alle Rettungsversuche sind daher zum Scheitern verurteilt, wenn es der Eurozone insgesamt in den kommenden Jahren nicht gelingt, die Märkte von der Tragbarkeit der öffentlichen Verschuldung in Europa zu überzeugen. Dass in dieser Situation mit Deutschland die größte Volkswirtschaft des Währungsraums Fortschritte in Richtung eines nachhaltigen Regimes macht, ist von daher für das Erholungspotenzial der gesamten Eurozone ein wichtiger Beitrag. Wohlgermerkt ist es angebracht, für die deutsche Budgetpolitik von „Fortschritten“ und nicht von „Zielerreichung“ zu sprechen. Denn Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen sind in den kommenden zwanzig Jahren mit erheblichen Lasten aufgrund des steigenden Durchschnittsalters in der Bevölkerung konfrontiert. Auch eine schwarze Null in den aktuellen Haushalten ist vor

diesem Hintergrund mitnichten mit der Einhaltung der intertemporalen Budgetrestriktion gleichzusetzen. Immerhin ist damit aber ein erster Schritt getan.

Dabei ist das Ziel einer nachhaltigen Budgetpolitik nicht allein über Budgetdisziplin erreichbar. Die Tragbarkeit der Staatsverschuldung wird maßgeblich vom Trend-Wachstum einer Volkswirtschaft determiniert. Insofern ist eine überzeugende Wachstumspolitik ein unabdingbarer Teil jeder Nachhaltigkeitsstrategie. Die Ansicht, Deutschland könne durch wieder höhere Defizite sein eigenes Wachstum und das der anderen Euro-Staaten beleben, kann jedoch wenig überzeugen. Der Preis wäre ein erneuter Reputationsverlust der Budgetpolitik und damit wieder wachsende Zweifel an der fiskalischen Zukunft und Überlebensfähigkeit der Eurozone mit all ihren negativen Folgen für das Wachstum. Vorzeichen und Ausmaß der Nachfrageeffekte höherer deutscher Defizite sind von daher äußerst unsicher. Es ist verblüffend, dass auch nach vier Jahren akuter Vertrauenskrise um tragbare öffentliche Finanzen Defizite in der Eurozone immer noch als ein Beitrag zur Wachstumsbelebung vorgeschlagen werden. Die deutschen Gebietskörperschaften und allen voran der Bund sollten daher nicht vom Ziel des Budgetausgleichs abrücken, aber sehr wohl durch eine Akzentverschiebung in ihrer Haushaltspolitik das Wachstumspotenzial stärken. Drei Ansatzpunkte bieten sich an:

■ Erstens sollte die Ausgabestruktur in Richtung einer stärkeren Investitionsorientierung modifiziert werden. Diese Forderung mag abstrakt leicht erfüllbar klingen, ihre Umsetzung ist in der finanzpolitischen Praxis jedoch schwierig. Denn konkret impliziert dies ein weiteres Durchforsten sozialer Leistungen nach Einsparmöglichkeiten, also das Gegenteil von dem, was die Bundesregierung etwa bei der Ausweitung der Rentenleistungen (Mütterrente, Rente für langjährig Versicherte mit 63) betreibt. Hier ist ein Umdenken erforderlich. Um die Investitionsquoten in den Budgets zu erhöhen, sollten sich Bundes- und Landesregierungen etwa im Vorfeld der Haushaltsverhandlungen auf ambitionierte Investitionsquoten einigen, zu denen in den Budgetaufstellungen dann alle Ressorts beitragen müssten.

■ Zweitens gilt es, die Effizienz der öffentlichen Leistungserstellung weiter zu erhöhen. Immer wieder weisen Forschungsergebnisse zur Effizienzmessung etwa für deutsche Kommunen darauf hin, dass es erhebliche Kostenunterschiede bei der Bereitstellung eines vergleichbaren Angebots an öffentlichen Gütern zwischen Kommunen gibt. Auch bei den Bundesländern und auf Bundesebene dürften erhebliche Effizienzreserven schlummern. Gelingt es, diese Schätze zu heben, dann könnten die frei werdenden Ressourcen für eine umfassende Investitionsinitiative genutzt werden.

■ Und drittens sollte viel stärker als bisher eine Nutzerfinanzierung der Infrastruktur praktiziert werden. Zu oft werden Investitionen immer noch über Steuermittel finanziert, obwohl die individuelle Begünstigung leicht ermittelbar ist. Die Ausgestaltung der Pkw-Maut als aufkommensneutrale Flatrate unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme ist in diesem Zusammenhang eine falsche

Weichenstellung. Die kilometergenaue Bepreisung der Straßennutzung ist technisch möglich und wird bei der Lkw-Maut erfolgreich praktiziert. Ein analoger auf eine deutliche Einnahmeerhöhung abzielender Ansatz für den Pkw-Bereich würde Finanzierungsengpässe im Straßenbau effizient und fair beseitigen. Ganz analog sollten die Bundesländer für die Hochschulfinanzierung den Fehler des weitgehenden Ausstiegs aus den Studiengebühren revidieren. Die Aufwendungen für Humankapitalbildung sind eine bedeutsame Investition, sie sind aber gleichzeitig eindeutig in ihrer Begünstigung individuell zuordenbar. Die ausschließliche Steuerfinanzierung ist daher falsch. Hier könnten durch den Ausbau von Studiengebühren erhebliche Ressourcen zur Steigerung der Investitionen auf anderen Feldern der Landeshaushalte frei gemacht werden. ■

*Dr. Heiner Flassbeck/
Dipl.-Volksw. Friederike Spiecker
Wirtschaftspublizisten*



Die „schwarze Null“: Zwischen Haushaltsdisziplin und Sparen am falschen Ende

Die Geschichte von der Schuldenlast ist altbekannt und offenbar unverwüchlich: Schulden belasten angeblich die zukünftigen Generationen, weshalb keine neuen gemacht werden sollen. Auch die gegenwärtig lebenden Menschen werden von der Schuldenlast gedrückt, nämlich von den bereits bestehenden Schulden, weil auf sie Zinsen gezahlt werden müssen. Deshalb sei es das Beste, nicht nur keine neuen Schulden zu machen, sondern auch die alten abzubauen. So das Credo der Schuldenkritiker. Da ist es nicht verwunderlich, dass man sich allenthalben die Hände reibt ob der Aussichten, dass nach dem Gesamtstaat auch der Bundeshaushalt im nächsten Jahr ohne neue Schulden auskommen wird. Die schwarze Null – ein Grund zur Freude?

Erstaunlich an der Diskussion ist, dass auch den privaten Haushalten empfohlen wird, Schulden abzubauen, und auch die Unternehmen häufig als überschuldet angesehen werden. Gegen die öffentlichen Schulden sollen Schuldenbremse, Fiskalpakt, Austerität und private Finanzierung öffentlicher Investitionen eingesetzt werden. Gegen die privaten Schulden wird „Konsolidierung“ empfohlen, also strenge Haushaltsdisziplin, auch wenn die problematischen Auswirkungen dieses Verhaltens auf die Konjunktur eines Landes spätestens seit Aufkommen des Begriffs der „balance sheet recession“ nicht mehr völlig unbekannt sein sollten.

Bilanzbereinigung der Privaten wird aber als notwendiges Übel wahrgenommen, das es sozusagen durchzustehen gilt. Man gelobt im selben Augenblick „Besserung“ für die Zukunft: So plädiert Bundeskanzlerin *Angela Merkel* für Wachstum, das nicht auf Pump gegründet ist, und wird in dieser Auffassung unter anderem von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) unterstützt, in deren aktuellem Jahresbericht es heißt: „Geborgtes Geld darf nicht länger der wichtigste Wachstumsmotor sein.“ Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* hat es beim G20-Treffen der Finanzminister auf das übliche *Ceterum Censeo* gebracht, nachhaltiges Wachstum könne nur auf Basis von Strukturreformen und einer soliden Finanzpolitik gesichert werden.

Dagegen soll im vorliegenden Beitrag einmal die andere Seite der Medaille beleuchtet werden, und das sind die Ersparnisse. Genau wie von der Schuldenlast kann man auch von der Sparlast reden. Auch in der obersten Etage der deutschen Wirtschaftspolitik ist inzwischen angekommen, dass man irgendwie nachhelfen muss, wenn es darum geht, „Ersparnisse in Investitionen zu verwandeln“, wie das im neoklassischen Fachjargon heißt. Trotz extrem hoher Ersparnisse der Deutschen lassen die Investitionen hierzulande sehr zu wünschen übrig. So sehr, dass der Wirtschaftsminister einen Investitionsbeirat einberufen hat, der sich diesem Problem widmen soll.

Allerdings fehlt immer noch die Erkenntnis, dass es nicht um ein Umwandeln von irgendwie vorhandenen Ersparnissen geht, sondern dass das Problem auf der Stufe davor liegt: bei der Entstehung des Einkommens. Nur tatsächlich entstandenes Einkommen, das heißt tatsächlich produzierte und abgesetzte Güter liefern die Grundlage zur Bildung von Ersparnissen. Und unter „abgesetzt“ versteht man, sozusagen von der anderen Seite des Tresens aus betrachtet, entweder „konsumiert“ oder „investiert“.

Seit dreizehn Jahren schaffen es die Deutschen, die Differenz zwischen dem, was sie produzieren, und dem, was im Inland abgesetzt wird, was sie also selbst konsumieren und investieren, ans Ausland zu verkaufen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, dass sie insgesamt hohe Einkommen haben und davon einen erheblichen Teil sparen – also nicht so viel konsumieren –, aber gleichzeitig auch wenig investieren. Deutschland leiht sich also in Höhe der inländischen Nachfragerücke Nachfrage aus dem Ausland. Gäbe es diesen Ausweg nicht, herrschte hierzulande seit Jahren Rezession. Für den Nachfrageersatz muss Deutschland dem Ausland in gleicher Höhe Kredit einräumen. Oder anders ausgedrückt: Das Ausland trägt die deutsche Sparlast.

In diesen dreizehn Jahren hat sich die Sparlast auf jährlich dreistellige Milliardenbeträge erhöht. 2013 lag der deutsche Leistungsbilanzüberschuss bei deutlich über 190 Milliarden Euro. Gemessen am deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind das ungefähr sieben Prozent. 2014 dürfte die Sparlast noch gestiegen sein, wie die neuesten Daten zur deutschen Leistungsbilanz zeigen.

Wer aber ist das Ausland, das die deutsche Sparlast trägt? Es lohnt sich anzuschauen, welche Länder und Ländergruppen wie viel von der deutschen Sparlast schultern. Der Anteil, den die Partner in der Europäischen Währungsunion tragen, geht seit der Finanzkrise 2008 deutlich zurück und liegt mittlerweile unter zwei Prozent des deutschen BIP. Das ist noch fast ein Viertel des deutschen Überschusses und immerhin gut 45 Milliarden Euro, um die sich Deutschlands Währungspartner neu bei uns verschulden – und das inmitten einer tiefen Rezession. Das kann offenbar nicht so weitergehen. Und deswegen stellt sich in aller Deutlichkeit die Frage, wo die deutschen Ersparnisse in Zukunft untergebracht werden sollen. Der Gipfel der G20-Staaten in Australien hat gerade mit deutscher Zustimmung betont, dass „rebalancing“ oberste Priorität hat, also der Abbau der riesigen Überschüsse und Defizite im Außenhandel. Folglich wird auch eine Verlagerung des Problems auf den Rest der Welt nicht funktionieren.

In den 1950er und 1960er Jahren, also zur Zeit *Ludwig Erhards*, hatte Deutschland andere Probleme als heute. Die privaten Haushalte sparten, der Staat war dennoch nur in geringem Maße verschuldet, und gegenüber dem Ausland war die Außenhandelsbilanz weitgehend ausgeglichen. Wer hat sich damals verschuldet, hat also die Ersparnisse der Bürger in Investitionen verwandelt? Nun, das waren die Unternehmen. Heute sind die Unternehmen aber per Saldo auch Sparer (haben also sozusagen einen positiven Leistungsbilanzsaldo), und *Ludwig Erhard* würde genau wie wir fragen, was das für eine Marktwirtschaft ist, in der ein Land dauernd versucht, die gesamte Last der Ersparnisse auf das Ausland zu verschieben, anstatt seine eigenen Unternehmen dafür in die Pflicht zu nehmen.

Es gibt also keinen Grund zur Freude über die schwarze Null. Erst wenn Deutschland es wieder schafft, seine Unternehmen zu Schuldner und Investoren zugleich zu machen, wäre es gerechtfertigt, dass der Staat sich zurückzieht und keine Schulden mehr macht. Gelingt das nicht, muss der Staat auch Verantwortung für die Sparlast übernehmen. ■

Prof. Dr. Arne Heise
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS),
Universität Hamburg



„Schwarze Null“ oder „schwarzes Loch“ – Plädoyer für eine Finanzpolitik jenseits von Ideologie und Symbolik

Im Jahr 2014 steht die „schwarze Null“ – so haben es unisono die Großkoalitionäre Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* (CDU) und Bundeswirtschaftsminister *Sigmar Gabriel* (SPD) als unhinterfragbares Ziel ausgegeben, und gemeint war ein erstmals seit über einer Dekade wieder ausgeglichener Bundeshaushalt. Die Bewertung eines Haushaltsziels kann allerdings nur erfolgen, wenn die Rahmenbedingungen – also das Konjunktur- und Wachstumsumfeld – bekannt sind. Sollten sich diese Rahmenbedingungen verschlechtern, bleibt eine Diskussion um ein einstmals vielleicht akzeptables Ziel nicht aus.

Genau dies aber ist geschehen: Gingen Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute Ende 2013 noch von einem Wirtschaftswachstum von etwa 2,0 Prozent im Jahr 2014 und einer leichten Aufwärtsbewegung im Jahr 2015 – also einem zwar nicht gerade kräftigen, aber doch nachhaltigen Wachstum – aus, mussten alle Vorhersagen im Laufe des Jahres deutlich nach unten korrigiert werden: 2014 wird das Wachstum kaum mehr als 1,0 bis 1,2 Prozent betragen, und 2015 wird die Wachstumsschwäche anhalten – es dürfte sich also nicht bloß um eine kleine Konjunkturdelle handeln, sondern die Gefahr einer weiteren Rezession ist konkret und akut.

Insgesamt wird das durchschnittliche Wachstum in der ersten Hälfte der 2010er Jahre also bei etwa 1,1 Prozent liegen – was nur unwesentlich höher ist als die 1,0 Prozent der Dekade von 2001 bis 2010, der immerhin die schwerste Depression seit über 80 Jahren stattfand. Wir können daraus ersehen, dass sich die deutsche Wirtschaft – trotz der im EU-Vergleich recht geringen Arbeitslosenquote von offiziell nur 6,5 Prozent im Jahr 2014 – weit unter ihrem Potenzial entwickelt. Die sogenannte Produktionslücke, die diese Abweichung vom Potenzialpfad misst, liegt in den Jahren 2014 und 2015 bei mindestens 1,0 Prozent – ein ausgeglichener gesamtwirtschaftlicher Haushalt bedeutet in einer solchen Situation, dass der konjunkturbereinigte strukturelle Haushaltssaldo einen Überschuss von etwa 1,0 Prozent ausweist.

Diese Zahlenspiele sind notwendig, um den finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung beurteilen zu können. Die sogenannte schwarze Null bezieht sich auf den gesamtwirtschaftlichen Haushaltssaldo, der neben den strukturellen eben auch die

konjunkturellen Bestandteile enthält. Die Messlatte des ausgeglichenen Haushalts, den der Europäische Fiskalpakt und, ab 2016, die sogenannte Schuldenbremse des Grundgesetzes vorgibt und deren Sinnhaftigkeit gleich noch einmal geprüft werden muss, bezieht sich immer auf den strukturellen Haushaltssaldo und zeigt deshalb an, dass hier konjunkturpolitischer Sachverstand hinter reiner Politysymbolik zurückstehen muss.

Ließe sich ein strukturell ausgeglichener Haushalt als sinnvolle Budgetregel finanzwissenschaftlich rechtfertigen, wäre die Versorgung mit öffentlichen Gütern in der Vergangenheit auf vertretbarem Niveau erfolgt und bliebe die Konjunkturdelle auf das Jahr 2014 beschränkt, könnte man vielleicht noch anführen, dass es als Zeichen an die Finanzmärkte und die Regierungspartner in der Europäischen Union bedeutsam sei, auch unter schwieriger werdenden ökonomischen Bedingungen an einem einmal ausgegebenen Budgetziel festzuhalten. Doch der ausgeglichene Haushalt lässt sich keineswegs als sinnvolle Budgetregel rechtfertigen. Um dies zu verstehen, muss man keine finanzwissenschaftliche Expertise bemühen, sondern lediglich darauf hinweisen, dass ein strukturell ausgeglichener Haushalt bei auch in Zukunft zu erwartenden im Durchschnitt positiven Wachstumsraten dazu führen muss, dass die öffentliche Schuldenstandsquote gegen Null konvergiert. Bei aller Unsicherheit und Divergenz in den Meinungen über ein optimales Niveau der Staatsverschuldung ist seit *Freiherr vom Stein* klar, dass zumindest öffentliche Investitionen mit einer Nutzungsdauer über mehrere Generationen hinweg nicht vollständig durch laufende Steuereinnahmen finanziert werden müssen. Und die Versorgung insbesondere mit öffentlichen Gütern mit investivem Charakter lag in den letzten zwei Jahrzehnten auf historisch niedrigem Niveau und schuf damit einen öffentlichen Investitionsrückstand von Ersatz-, Nachhol- und Erweiterungsinvestitionen von etwa 700 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 insbesondere in den Bereichen Straßen, Schulen, Abwasser, öffentlicher Personennahverkehr und kommunale Energieversorgung. Ohne diese öffentlichen Investitionen, die häufig Vorleistungen für private Wertschöpfungen sind, ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gefährdet. Und schließlich wird sich die Konjunktur nicht bereits im Jahr 2015 erholen.

Selbst wenn man also die Regelbindungen des Europäischen Fiskalpaktes und der grundgesetzlichen Schuldenbremse trotz der genannten ökonomischen Beanstandungen als Realität akzeptiert, bleiben Handlungsspielräume, die unbedingt genutzt werden sollten: Quantitativ lässt der Fiskalpakt gegenwärtig eine Erhöhung der strukturellen Verschuldung von 1,5 bis 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu, die zu einer Verdopplung der öffentlichen Investitionen genutzt werden könnte. Zeitlich lässt die Schuldenbremse ein Fenster für den Bundeshaushalt bis 2016 offen. Die deutsche Politik sollte sich also nicht von der „schwarzen Null“ in ein argumentatives „schwarzes Loch“ zerren lassen, sondern finanzpolitisch vernünftig und ökonomisch angemessen agieren.

Schließlich: Deutschland gerät mit seiner Rigorosität in finanz- und geldpolitischen Grundsatzfragen zunehmend in eine Außenseiterrolle in der Europäischen Union. Dies untergräbt einerseits die Autorität der deutschen Position in den europäischen Verhandlungsprozessen. Andererseits zwingt es Deutschland ein ökonomisches Gebaren auf, das unangemessen ist für die größte und stärkste Volkswirtschaft eines Wirtschafts- und Währungsraums. ■

*Oswald Metzger
Mitglied im Vorstand
der Ludwig-Erhard-Stiftung*



Die „schwarze Null“: Haushaltsdisziplin oder Spar-Mythos?

Es ist eine Herkulestat des Finanzministers, wenn er im Haushaltsvollzug ohne Kreditaufnahme auskommt. Das ist kein Lippenbekenntnis, auch wenn die folgende Analyse den deutschen Spar-Mythos kritisch hinterfragt. Nicht ohne Grund sind seit eineinhalb Generationen oder 45 Jahren viele Bundesfinanzminister an dieser Aufgabe gescheitert, obwohl die meisten diese solide Absicht hegten. *Wolfgang Schäuble*, dem dienstältesten Abgeordneten des Deutschen Bundestags, ist es im reifen Alter als Finanzminister immerhin schon gelungen, den Haushaltsplan für 2015 ohne neue Schulden aufzustellen und durch das Parlament zu bringen. Ob der Plan den Praxistest im kommenden Jahr allerdings tatsächlich bestehen wird, hängt vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt vom finanzpolitischen Handeln der Großen Koalition ab. Denn man rufe sich einen Satz ins Gedächtnis, der dem österreichischen Ökonomen und Politiker *Joseph Schumpeter* zugeschrieben wird und in dem sich die ganze Skepsis gegenüber einer schuldenfreien Politik manifestiert: „Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve.“

Politik hat viel mit Erzählkunst zu tun, mit Inszenierung, mit Mythen. Die „schwarze Null“ ist der Narrativ der Großen Koalition, vor allem der Union. Sie wird gefeiert und hochgehalten, auch wenn verbreitet Kritik auf das angebliche „deutsche Spardiktat“ prasselt. Ob in der G20-Runde, ob vom Internationalen Währungsfonds, ob in der Europäischen Kommission, ob von der französischen oder italienischen Regierung oder gar von der kleinen parlamentarischen Opposition im Bundestag: Fast überall ertönt harsche Kritik am Sparen der Deutschen, die damit der Konjunktur einen Bärendienst erweisen würden. Statt in die Zukunft zu

investieren, vor allem in Infrastruktur und Bildung, sparten die Deutschen Europa in die Stagnation. Weil *Angela Merkel* und *Wolfgang Schäuble* verbal dagegenhalten und bis auf kleinere Ausnahmen auch die SPD offiziell mitspielt, verstärkt das noch den deutschen Spar-Mythos.

Doch die Wahrheit sieht leider anders aus. Erspart hat sich Deutschland vor allem Zinsausgaben. Die Zinsersparnis liegt gemessen an den ursprünglichen Ausgabenplanungen für die Kreditfinanzierung des Bundes in einer Größenordnung von rund 15 Milliarden Euro jährlich. Eine gigantische Summe, die etwa fünf Prozent des Bundeshaushalts 2015 ausmacht. Noch im Jahr 2008 musste der Bundesfinanzminister für eine um rund 200 Milliarden Euro niedrigere Gesamtverschuldung knapp über 40 Milliarden Euro Zinsausgaben etatisieren. Für das kommende Jahr betragen die eingeplanten Ausgaben für Zinsen gerade mal 25 Milliarden Euro. So lässt sich das unterdurchschnittliche nominale Wachstum der Staatsausgaben auch beschönigen. Dank der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank werden die privaten Sparer mit Substanzverlust – sprich: partieller Enteignung – bestraft, während sich die Finanzminister von Bund und Ländern über die nominale Verbilligung ihrer immer noch steigenden Gesamtverschuldung freuen.

Erinnert sich jemand noch an die Debatten vor vier Jahren, als die Euro-Krise am Beispiel Griechenlands ins öffentliche Bewusstsein drang? Bei der Ursachenforschung der griechischen Staatsüberschuldung wurde von deutschen Politikern quer durch alle Lager beklagt, dass die Hellenen – Staat wie Bürger – die Zinsrendite nach der Euro-Einführung im Jahr 2001 nicht zur Konsolidierung nutzten. Stattdessen hätten sie sich durch den billigen Zins erst recht neue kreditfinanzierte Wohltaten gegönnt. Da die Refinanzierung der alten Schulden so günstig wurde, machten neue Schulden scheinbar keine Probleme.

Verhält sich Deutschland heute strukturell anders als Griechenland damals? Eigentlich müssten beim aktuellen Rekordsteueraufkommen zweistellige Milliardenüberschüsse im Bundesetat verbucht werden können. Doch statt die gewaltige Zinsrendite für Haushaltsüberschüsse zu nutzen, feiert man die „schwarze Null“. Das ist Volksverdummung! Deutschland hätte die Finanzmasse für die Abschaffung der leistungsfeindlichen kalten Progression im Einkommensteuerrecht. Deutschland hätte auch die Mittel für Zukunftsinvestitionen im Bereich Bildung und Infrastruktur, wenn denn tatsächlich in den guten vergangenen vier Jahren konsolidiert worden wäre.

Genau das Gegenteil ist passiert. Die Sozialausgaben des Staates wachsen überdurchschnittlich. Die Investitionen wurden ständig zurückgefahren. Soziale Leistungen, die Pensionen der Staatsdiener und der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung inbegriffen verdrängen faktisch Investitionen. Die Liste sozialpolitischer Wohltaten ist lang. Jahrelange Verteilungsgerechtigkeitsdebatten, die auf die Reformdynamik der Agenda 2010 der frühen 2000er Jahre folgten, bescherten Deutschland einen linken Zeitgeist, der das Verteilen vor das Verdienen setzt. Von

der Abschaffung der Praxisgebühr – noch mit FDP-Regierungsbeteiligung – über die Mütterrente und die Rente für langjährig Versicherte mit 63 bis zur Ausweitung der Leistungen in der Pflegeversicherung reicht das Wohlfühlpaket. Allein das Rentenpaket kostet jährlich deutlich über zehn Milliarden Euro. Statt die nur noch kurze demographische Schonzeit in der Rentenversicherung für Beitragssatzsenkungen zu nutzen und damit die Nettoeinkommen der Beschäftigten zu steigern, wurden gewaltige Mehrausgaben beschlossen. Ein Irrsinn, wenn man an die Babyboomer-Generation denkt, die zwischen 1950 und 1970 geboren wurde und bis 2035 massenhaft in Rente gehen wird. Pikant übrigens, dass der Bundesfinanzminister für seine schwarze Null im Bundeshaushalt 2015 auch die aktuell noch gute Kassenlage der Rentenversicherung nutzt und den Bundeszuschuss im kommenden Jahr kürzt.

Deutschland leidet nicht unter einem Spardiktat, sondern an einer Ausweitung der Ausgaben für soziale Wohltaten. Wer nicht spart, kann nicht investieren. Sparen und Investieren sind die zwei Seiten der volkswirtschaftlichen Medaille. Mit einer weiteren Ausweitung konsumtiver Leistungen reduzieren wir unsere Fähigkeit, den Kapitalstock der Volkswirtschaft durch Investitionen in Bildung und Infrastruktur für künftiges Wachstum zu erhalten und aufzubauen. Dazu bedarf es aber einer Haltung, die das Primat beim Erwirtschaften, nicht beim Verteilen sieht. Oder in den Worten *Ludwig Erhards*: Jede „Wohltat“ muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat den Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat“. ■

■ Ludwig Erhards Gutachten für Dienststellen im Dritten Reich

Dr. Horst Friedrich Wünsche

Ehemaliger Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung

In *Ludwig Erhards* Karriere als Wissenschaftler gibt es einen Punkt, über den viel spekuliert wurde, weil die Fakten unbekannt waren. Jüngste Funde von Dokumenten zeigen, dass *Erhard* auch im Dritten Reich seine grundsätzlichen politischen Ansichten mit bewundernswerter Zivilcourage vertreten hat.

■ Erhards wirtschaftspolitische Grundeinstellung

Die Aufrüstung und der Kriegsbeginn hatten *Erhard*, der seit 1929 am „Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware“ in Nürnberg tätig war,¹ zunehmend um die Aufrechterhaltung der notwendigsten Konsumgüterproduktion im Deutschen Reich fürchten lassen. *Erhard* hielt es für dringend geboten, die Grundversorgung der Bevölkerung gegenüber den fortlaufend steigenden Rüstungsanforderungen sicherzustellen. Diese Aufgabe war insbesondere in den besetzten bzw. in den der deutschen Zivilverwaltung unterstellten Gebieten akut geworden, denn in diesen Gebieten wurde die Wirtschaft teilweise systematisch für Kriegszwecke ausgeplündert. *Erhard* stand durch seine Tätigkeit in Nürnberg in Kontakt mit Persönlichkeiten, die seine Sorgen teilten. So kam es, dass er von 1940 an teils für das Institut, teils persönlich gutachterliche Tätigkeiten übernahm, in denen die Bedeutung bestimmter Betriebe für die zivile Produktion aufgezeigt und ihre Fortführung begründet wurde.

Über das, was *Erhard* persönlich in Lothringen tat – Lothringen war im Juni 1940 der deutschen Zivilverwaltung unterstellt worden –, ist noch immer fast nichts bekannt. Nach *Erhards* eigenen Aussagen betreute er dort im Auftrag des Chefs der Zivilverwaltung, *Josef Bürckel*, vor allem die lothringische Glasindustrie. Offiziell fungierte er dabei als „Leiter der Abteilung Wirtschaftsförderung beim

¹ Das Nürnberger Institut war 1925 von Wilhelm Rieger und Wilhelm Vershofen gegründet worden. Vershofen leitete es formal bis 1942, hatte sich aber 1936 emeritieren lassen und auf seinen Altersruhesitz in Tiefenbach bei Oberstdorf im Allgäu zurückgezogen, sodass *Erhard* seit 1937 faktisch geschäftsführender Leiter des Instituts war. Vgl. Georg Bergler, *Geschichte der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Nürnberg 1919–1961*, Nürnberg 1963, Seite 176.

Reichskommissar für die Saarpfalz“.² Über die Arbeiten, die *Erhard* zusammen mit Mitarbeitern des Nürnberger Instituts in den am 1. November 1939 dem Deutschen Reich eingegliederten Ostgebieten durchführte, sind jüngst aufschlussreiche Dokumente gefunden worden. Sie belegen zum einen, dass es *Erhard* dabei in erster Linie um die Versorgung der einheimischen Bevölkerung und den Aufbau einer dauerhaft funktionsfähigen Wirtschaft ging. Sie zeigen zum anderen aber auch, dass *Erhards* Haltung von maßgeblichen Stellen im nationalsozialistischen Machtapparat befürwortet, von anderen aber scharf missbilligt wurde und sich *Erhard* überraschend couragiert für die Belange der einheimischen Bevölkerung eingesetzt hat.

■ Erhards Gutachten 1941/42

Den Akten zufolge hat *Erhard* ab 1941 zusammen mit zwei Mitarbeitern des Nürnberger Instituts zwei Gutachten für die „Haupttreuhandstelle Ost“ erstellt. Aus *Erhards* Personalakte im Stadtarchiv Nürnberg geht hervor, dass er zu diesem Zweck strapaziöse Reisen durch das vollständig eingegliederte Wartheland sowie durch die eingegliederten Teile Schlesiens, Danzig-Westpreußens und Ostpreußens unternahm.³

Der Auftraggeber, die Haupttreuhandstelle Ost, hat beide Gutachten unter dem Titel „Die Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes“ mit dem Vermerk „Erstattet vom Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware, Stadt der Reichsparteitage Nürnberg“ hektographisch vervielfältigt und verteilt.

■ Das erste Gutachten, das *Erhard* als von ihm persönlich erstellt bezeichnet hat,⁴ ist verschollen. Es wurde im Juni 1941 als „Vorbericht über die Markt- und Betriebsstruktur sowie die sich daraus für den Aufbau ergebenden Schlussfolgerungen“ abgeschlossen. Vorhanden sind derzeit lediglich ein 15-seitiger Auszug⁵ sowie einzelne Passagen und Zitate.⁶

■ Das zweite, 246 Seiten umfassende Gutachten wurde im April 1943 als „Schlussbericht über die wirtschaftliche, zumal industrielle Struktur und über die Markt- und

2 Vgl. Wilfried Feldenkirchen/Daniela Fuchs, Die Stimme des Verbrauchers zum Klingen bringen. 75 Jahre Geschichte der GfK-Gruppe, München/Zürich 2009, Seite 55.

3 Stadtarchiv Nürnberg, C18/II, Nr. 1871: Ludwig Erhard.

4 Vgl. Bundesarchiv R 63/180, Blatt 121: Schreiben von Erhard an den Hauptgeschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien, August Heinrichsbauer, vom 15. September 1941.

5 Vgl. Bundesarchiv Potsdam, F 44425, Blätter 437–451. Der Text ist nachfolgend als „Auszug (1941)“ mit den Seitenzahlen des Originals zitiert.

6 Karl-Heinz Roth schreibt etwas missverständlich, Christian Gerlach habe „den bislang verschollenen Vorbericht Erhards zur Wirtschaftspolitik in den annektierten polnischen Westprovinzen publiziert“. Vgl. Karl-Heinz Roth, Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945), in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Teil I: Oktober 1995, Teil II: Januar 1998, hier: Teil II, Seite 92, Fußnote 1. Tatsächlich hat Gerlach jedoch nur versucht, den Inhalt der verschollenen Studie aus Winklers „kurzem Auszug“, einer Abschrift der Seiten 33 bis 37, „Das Verkehrswesen“ und diversen Zitaten zu rekonstruieren, die sich verstreut in den Akten des Bundesarchivs R 49/981 und R 49/893 finden. Gerlach kommt zum Ergebnis, dass Erhards Vorbericht etwa 162 Seiten umfassen müsse und mit Winklers Auszug inhaltlich gut übereinstimme.

Betriebsverhältnisse unter Hinzufügung des ermittelten Zahlenmaterials“ vorgelegt.⁷ Da *Erhard* zum 1. Oktober 1942 aus dem Nürnberger Institut ausgeschieden ist, hat er für diesen Schlussbericht ohne Zweifel das Material beschaffen, ihn konzipieren und vorformulieren können. Aber es kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass er ihn auch abschließend bearbeitet hat.

Der Auszug aus dem verschollenen Gutachten von 1941, das *Erhard* allein zu verantworten hatte, zeigt deutlich die politischen Absichten und einige ökonomische Grundansichten von *Erhard*: *Erhards* Absicht ist, die Wirtschaftswirklichkeit in den angegliederten Gebieten sachlich zu beschreiben und Vorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation der einheimischen Bevölkerung vorzulegen. *Erhard* geht es darum, die Leistungsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zugunsten der einheimischen Bevölkerung zu fördern. Seine Vorschläge umfassen sowohl wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen als auch Anregungen zur Kooperation mit reichsdeutschen Unternehmen. Das heißt: Es geht ihm nicht um Maßnahmen, die der Ausbeutung der angegliederten Gebiete, der Nutzung ihrer Produktionskapazitäten, ihres Arbeitskräftepotentials und ihrer Rohstoffe für Rüstungszwecke dienlich sein können.

Bemerkenswert ist auch, dass der Text keinerlei rassistische Ausfälle enthält, die in derlei Ausführungen seinerzeit üblicherweise eingestreut waren. Im Gegenteil: In manchen überlieferten Passagen, auch noch im nüchternen, zahlengestützten Schlussbericht werden *Erhards* Sympathie für die Polen und sein Respekt vor ihrer schwierigen politischen Geschichte und ihrer nationalen Entwicklung spürbar. *Christian Gerlach* – er lehrt Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Bern – hat *Erhards* Grundeinstellung, die so krass im Gegensatz zur damals verbreiteten Ideologie steht, so zusammengefasst:

„Aus mehreren Gründen müssten, so *Erhard*, die polnischen Arbeitskräfte deutlich besser bezahlt und sozial besser gestellt werden; vor allem benötigen die aufzubauenden Industrien eine starke Nachfrage auch von polnischen Verbrauchern; man brauche polnischen Facharbeiternachwuchs ... *Erhard* forderte keine ‚Entvölkerung‘, sondern warnte vor ihr.“⁸

7 Vgl. Bundesarchiv RW 19 Anhang I/1304. Der Text ist nachfolgend als „Schlussbericht (1943)“ mit den Seitenzahlen des Originals zitiert.

8 Christian Gerlach, Ludwig Erhard und die „Wirtschaft des neuen deutschen Ostraumes“. Ein Gutachten aus dem Jahr 1941 und Erhards Beratertätigkeit bei der deutschen Annexionspolitik 1938–43, in: Matthias Hamann/Hans Asbeck (Hrsg.), Halbierte Vernunft und totale Medizin. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Berlin/Göttingen 1997, Seiten 249 f.

■ Erhards Ziel: Versöhnung zwischen Deutschen und Polen!

Nun waren die Verdrängung der einheimischen Bevölkerung und die Eindeutigung der besetzten Gebiete – „Ausplünderung, Umsiedlung und Verdeutschung“ – die erklärten Ziele der nationalsozialistischen Polenpolitik. Im historischen Bewusstsein hat sich dieser Sachverhalt samt der unvorstellbar grausamen Mittel festgesetzt, die zur „Germanisierung“ und „Umvolkung“ unternommen wurden. Es wurde kaum wahrgenommen, dass diese Zielsetzungen keinesfalls von allen Stellen des nationalsozialistischen Machtapparats mitgetragen wurden und dass sie kurioserweise auch von der Stelle nicht vertreten wurden, die sie vor Ort hätte durchführen müssen und in deren Auftrag *Erhard* tätig war.

Der Leiter der Haupttreuhandstelle Ost, *Max Winkler* – natürlich Parteigenosse –, glaubte offensichtlich, dass es die Pflicht der deutschen Verwalter sei, die übernommenen Gebiete wirtschaftlich und sozial fortzuentwickeln und für ein friedliches Miteinander von Deutschen und Polen zu sorgen. So kam es, dass *Winkler* aus *Erhards* im Juni 1941 eingelieferten Vorbericht unverzüglich einen „Kurzen Auszug“ anfertigen ließ, den er großzügig verteilte. In ihm hat er *Erhards* Feststellung unterstrichen: „Das Miteinanderleben von Deutschen und Polen gerade in den Betrieben wird als die wichtigste aller zu lösenden Aufgaben empfunden.“⁹

Winkler hätte auch *Erhards* Fazit hervorheben können: „Das Nürnberger Institut glaubt, den Vertretern einer auf lange Sicht versöhnlich ausgerichteten Politik der Menschenführung recht geben zu können. Nach dem bisher mehr massenweisen Einstrom neuer deutschstämmiger Bevölkerung muss in Zukunft das Ausleseprinzip zur Anwendung gelangen, wobei nicht nur das fachliche Können oder sonstige berufliche Eignung entscheidend sein dürften.“¹⁰

In diesem Sinne unterstreichenswert wäre auch vieles andere gewesen, etwa *Erhards* Erklärung: Für jeden Deutschen komme es „darauf an, ohne Preisgabe der Persönlichkeit und der Würde seines Volkes Vorbild zu sein und zugleich möglichst spannungsfrei mit der polnischen Bevölkerung zusammenzuarbeiten“.¹¹

Fest steht: *Winkler* war mit *Erhards* Ausarbeitung sehr zufrieden. Das Gutachten, das er beim Institut für Wirtschaftsbeobachtung in Nürnberg bestellt hat,¹² entsprach seinen politischen Überzeugungen, und es entsprach wohl nicht nur – wie es *Gerlach* hervorhebt – der ökonomischen Absicht der Haupttreuhandstelle Ost, „eine gesunde Mischung staatlicher Wirtschaftslenkung und unternehmerisch

9 Auszug (1941), Seite 2. Im Schlussbericht (1943) findet sich dieser Satz nicht.

10 Auszug (1941), Seite 2. Auch dieser Satz findet sich nicht im Schlussbericht (1943).

11 Auszug (1941), Seite 2. Dieser Satz findet sich ebenfalls nicht im Schlussbericht (1943).

12 *Winkler* hat sich selbst als Auftraggeber der Studie bezeichnet. Zum Auftrag selbst und zu Modalitäten und Vereinbarungen über Inhalt und Abgabetermin sind bislang noch keine Unterlagen gefunden worden. In einem Vorschlag zum Entwurf des Reichshaushalts für 1941/Ordentlicher Haushalt des Beauftragten für den Vierjahresplan, Haupttreuhandstelle Ost, vom 14. Juni 1941 wird lediglich ein Etatposten „IFW: Untersuchung der Struktur und Gestaltung der Industrie in den eingegliederten Ostgebieten“ aufgeführt. Vgl. Bundesarchiv Potsdam 21.01, B 6161, Blatt 69.

wirtschaftlicher Initiative zu finden“.¹³ Es ging in leicht erkennbarer Weise weit über das Ökonomische hinaus und wurde von *Winkler* wohl zu Recht als ein Beitrag empfunden, mit dem das schwierige Verhältnis von Polen und Deutschen konsolidiert und auf ein langfristig tragfähiges Fundament gestellt werden kann.

Überraschenderweise hat auch der Beauftragte für den Vierjahresplan, *Hermann Göring*, dem die Haupttreuhandstelle Ost unterstand, *Erhards* Ausarbeitung günstig beurteilt. *Erhard* zitiert aus *Görings* Schreiben an ihn: „Die von Ihnen und Ihrem Institut bearbeitete Untersuchung über die Markt- und Betriebsstruktur sowie die sich daraus für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft ergebenden Schlussfolgerungen habe ich nunmehr durchgesehen. Sie haben die ostdeutschen Wirtschaftsprobleme, die volkswirtschaftlichen wie betriebswirtschaftlichen Fragen nach meinem Urteil von Grund aus richtig erkannt und aus diesen Erkenntnissen Ihre Folgerungen und Forderungen für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft klar vorausschauend abgeleitet. So gelangen Sie zu einer Fülle von Anregungen für den Kräfteinsatz, für die Produktion und die Absatzwirtschaft ebenso wie für den Krediteinsatz, die Abschreibungen und Investitionen usw. und damit zu Vorschlägen, die in hohem Maße geeignet sind, den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft zu steuern. Für Ihre erfolgreiche Arbeit spreche ich Ihnen meine ganz besondere Anerkennung und meinen Dank aus. Ich nehme an, dass Sie in Ihrem Hauptbericht auch das Litzmannstädter wie das ostoberschlesische Problem in den Gesamtzusammenhang des ostdeutschen Aufbauproblems einbauen werden. So sehe ich mit hoher Erwartung Ihrem abschließenden Hauptbericht entgegen.“¹⁴

■ Die Herausforderung: Überwindung von Hass und ideologischer Verbohrtheit

Am 11. Oktober 1941 hat *Winkler* den Auszug aus *Erhards* Gutachten Reichsaußenminister *Joachim von Ribbentrop* geschickt. Er schreibt ihm, „betreffend den Aufbau der wiedereingegliederten Ostgebiete“: „Das Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware hat in meinem Auftrag eine Untersuchung über Entwicklung, Struktur und Aufbau des neuen deutschen Ostraumes bearbeitet. Die Untersuchung geht aus von Raum, Volk und Arbeit; sie behandelt Produktion und Verbrauch, Marktverflechtung und Verteilung, und sie legt schließlich die Zusammenhänge dar von Rohstoffbeschaffung und technischer Ausrüstung der Betriebe, von Sortiment und Absatz, von Kosten und Preisen, von Kapitaleinsatz und Liquidität. Aus den durch umfassende Betriebserhebungen unterbauten Ergebnissen seiner Untersuchung hat das Institut eine Reihe von Forderungen und Anregungen für den Kräfteinsatz, für die Produktion und die Absatzwirtschaft, für den Krediteinsatz, Abschreibungen und Investitionen abgeleitet. Ohne mir seine Feststellungen und Vorschläge im Einzelnen zu eigen zu machen, glaube ich, die Ergebnisse und Anregungen als wichtige und beachtenswerte Beiträge zu den Planungen über den Aufbau des neuen deutschen Ostraumes den für den Wirtschaftsaufbau

¹³ Christian Gerlach, a. a. O., Seite 252.

¹⁴ Zitat aus Schreiben Erhard an Heinrichsbauer vom 29. September 1941, Bundesarchiv R 63/189, Blätter 118 f.

der neuen deutschen Ostgebiete zuständigen Stellen zur Prüfung und Erörterung empfehlen zu sollen. Ich erlaube mir, ein Stück des sich in der Hauptsache mit den Wirtschaftsproblemen der Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland (ohne Litzmannstadt) befassenden Vorberichts zur Kenntnisnahme zu überreichen.¹⁵

Die Reaktion des Außenministeriums kann nicht freundlich gewesen sein. Zumindest dürften Bedenken gegen die Verbreitung der Studie vorgetragen worden sein, denn *Winkler* beteuert dem Auswärtigen Amt am 4. November 1941: „Die Denkschrift ist von mir ausschließlich an solche Persönlichkeiten und Dienststellen des Staates und der Partei versandt worden, die wohl sämtlich zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Ihrer Anregungen entsprechend werde ich trotzdem alle Empfänger der Denkschrift nochmals in einem besonderen Schreiben auf den streng vertraulichen Charakter des Inhalts hinweisen.“¹⁶

Wie gesagt: *Winkler* hat in *Erhards* Gutachten offensichtlich eine Grundlage für ein dauerhaft versöhnliches Zusammenleben von Deutschen und Polen gesehen – ein Fundament, das herzustellen seiner Meinung nach die Aufgabe der Haupttreuhandstelle Ost sein sollte. *Winkler* lag dementsprechend viel daran, *Erhards* Gutachten möglichst weit zu verbreiten. Auch dem Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, *Heinrich Himmler*, hat er deshalb ein Exemplar geschickt,¹⁷ und auch ihm hat er erklärt, dass sich aus den Ergebnissen und Anregungen des Nürnberger Instituts „wichtige und beachtenswerte Beiträge zu den Planungen über den Aufbau des neuen deutschen Ostraumes“ ergeben, die beachtet werden sollten.

Der Leiter im Stab des Reichskommissars, *Ulrich Greifelt*, war empört: *Winkler* spiele sich als beauftragter Ordner der Verhältnisse auf. Er hat bei der Haupttreuhandstelle Ost unverzüglich drei weitere Exemplare von *Erhards* Bericht anfordern lassen und sie seinen Hauptabteilungsleitern mit der Aufforderung übergeben, sie zu überprüfen: „Ich werde den Reichsführer-SS nach vorliegender Beurteilung unterrichten müssen.“¹⁸

■ Erhards unerschütterliche Courage

Der Leiter des Archivs der Universität Erlangen-Nürnberg, *Clemens Wachter*, hat diese Spur weiter verfolgt und dabei deutlich herausgearbeitet, dass das Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums *Erhards* Ausarbeitung in völligem Gegensatz zur Haupttreuhandstelle Ost und zur Ansicht des Beauftragten

15 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes R 112/961, abgedruckt bei Karl-Heinz Roth, a. a. O., Teil I: Seite 23.

16 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, R 112/961, abgedruckt bei Karl-Heinz Roth, Teil I: Seite 24. Vgl. auch die Schreiben vom 10. November 1942 in: Bundesarchiv R 49/893, Blätter 4 und 5.

17 Heinrich Himmler, der Reichsführer-SS, war aufgrund eines Erlasses am 7. Oktober 1939 zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ bestellt worden. Seine Aufgaben umfassten unter anderem die Ausschaltung „des schädigenden Einflusses von volksfremden Bevölkerungsteilen auf Reich und deutsche Volksgemeinschaft“ und „die Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung“.

18 Bundesarchiv R 49/893, Blätter 1 f.

für den Vierjahresplan, *Hermann Göring*, äußerst negativ beurteilt hat.¹⁹ In *Erhards* Gutachten wurde eine eindeutige Missachtung von klar erkennbaren politischen Absichten gesehen. Nach intensiven internen Diskussionen wurden *Erhard* und seine Mitarbeiter, *Gerhard Holthaus*²⁰ und *Albert Kerschbaum*, am 4. Juni 1942 zu einer Anhörung geladen. Dabei wurde ihnen nicht nur vorgehalten, dass in ihrem Gutachten unterstellt werde, dass die polnische Bevölkerung in den angegliederten Gebieten verbleiben solle, sondern auch, dass sie erwögen, die Polen den Deutschen sozial gleichzustellen. Zudem würde in ihrem Gutachten das polnische Wesen in unzutreffender Weise positiv dargestellt. Es seien da Sätze zu lesen wie: „Die Gerechtigkeit gebietet überhaupt, anzuerkennen, dass sich der polnische Arbeiter als willig und fleißig erwiesen hat.“²¹

Der Bericht sei für den Reichskommissar nur annehmbar, wenn die Polen als fremdstämmig betrachtet werden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt aus dem Volkskörper und der deutschen Wirtschaft ausgeschieden werden müssen. Nach der Aufzeichnung des Leiters der Hauptabteilung III, Regierungsrat *Robert Schaefer*, muss *Erhard* darauf in etwa entgegnet haben, dass ein solches Umsiedlungsprojekt schon deshalb illusorisch sei, weil der Krieg nicht genügend Menschen übrig lasse, die sich in den Ostgebieten ansiedeln ließen. *Schaefer* war offensichtlich konsterniert, aber bemüht, die unterschiedlichen Auffassungen – immerhin grundsätzliche Gegensätze auf hoher Ebene des nationalsozialistischen Machtapparats, die auch in den Hauptabteilungen des Reichskommissariats und sogar zwischen den bei der Aussprache mit *Erhard* anwesenden Dienststellenleitern, *Günther Stier* und *Kurt Eggers*, schwelten²² – nicht zu protokollieren. Er vermerkt, dass der Auftrag an das Institut wohl missverständlich formuliert wurde:²³ „Die Herren des Instituts zeigten keine Neigung, sich mit den politischen Fragen auseinanderzusetzen, da nach ihrer Meinung diese von den dazu berufenen Stellen gelöst werden müssten. Sie räumten ein, dass das Ergebnis der Arbeit anders gelaute hätte, wenn die ihnen gestellten Aufgaben so gewesen wären, dass das Institut von diesem Postulat auszugehen Gelegenheit gehabt hätte. Ich machte den Vorschlag, in einer neuen Arbeit zu den Fragen des Aufbaus der Industrie im Osten Stellung zu nehmen. Es

19 Vgl. Clemens Wachter, Ludwig Erhard als Wissenschaftler und Dozent. Seine Tätigkeit an der Nürnberger Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und am Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg, Band 100 (2013), Seite 661. Wachter bezieht sich auf die Akte im Bundesarchiv R 49/893. Sie enthält die Stellungnahmen der Hauptabteilung II vom 9. Dezember 1941 (Blätter 24 ff.), der Hauptabteilung I vom 14. Januar 1942 (Blätter 33 ff.) sowie der Hauptabteilung IV vom 1. Mai 1942 (Blätter 43 ff.), und darüber hinaus noch ein Protestschreiben des Reichsstatthalters des Reichsgaues Wartheland, einem Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums vom 26. November 1941 (Blätter 6 ff.).

20 Im Hinblick auf die in Fußnote 1 vorgetragene Behauptung, dass sich *Vershofen* Ende 1936 aus der Leitung des Nürnberger Instituts zurückgezogen habe, ist interessant, dass er den Namen von *Gerhard Holthaus* nicht kennt, sondern ihn „*Dr. Nolthaus*“ nennt. Vgl. Brief *Vershofen* an den Rechts- und Finanzdezernenten der Stadt Nürnberg, Hans Rollwagen, vom 27. Mai 1942, Stadtarchiv Nürnberg, C18/II, Nr. 1871: Ludwig Erhard.

21 Dieser Satz findet sich weder im Auszug (1941) noch im Schlussbericht (1943).

22 Vgl. den „Aktenvermerk für den Hauptamtschef“ von *Dr. Eggers* vom 15. Mai 1942, Bundesarchiv R 49/893, Blätter 49 ff.

23 Den ursprünglichen Auftrag hatte nicht das Reichskommissariat, sondern der Leiter der Haupttreuhandstelle Ost, *Max Winkler*, erteilt. *Erhard* hatte ihn offensichtlich nicht missverstanden, sondern ihn in seinem und im Sinne von *Winkler* aufgefasst.

könne nur wertvoll sein, zu erfahren, zu welchem Ergebnis die Untersuchungen führen würden, wenn die dargelegte politische Forderung als unveränderlicher Ausgangspunkt der Betrachtung zugrunde gelegt werde. *Dr. Erhard* erbot sich zur Anfertigung einer solchen Arbeit.²⁴

„*Dr. Erhard* erbot sich ...“: Auch *Erhard* war bemüht, es zu keinem Affront kommen zu lassen. Er bedankte sich schriftlich „für den freundlichen Empfang und für die ebenso interessante wie freimütige Aussprache ..., die im ganzen sicher zu einer weiteren Klärung der in meinem Vorbericht angeschnittenen Fragen beitragen könnte“, und versicherte, „sich der von Ihnen gestellten Aufgabe in voller Hingabe zu unterziehen“.²⁵ Interessant ist dabei, dass *Erhard* die naheliegende Möglichkeit, den Wünschen des Reichskommissars nachzukommen, nämlich den in Arbeit befindlichen Schlussbericht entsprechend zu überarbeiten, mit keinem Wort erwähnt.

Der Schlussbericht wurde ohne Einflussnahme des Reichskommissariats fertiggestellt²⁶ und der Haupttreuhandanstalt Ost im April 1943 übergeben. Im Monat darauf erhielt *Erhard* vom Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums den Auftrag, bis Ende August einen „Ergänzungsbericht“ zu seinem Vorbericht zu erstellen.²⁷ *Erhard* ließ den Termin verstreichen und erklärte am 28. Oktober 1943, dass er „nahezu die ganze Zeit zwecks Durchführung kriegswichtiger Aufgaben verweist“ gewesen sei, „sodass ich mich auch der Erstellung dieses Gutachtens noch wenig widmen konnte“. Er versicherte jedoch, dass er sich „nunmehr mit Intensität dem Auftrag des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums zuwenden wird“.²⁸ Und dabei blieb es.

Wie gesagt: *Erhard* hat mit seinen Gutachten für die Haupttreuhandstelle Ost den Weg zu „einer auf lange Sicht versöhnlich ausgerichteten Politik“ zwischen Deutschen und Polen gewiesen. Er hat im Leiter der Haupttreuhandstelle Ost, *Max Winkler*, kräftige Unterstützung für seine politischen Ansichten gefunden, die in schroffem Gegensatz zu den Plänen des Reichsführers-SS, *Heinrich Himmler*, standen, für den das im Rasse- und Siedlungshauptamt geprägte herrschsüchtige Motto galt: „Der Osten gehört der SS.“ *Erhard* hat sich nicht der herrschenden Macht gebeugt, sondern seine Ansichten mutig auch dort vertreten, wo ihnen Ideologien, Feindschaft und Hass in unberechenbarer Weise entgegenstanden. ■

24 Bundesarchiv R 49/893, Blatt 54.

25 Bundesarchiv R 49/893, Blatt 56.

26 Ob in diesem Schlussbericht von *Erhard* formulierte Aussagen und Empfehlungen gestrichen oder verändert wurden, lässt sich nicht feststellen. Nur an zwei Stellen werden in ihm marginale Korrekturen gegenüber *Erhards* Vorbericht ausdrücklich bezeichnet, nämlich auf Seite 60 im Hinblick auf Standortplanungen und auf Seite 148 im Hinblick auf Überlegungen, technisch rückständige Betriebe durch Subventionen zu fördern. Vgl. Schlussbericht (1943).

27 Bundesarchiv R 49/893, Blatt 77.

28 Bundesarchiv R 49/893, Blatt 85.

■ Ludwig Erhards Politik als Vorbild für Chinas Weg in die Marktwirtschaft

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum

Vorstandsmitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Ludwig-Erhard-Stiftung, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Universität Halle-Wittenberg

Vom 19. bis zum 21. September 2014 fand die zweite Konferenz des Beijing Humboldt Forum statt, an dem ausgewiesene Wissenschaftler, Politiker und Unternehmer unter anderem aus China, Deutschland, Österreich, Japan, den USA, Togo und Singapur teilnahmen. Sie widmete sich dem Thema „Kulturelles Erbe, Grüne Wirtschaft: Technologische Innovation, industrielles Wachstum und grüne Mobilität“.

Hintergrund des Beijing Humboldt Forum (BHF) ist eine seitens der Alexander-von-Humboldt-Stiftung zwischen dem Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einerseits und der University of International Business and Economics (UIBE) in Peking andererseits geförderte Institutpartnerschaft zum Thema „Chinas Weg in die Marktwirtschaft“.

Diese wurde in den vergangenen Jahren Ausgangspunkt einer sich stetig verbreitenden und vertiefenden wissenschaftlichen Kooperation von Kultur- und insbesondere Sprachwissenschaftlern, Ökonomen, Politikwissenschaftlern sowie Natur- und Technikwissenschaftlern. Gemeinsame Projektbüros existieren mittlerweile in Halle und in Peking. Dem Verbund haben sich inzwischen das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, die Fraunhofer Gesellschaft und die Fachhochschule Oberösterreich sowie bedeutende Industrieunternehmen als fördernde Partner wie zum Beispiel BMW angeschlossen und damit diese internationale Tagung ermöglicht.

■ Beijing Humboldt Forum – Memorandum 2014

Das BHF ist eine Einrichtung der UIBE, eine der renommiertesten Universitäten für Außenhandel und Außenwirtschaft Chinas. Das Forum wurde zur Förderung der wissenschaftlichen Kooperation zwischen China und Deutschland gegründet. Es wird vom Geiste *Alexander von Humboldts* getragen, insbesondere von seiner wissenschaftlichen Neugier, seiner kulturellen Offenheit, seinem steten Suchen nach einem weltumspannenden Konsens über Regeln des Zusammenlebens und nicht

zuletzt seinem entschlossenen Glauben, alle Täler zwischen Osten und Westen überspringen zu können, um zu einer friedlichen, harmonischen Welt zu gelangen.

Die Bedeutung des BHF erwächst allgemein aus der Erkenntnisorientierung der Wissenschaft, die sie im besonderen Maße zu übergreifenden internationalen Kooperationen befähigt, die also im Sinne von *Alexander von Humboldt* ein Vorgriff auf die Gesellschaft der Zukunft ist. Im Speziellen ist China heute eine der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt, eine der bedeutendsten Technologieschmieden, aber auch ein Land, das in seiner Entwicklung vor großen Herausforderungen steht. Deutschland verfügt über die technologischen Möglichkeiten, China bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen und dabei auch eigene Zukunftsprobleme zu lösen, nämlich das Sichern seiner Absatzmärkte, um seine kulturell verankerte Industrie- und Exportorientierung aufrechtzuerhalten. Schließlich muss China seine Weiterentwicklung industriell organisieren, damit einerseits die Umweltkosten nicht auf Dritte abgewälzt werden, wie es im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung im Nachlauf der zweiten zur dritten Industrialisierungswelle in den Entwicklungsländern oft geschah und was deshalb heute auch in China zu erheblichen Anpassungskosten führt. Andererseits ist dies auch notwendig, weil seitens der Politik ein Anspruch auf Wohlstand für alle, den der deutsche Professor und Vater des Wirtschaftswunders, *Ludwig Erhard*, für Deutschland einforderte, auch in China thematisiert wird. Gerade die Soziale Marktwirtschaft in einer chinesischen Ausprägung könnte ein Erfolgsmodell für das Land selber sein, aber auch eine Vorbildfunktion für das restliche Asien entfalten.

In Plenarsitzungen und einzelnen Sektionen wurden auf der Konferenz die kulturellen, ökonomischen, technologischen und umweltpolitischen Fragen der Entwicklung Chinas und der Integration der chinesisch-deutschen Interessenlagen diskutiert. Die Konferenzteilnehmer formulierten hinsichtlich der allgemeinen Zusammenarbeit, aber auch der chinesisch-deutschen Kooperationen folgende Ziele:

- Kulturelles und sprachliches Verständnis ist der Anfang aller Kooperationen: Die hochwertige Sprachausbildung in China muss in Deutschland als wesentlicher Verbundfaktor in der geistes-, sozial-, wirtschafts-, naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildung einen erhöhten Stellenwert bekommen. Gemeinsame Studienprogramme können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

- China muss seine Entwicklungs- mit seiner Industrialisierungsstrategie verbinden: In seiner Eigenschaft als Werkbank der Welt muss es in seiner Urbanisierungs- und ökonomischen Entwicklungsstrategie zwei Ziele verfolgen: den Lebensstandard der bisher weniger Begünstigten anheben und die technischen und ressourcenökonomischen Rahmenbedingungen so verbessern, dass das Ziel im Kontext einer weiteren Industrialisierung nachhaltig verwirklicht werden kann.

- Führende Unternehmen, Weltmarken und exportstarker Mittelstand sind ein Aufbauziel: Neben der Herausbildung von Großunternehmen und Weltmarken,

die bisher in der Industrie noch unterrepräsentiert sind, ist ein leistungsstarker Mittelstand als ökonomischer und wirtschaftspolitischer Stabilitätsanker zu entwickeln. Gerade dieser erweist sich in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in den deutschsprachigen Ländern als besonders robust. Infolge der Familienorientierung des Konfuzianismus ergeben sich hier belastbare Anknüpfungspunkte, die in der Kooperation, besonders mit mittelständischen Unternehmen, zu stärken sind. Deutschland ist hier bereits heute für chinesische Unternehmen ein Vorbild. Gelingt es nicht, Führungsfunktionen, Marken und einen internationalen Mittelstand zu entwickeln, so werden sich, wie die Erfahrungen in den neuen Bundesländern in Deutschland zeigen, dauerhaft weniger entwickelte Ökonomien stabilisieren, also Regionen, die im Vergleich zum Gesamtstaat ein um etwa 30 Prozent niedrigeres Einkommen aufweisen.

■ Sprunginnovation für die Umwelt sowie Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung: Industrielle Entwicklungen und Urbanisierungen benötigen in Bezug auf die Energieeffizienz Sprunginnovationen, die nur zu erreichen sind, wenn einerseits eine Verzahnung der Energieproduktion mit dem Verbrauch in der Wirtschaft und in den Haushalten erfolgt und andererseits die Effizienzsteigerung zu einem Schwerpunkt der Weiterentwicklung wird. Das bedeutet auch eine Revolution bei den Werkstoffen, für die China durch Ressourcenreichtum und eine differenzierte technologische Basis wesentliche Produktionsvoraussetzungen besitzt, die stärker in den chinesisch-deutschen industriellen Verbund einbezogen werden müssen.

■ Effizienz der Kohlenstoffwirtschaft: Sie ist zu optimieren, weil einerseits aus klimapolitischen Gründen die weitere Aufforstung und die Nutzung von Kohlenstoff für energetische und Rohstoffziele wesentliche Schwerpunkte der chinesischen Wirtschaftspolitik sind und weil andererseits hier klimapolitische Ziele zügig verwirklicht werden können.

■ Deutschland als Partner ist durch seine Forschungsinstitutionen, wie die auf Anwendung und Technologie angelegte Fraunhofer Gesellschaft und die Großforschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft, besonders geeignet, hier ein belastungsfähiger Partner für China zu werden. ■

Wissenschaftlicher Beirat der Ludwig-Erhard-Stiftung

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum ist Vorsitzender des im Oktober 2014 eingerichteten Wissenschaftlichen Beirats der Ludwig-Erhard-Stiftung. Der Beirat berät den Vorstand und soll so zur Stärkung der wissenschaftlichen Tätigkeit der Stiftung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Ordnungspolitik im Sinne von *Ludwig Erhard* beitragen. *Professor Blum* ist auch Gründungsmitglied des Beijing Humboldt Forums. Als Ausdruck einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Projekt „Chinas Weg in die Marktwirtschaft“ wurden drei ebenfalls maßgeblich am Beijing Humboldt Forum mitwirkende Wissenschaftler als Mitglieder in den Beirat aufgenommen:

- Der Präsident des Beijing Humboldt Forums, *Prof. Dr. ZHAO Zhongxiu*, ist Vize-Präsident der University of International Business and Economics in Peking für Bachelor- und Master-Studien sowie internationale Beziehungen.
- Der Vize-Präsident und Generalsekretär des Beijing Humboldt Forums, *Prof. Dr. FENG Xiaohu*, ist Inhaber des Lehrstuhls für Germanistik und Sprachwissenschaft an der UIBE in Peking.
- *Prof. Dr. Ralf Wehrspohn*, ebenfalls Gründungsmitglied des Beijing Humboldt Forums, ist Direktor des Fraunhofer-Instituts für Werkstoffmechanik in Halle sowie Inhaber des Lehrstuhls für Mikrostrukturbasiertes Materialdesign an der Universität Halle-Wittenberg.

Die weiteren Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats der Ludwig-Erhard-Stiftung sind:

- *PD Dr. Diemo Dietrich*, Senior Lecturer in Financial Economics, Co-convenor of the Finance and Financial Law Research Group an der Newcastle University Business School,
- *Prof. Dr. Lars P. Feld*, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Universität Freiburg, Direktor des Walten Eucken Instituts,
- *PD Dr. Christian Growitsch*, Direktor und Sprecher der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI),
- *Prof. Dr. Dr. Nils Ole Oermann*, Direktor des Instituts für Ethik und Transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung, Professor für Ethik an der Leuphana Universität Lüneburg,
- *Prof. Dr. Werner J. Patzelt*, Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden, Gründungsprofessor des Dresdner Instituts für Politikwissenschaft,
- *Prof. Dr. Ingo Pies*, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik an der Universität Halle-Wittenberg,
- *Prof. Dr. Theresia Theurl*, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen.

■ Weltkonjunktur in schwierigem Fahrwasser: Ursachenanalyse und Ausblick

Dr. Peter Westerheide

Chefvolkswirt der BASF SE und Research Fellow am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim

Die Weltkonjunktur hat sich im Jahr 2014 schwächer entwickelt als erwartet. Der folgende Artikel analysiert die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung und gibt einen Ausblick auf das kommende Jahr.

In konjunktureller Hinsicht ist das Jahr 2014 äußerst wechselhaft verlaufen. Dabei zeigten sich beträchtliche regionale Unterschiede. Im Euroraum und Japan kühlte sich das Konjunkturklima im Laufe des Jahres immer weiter ab. Die USA wiesen eine genau gegenläufige Entwicklung auf: Nach einem schwachen Start ins Jahr konnte sich die amerikanische Wirtschaft schnell erholen und ist mittlerweile zum internationalen Konjunkturmotor avanciert. Die chinesische Volkswirtschaft – nach der Europäischen Union und den USA die mittlerweile drittgrößte der Welt – zeigte einen diskontinuierlichen Verlauf mit einem moderaten Jahresbeginn, einer konjunkturellen Erholung zur Jahresmitte und erneuten Abschwächungstendenzen zum Jahresende.

Angesichts dieser zeitlich wie regional heterogenen Entwicklung fällt es zunehmend schwer, die Orientierung zu behalten und den weiteren Kurs der Weltwirtschaft zu prognostizieren. Im Folgenden werden zunächst die regionalen Entwicklungstendenzen analysiert, bevor in einer Gesamtschau ein Ausblick auf die weitere Entwicklung gegeben wird.

■ Enttäuschte Erwartungen an die Erholung im Euroraum

Seit dem zweiten Quartal 2013 wächst die Wirtschaft im Euroraum wieder. Die Gefahr eines Rückfalls in die seit Ende 2011 anhaltende Rezessionsphase schien am Jahresanfang überwunden. Angesichts der vergleichsweise kräftigen Zuwächse zur Jahreswende 2013/14 (mit jeweils 0,3 Prozent Wachstum gegenüber dem Vorquartal) hatten viele Konjunkturprognostiker ihre Erwartungen für den Euroraum sogar nach oben korrigiert. Allerdings zeigte sich bald, dass dieser Schritt voreilig war: Der Zenit der Konjunkturerwartungen war bereits im Frühjahr überschritten. Der ifo-Index für das deutsche Geschäftsklima fiel schon im Mai wieder und setzte diesen Trend bis Oktober fort. Die von der Europäischen

Kommission erhobenen Indikatoren für das Geschäftsklima legten nur wenig später den Rückwärtsgang ein.

Für diese Entwicklung sind mehrere Faktoren verantwortlich: Der warme Winter sorgte in Nordwesteuropa dafür, dass der saisonbedingte Rückgang der Bauaktivität schwächer als üblich ausfiel. Im Gegenzug nahm aber die Bauaktivität im Frühjahr auch weniger stark zu als saisonüblich. Die in der amtlichen Statistik verwendeten Saisonbereinigungsverfahren kompensieren solche außergewöhnlichen klimatischen Effekte allerdings nicht. Der unerwartete saisonbereinigte Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im zweiten Quartal 2014 kann daher zum Teil den außergewöhnlichen Witterungsbedingungen zugeschrieben werden. Es waren – neben einem leicht negativen Außenbeitrag – vor allem die witterungssensitiven Bauinvestitionen, die im zweiten Quartal 2014 einen negativen Beitrag zum deutschen BIP leisteten. Sie gingen in saisonbereinigter Betrachtung um über vier Prozent gegenüber dem Vorquartal zurück.

Auch wenn diese Erklärung aus statistischer Sicht plausibel ist, so besteht doch einige Unsicherheit über die Stärke dieser rein witterungsbedingten Verzerrung. Diese Unsicherheit mag dazu beigetragen haben, dass die konjunkturellen Stimmungsindikatoren bereits recht früh gedreht haben und sich ihre Talfahrt nach Bekanntgabe der – bei oberflächlicher Betrachtung – sehr schwachen Daten zum zweiten Quartal fortsetzte.

Weitere Aspekte kamen hinzu: Die makroökonomischen Daten für Italien und Frankreich lieferten im Frühjahr neue Belege für eine ausgeprägte Wachstumsschwäche dieser europäischen Schwergewichte. Zugleich wurde erkennbar, dass tiefgreifende wirtschaftspolitische Reformen in beiden Ländern trotz des wachsenden Problemdrucks nur schwer durchzusetzen sind. Die positiven Entwicklungen in anderen Ländern des Euroraums – allen voran in Spanien und Irland – konnten diese Hypothek nicht aufwiegen.

Zugleich spitzte sich im Laufe des Frühjahrs die Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland zu. Mit der russischen Annektierung der Krim und der Verhängung erster Sanktionen im März 2014 wurde eine kurzfristige Lösung dieses Konflikts immer unwahrscheinlicher. Der mutmaßliche Abschuss des malaysischen Flugzeugs über der Ostukraine mit vielen westeuropäischen Opfern im Juli führte zu einer weiteren Verhärtung der Fronten. Vor diesem Hintergrund trübten sich die Geschäftserwartungen insbesondere der Exporteure weiter ein. Immerhin gingen 2013 knapp sieben Prozent der EU-Exporte, die in Länder außerhalb der EU geliefert werden, nach Russland. Mehr als 60 Prozent der Exporte kamen aus den westeuropäischen Kernbranchen: dem Maschinenbau, der Transportindustrie sowie der Chemie- und Pharmaindustrie.

Letztlich hat diese Entwicklung auch das Investitionsklima beeinträchtigt. Das Statistische Bundesamt vermutete in seiner Pressemitteilung zu den Detailergebnissen

des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2014 noch: „Bei den Investitionen scheint sich eine Trendwende vollzogen zu haben: Unternehmen und Staat erhöhten ihre Investitionen zum Jahresbeginn 2014 deutlich.“ Davon kann mittlerweile keine Rede mehr sein. Das Investitionsklima hat sich nachhaltig eingetrübt, die Ausrüstungsinvestitionen liefern derzeit keinen nennenswerten Beitrag zum deutschen Wirtschaftswachstum.

■ Dynamische Erholung in den USA

Im Gegensatz zu Europa sind die USA sehr schwach ins Jahr 2014 gestartet. Das Bruttoinlandsprodukt ging aufgrund der extrem kalten Witterung, aber auch wegen anderer Einmaleffekte im ersten Quartal deutlich zurück. Seither hat sich die US-Konjunktur schneller erholt als von vielen erwartet. Konjunkturmotor war einerseits der private Verbrauch, der von der sich bessernden Arbeitsmarktlage profitierte. Aber auch die Investitionen legten deutlich zu. Einen nennenswerten Beitrag lieferten im dritten Quartal schließlich höhere Militärausgaben und Nettoexporte.

Rückenwind erhält die amerikanische Volkswirtschaft von niedrigen Energiepreisen. Die Gewinnung von Schiefergas durch Fracking hat zu einem starken Rückgang der Gaspreise geführt. In der ersten Jahreshälfte 2014 lag der US-amerikanische Gaspreis (Henry Hub) bei rund 50 Prozent des deutschen Gasimportpreises. Darüber hinaus ist die Ölproduktion aus sogenannten unkonventionellen Ressourcen in den USA in den letzten Jahren massiv angestiegen: eine wesentliche Ursache für den aktuellen weltweiten Fall der Ölpreise. Die niedrigen Energiepreise in den USA haben zu einem Investitionsboom in den energieintensiven Industrien geführt. Allein in der Chemieindustrie sind nach Daten des US-amerikanischen Chemieverbandes für die nächsten Jahre rund 150 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Neuinvestitionen aufgrund der Verfügbarkeit von Schiefergas geplant.

Die Arbeitslosenquote in den USA ist von 7,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 2013 auf unter 6 Prozent im Jahresverlauf 2014 gesunken. Allerdings überzeichnet dieser Indikator die Erfolge am Arbeitsmarkt, weil sich in den letzten Jahren viele Erwerbspersonen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Zum Teil lässt sich der Rückgang der Erwerbsbeteiligung mit strukturellen Effekten erklären. Insbesondere kommen die sogenannten Babyboomer allmählich in die rentennahen Jahrgänge, in denen die Erwerbsbeteiligung üblicherweise sinkt. Diese Entwicklung kann die sinkende Erwerbsbeteiligung aber nur zum Teil erklären. Die Erhebungen des Bureau of Labor Statistics zeigen, dass zu den rund neun Millionen arbeitslos registrierten Personen in den USA weitere sechs Millionen kommen, die nicht arbeitslos gemeldet sind, aber dennoch einen Job suchen. Im Gegensatz zur Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt diese Zahl nicht, sondern sie bewegt sich auf konstant hohem Niveau.

Gleichwohl ist die offizielle Arbeitslosenquote eine wichtige Orientierungsgröße. So hat die US-amerikanische Notenbank die Fortführung ihrer expansiven Politik

durch Wertpapierkäufe daran gekoppelt, dass die Arbeitslosenquote 6,5 Prozent übersteigt. In Übereinstimmung mit der sich bessernden Arbeitsmarktlage wurde das Volumen der monatlichen Wertpapierkäufe daher bereits seit Dezember 2013 schrittweise zurückgeführt. Im Oktober 2014 wurde das sogenannte Quantitative Easing dann vollends eingestellt. Angesichts des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus fährt die amerikanische Geldpolitik aber weiterhin einen expansiven Kurs.

■ Fragile Entwicklung in China

China nimmt als Absatzmarkt und auch als Produktionsstandort mittlerweile eine zentrale Rolle in der Weltwirtschaft ein. Wenige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Weltweit wird mehr als jedes vierte Auto derzeit in China produziert und verkauft. Über 40 Prozent der globalen Produktion in der Elektroindustrie stammen aus China, rund 30 Prozent der Wertschöpfung dieser Industrie werden dort erbracht. Der chinesische Chemiemarkt ist mit einem Anteil von mehr als einem Drittel des Weltmarkts der größte der Welt. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, welchen entscheidenden Einfluss der chinesische Markt für die globalen Wachstumsraten dieser Industrien und ihrer Zulieferer hat. Der Anteil Chinas am globalen Bruttoinlandsprodukt von lediglich knapp 13 Prozent unterzeichnet dagegen die Bedeutung des Landes. Die Weltanteile an der industriellen Wertschöpfung (24 Prozent) und an der Industrieproduktion (32 Prozent) liegen deutlich darüber.

Eine merkliche Abschwächung des Wachstums in China würde daher deutliche Spuren in der globalen Industriekonjunktur hinterlassen. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre sind zwar das Bruttoinlandsprodukt noch mit mehr als sieben Prozent und die Industrieproduktion noch mit mehr als neun Prozent gewachsen. Abschwächungstendenzen sind allerdings unverkennbar. Deutlich zeigte sich dies am Jahresanfang 2014, als das chinesische Bruttoinlandsprodukt nur um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen konnte. In den Vorjahren waren die Wachstumsraten in diesem statistisch schwierigen, weil durch das chinesische Neujahrsfest unterbrochenen Quartal noch deutlich höher gewesen. Die chinesische Regierung nahm dies zum Anlass, die sich abkühlende Wirtschaft durch fiskalische Maßnahmen zu stimulieren. Anders als in den Vorjahren handelte es sich allerdings um gezielte Stimulierungsmaßnahmen in kleinerem Umfang, nicht um großvolumige Konjunkturpakete. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden zum Beispiel privaten mittelständischen Unternehmen Steuererleichterungen gewährt sowie Investitionen in die Infrastruktur und den sozialen Wohnungsbau beschleunigt.

In der Tat zeigten diese und weitere Stimulierungsmaßnahmen im Laufe des Jahres Wirkung. Das chinesische Wachstum konnte sich im zweiten und dritten Quartal erholen, es wird am Jahresende voraussichtlich nur leicht unterhalb der offiziell angestrebten Marke von 7,5 Prozent liegen. Die konjunkturellen Frühindikatoren deuten aber auf eine erneute Abkühlung zum Jahresende hin. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht derzeit der chinesische Immobilienmarkt. Die Wachstumsraten

bei den Immobilieninvestitionen sind rückläufig, es gibt deutliche Angebotsüberhänge am Wohnungsmarkt. Langfristig wird dieses Überangebot durch die zunehmende Urbanisierung absorbiert werden können, kurz- und mittelfristig hat die rückläufige Bauaktivität aber negative konjunkturelle Effekte. Die Wertschöpfung im Bausektor hat einen Anteil von sieben Prozent am BIP Chinas, weitere fünf Prozent entfallen auf immobilienbezogene Dienstleistungen (die nicht vollständig, aber doch zu einem erheblichen Teil von der Neubauaktivität und dem Handel mit Immobilien abhängen). Darüber hinaus sind die Stahl- und die Zementindustrie sowie weitere Zuliefererindustrien der Bauindustrie betroffen.

Schließlich stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf den Finanzsektor: Im Allgemeinen wird hier unterstellt, dass Kreditausfälle – beispielsweise von hoch verschuldeten Immobilienentwicklern – wegen der dominierenden Rolle der staatlichen Banken in China und der hohen Kapitalreserven des Staates beherrschbar bleiben. Durch eine Immobilienmarktkrise ausgelöste schwere Verwerfungen im Finanzsystem halten viele Beobachter daher für unwahrscheinlich. Schwer kalkulierbar ist aber die Anfälligkeit des Schattenbankensektors, der intransparent und wenig reguliert ist. Auch in diesem Markt sind aber nicht nur private, sondern auch staatliche Akteure tätig, die letztendlich auf Stützung durch die öffentliche Hand rechnen können.

■ Japan: Kein nachhaltiger Erfolg der „Abenomics“

Die konjunkturelle Entwicklung Japans hat in diesem Jahr enttäuscht. Das starke erste Quartal war durch Vorzieheffekte aufgrund der im April anstehenden Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte geprägt. Im Folgequartal rutschte das BIP-Wachstum stärker ins Minus als erwartet, und auch im dritten Quartal schrumpfte die japanische Wirtschaft. Technisch befindet sich Japan nun in einer Rezession. Die von Ministerpräsident *Shinzō Abe* gestartete Wachstumsoffensive scheint damit gescheitert zu sein. Die sogenannten „Abenomics“ umfassen drei Komponenten: fiskalische Ausgabenpakete, eine expansive Geldpolitik und schließlich Strukturreformen, insbesondere am Arbeitsmarkt. Während die geplanten expansiven fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen umgesetzt wurden, ist von den Strukturreformen – die ohnehin nur langfristig Wirkung entfalten können – bislang wenig zu erkennen. Angesichts des schnell fortschreitenden Alterungsprozesses käme es jedoch darauf an, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, die Partizipation von Frauen weiter zu erhöhen, die Zuwanderung zu erleichtern sowie die Eintritts- und Aufstiegschancen Jüngerer zu verbessern.

Der Deflation scheint Japan zwar vorerst entronnen zu sein, der Anstieg der Mehrwertsteuer und höhere Importpreise haben dafür gesorgt. Die konjunkturelle Erholung hat dies gleichwohl nicht beschleunigen können, da die Nominallöhne nicht mit der Preissteigerung Schritt gehalten haben und die Kaufkraft der Konsumenten gesunken ist. Auf die enttäuschende konjunkturelle Entwicklung hat die Bank of Japan mit einer weiteren Expansion ihrer Geldpolitik durch den Ankauf

von Staatsanleihen reagiert. Darüber hinaus beabsichtigt die Regierung, den bislang für Oktober 2015 geplanten zweiten Schritt der Konsumsteuererhöhung auf das Jahr 2016 zu verschieben.

■ Erholung der Weltkonjunktur in 2015?

Die meisten Konjunkturprognostiker erwarten derzeit für 2015 ein etwas höheres Wachstum der Weltwirtschaft als 2014. Angesichts der Abkühlung der globalen Konjunktur zum Jahresende mag diese positive Prognose verwundern. Was also spricht für ein höheres Wachstum der Weltwirtschaft in 2015?

■ **Höheres Wirtschaftswachstum in den USA:** Alle aktuellen Konjunkturprognosen unterstellen für die USA ein deutlich höheres Wachstum im Jahr 2015. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Die konjunkturellen Frühindikatoren zeigen nach oben, insbesondere das Verbrauchervertrauen ist hoch. Das Beschäftigungswachstum ist robust, und die privaten Einkommen steigen. Der private Verbrauch – knapp 70 Prozent der Verwendung des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts – wird vor diesem Hintergrund voraussichtlich solide wachsen. Auch die Investitionen in die energieintensiven Industrien werden weiter zulegen. Risiken für die US-Konjunktur sollten allerdings nicht übersehen werden. Die Notenbank wird die geldpolitischen Zügel im Laufe des Jahres voraussichtlich anziehen. Höhere Zinsen könnten den ohnehin fragilen Aufschwung am Markt für Einfamilienhäuser, der wegen der damit verbundenen Vermögenseffekte für den gesamten privaten Verbrauch wichtig ist, dämpfen. Auch die aktuelle politische Konstellation – der Präsident ohne Mehrheit in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses – birgt wirtschaftliche Risiken durch politische Blockadesituationen.

■ **Niedrige Ölpreise:** Wenn die Ölpreise auf dem aktuell niedrigen Niveau bleiben, wird dies der Weltkonjunktur weiteren Rückenwind geben. Zwar stehen den Kaufkraftgewinnen der ölimportierenden Länder Einkommensverluste der ölexportierenden Länder gegenüber. Gleichwohl ist der Effekt im Saldo positiv. Dies bestätigt eine Reihe ökonomischer Untersuchungen zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Ölpreisen. Eindeutig auf der Gewinnerseite stehen die ölimportierenden Schwellenländer wie beispielsweise Indien und die Türkei. Aber auch die großen Industrieländer profitieren von niedrigeren Benzin- und Heizölpreisen. Gleichwohl sind die Effekte gedämpfter als in der Vergangenheit: In Europa und Japan wird die Ölpreissenkung durch den schwächeren Wechselkurs im Vergleich zum US-Dollar gedämpft. Die USA sind durch die Produktion von unkonventionellem Öl zu einem der weltgrößten Ölproduzenten aufgestiegen. Die geringeren Gewinne der Ölproduzenten sind daher mit den positiven Effekten auf der Konsumentenseite zu saldieren: Auch hier ist der konjunkturelle Saldo aber positiv.

■ **Leichte Erholung im Euroraum:** Das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird 2015 voraussichtlich etwas stärker als 2014 wachsen. Der fiskalische Gegenwind lässt weiter nach, und die noch expansivere Politik der Europäischen Zentralbank wird

das Wirtschaftswachstum etwas stützen. Ein erheblicher konjunktureller Schub ist davon aber nicht zu erwarten. Die strukturelle Belastung durch hohe Arbeitslosenquoten und die nach wie vor geringe Wettbewerbsfähigkeit in den südeuropäischen Ländern bleibt bestehen, die dringend erforderlichen Reformen in Italien und Frankreich werden auch 2015 aller Voraussicht nach nur langsam vorankommen.

Diesen positiven Effekten sind aber auch dämpfende Faktoren gegenüberzustellen, zum Beispiel:

■ Geringeres Wirtschaftswachstum in China: Wegen der Abkühlung am Immobilienmarkt wird das Wachstum in China weiter zurückgehen. Nach aktuellem Analytenkonsens ist der dämpfende Einfluss gleichwohl gering, die Dynamik wird hoch bleiben. Implizite Annahme dieser „soft landing“-Prognosen ist, dass es der chinesischen Regierung gelingen wird, die bislang stark investitionsorientierte Volkswirtschaft ohne größere Friktionen auf ein stärker konsumgetriebenes Wachstumsmodell umzustellen.

■ Wachstumsdelle in Deutschland: Im Allgemeinen wird für 2015 ein etwas geringeres Wirtschaftswachstum als für 2014 prognostiziert. Da die deutsche Volkswirtschaft voraussichtlich ohne Rückenwind durch einen statistischen Überhang startet, ist die Prognose für den Jahresverlauf dennoch ambitioniert. Sie setzt nämlich ein durchschnittliches Quartalswachstum von 0,4 bis 0,5 Prozent voraus: Das ist mehr, als im Jahresverlauf 2014 realisiert werden konnte. Auch in Deutschland wird der private Verbrauch die Konjunktur wohl maßgeblich stützen. Entscheidend ist, welchen Beitrag die Investitionen im aktuellen wirtschafts- und geopolitischen Umfeld leisten werden und wie sich der Außenbeitrag vor dem Hintergrund niedriger Ölpreise und unterschiedlicher Konjunkturperspektiven bei wichtigen Handelspartnern (USA versus China und Russland) entwickelt.

■ Geopolitische Risiken: Gegenwärtig hängt der ungelöste Konflikt mit Russland wie ein Damoklesschwert über der Weltkonjunktur. Dies betrifft nicht nur den Handel mit Russland, der durch das schwache russische Wirtschaftswachstum und durch die Sanktionen in Mitleidenschaft gezogen wird. Mindestens ebenso bedeutend sind die negativen Vertrauenseffekte auf Investoren und Konsumenten in einem zunehmend schwer kalkulierbaren geopolitischen Umfeld.

Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, dass sich die Risiken für die Weltkonjunktur binnen Jahresfrist signifikant erhöht haben: Die Spannweite möglicher Entwicklungspfade für die Weltwirtschaft ist im Jahr 2015 noch größer und die Prognosen sind noch unsicherer, als dies ohnehin der Fall ist. Die üblicherweise betrachteten Punktprognosen für das erwartete Wirtschaftswachstum bilden diese gestiegene Unsicherheit nicht ab. ■

■ Deflation: Theoretische Überlegungen, empirische Befunde und die Rolle der EZB

Prof. Dr. Richard Reichel

Geschäftsführer des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg und Professor für Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule für Oekonomie & Management, Essen

Die Europäische Zentralbank hat in den vergangenen Monaten immer wieder auf Deflationsgefahren hingewiesen und hervorgehoben, dass man gegebenenfalls geldpolitisch reagieren müsse. Grund für diese Warnung war einerseits die seit Anfang 2012 rückläufige Inflationsrate im Euroraum. Andererseits hat man wohl die Erfahrungen mit der Deflation während der frühen 1930er Jahre sowie die beiden „verlorenen Jahrzehnte“ in Japan seit Anfang der 1990er Jahre im Blick.

Deflation gilt allgemein als etwas Unerwünschtes, ja extrem Schädliches, das unter allen Umständen vermieden werden muss. Dabei herrscht auch weitgehender Konsens, dass Deflation auf mittel- und langfristige Sicht auf eine Verringerung oder mindestens ein zu geringes Wachstum der Geldmenge zurückgeführt werden kann. Die Geldmenge kann dabei eng definiert werden (monetäre Basis, M1) oder – unter Einbeziehung verschiedener Buchgeldkomponenten – weiter gefasst werden. Je nachdem welches Aggregat betrachtet wird, steht also die Zentralbank in der Verantwortung oder die Geschäftsbanken, deren Buchgeldschöpfung zu einem signifikanten Teil endogen verursacht, das heißt von der gesamtwirtschaftlichen Aktivität abhängig ist.

Deflationsvermeidung bewerkstelligt man damit entweder durch eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge oder, indem man die Geschäftsbanken zu erhöhter Kreditvergabe ermuntert. Instrumente sind Leitzinssenkungen oder direkte quantitative Maßnahmen zur Ausweitung der monetären Basis wie beispielsweise der Ankauf von Staatsanleihen, Unternehmensanleihen oder verbriefter Wertpapiere. Selbst der skurrile Fall negativer Einlagezinsen für Geschäftsbanken bei der Zentralbank ist in Europa inzwischen eingetreten. Geschäftsbanken sollen tunlichst Kredite vergeben, aber keine Refinanzierungsmittel horten oder diese lediglich „umparken“. Das ist – etwas holzschnittartig beschrieben – das geldpolitische Umfeld, in dem wir uns seit Sommer 2014 befinden.

Dabei stellen sich allerdings einige Fragen, deren Antworten für die Richtigkeit der Antideflationsstrategie entscheidend sind. Beispielsweise ist zu fragen, ob überhaupt kurz- oder mittelfristig Deflationsgefahren bestehen. Auch ist der Zusammenhang zwischen Preisen und Produktion theoretisch zu durchleuchten. Ebenso ist zu untersuchen, ob sich empirisch belegen lässt, dass Deflation das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt.

■ Bestehen Deflationsgefahren?

Gegenwärtig werden Deflationsgefahren vorwiegend empirisch-deskriptiv begründet. Man schaut auf die Inflationsraten in den Ländern der Eurozone und stellt fest, dass sie seit 2012 (dem Höhepunkt der Euro-Krise) fast überall rückläufig sind. Das gilt sowohl für die nationalen Indizes als auch für den europaweit harmonisierten Verbraucherpreisindex HVPI. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich die durchschnittliche HVPI-Inflationsrate von derzeit 0,4 Prozent aber als recht heterogene Größe. So liegt die Rate auf Jahresbasis (Preisniveau August 2014 gegenüber August 2013) in Finnland und Österreich bei 1,5 Prozent, während sie in Griechenland und Spanien -0,2 Prozent beziehungsweise -0,5 Prozent beträgt. Länder wie Frankreich oder Deutschland liegen dazwischen. Aber der Trend ist generell rückläufig. Unterstützt wird dieser Eindruck durch die Großhandelspreise, die auch in Deutschland bereits seit Ende 2013 etwas rückläufig sind.¹

Dieser Befund ist allerdings differenziert zu bewerten. Leicht rückläufige Verbraucherpreise treten vorwiegend in den südlichen Krisenländern auf, und dort ist eine gewisse Deflation auch notwendig, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporte wiederherzustellen. In einer Währungsunion ohne Abwertungsmöglichkeit geht das auch nur so oder, wenn in den südlichen Krisenländern niedrige positive Inflationsraten herrschen, während sie in den nördlichen Ländern Europas höher sind. Eine solche reale Abwertung im Süden Europas wäre wohl aber im Norden schwer durchsetzbar. Sie steht allerdings hinter den Forderungen nach höheren Löhnen beziehungsweise höheren Investitionsausgaben in Ländern wie Deutschland oder Österreich.

Die rückläufigen Erzeugerpreise sind ebenfalls nicht problematisch und kein Zeichen einer internen Nachfrageschwäche, die zu Deflation führen könnte. Denn sie lassen sich primär mit den mittelfristig gesunkenen Einfuhr- insbesondere Energiepreisen erklären. Hier handelt es sich um „gute Deflation“, ein Begriff, der später noch erläutert wird. Mit selbstverstärkenden Deflations-Depressions-Spiralen haben sie nichts zu tun.²

Auch theoretisch gibt es kaum Deflationspotenzial. Betrachtet man die Preise für die Produktionsfaktoren, so sind die Fremdkapitalkosten zwar bereits gering, aber

1 <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Preise/Preise.html>

2 Langfristig spricht freilich nicht viel für sinkende Energiepreise.

weitere Senkungen nicht in Sicht. Die Lohnsteigerungen sind ebenfalls moderat, aber die Löhne sinken nicht. Von den Anpassungserfordernissen in den Krisenländern einmal abgesehen, ist aus dieser Perspektive in Europa kein Deflationspotenzial vorhanden. Die Summe der Evidenz spricht somit dafür, dass sich der Durchschnitt der Inflationsraten bei einem Wert um null Prozent einpendelt. Warum sollte dies problematisch sein? Die Entwicklung des Geldangebots gibt ebenfalls keinen Anlass zur Sorge. Weder die monetäre Basis noch die Geldmenge M3 schrumpfen im Euroraum. Tatsächlich ist aber eine rückläufige Kreditvergabe der Geschäftsbanken in den Krisenländern zu beobachten. Das ist aber auch nötig angesichts der vielen faulen Kredite in den Bankbilanzen.

■ Theoretische Deflationsursachen und -mechanismen

Auch wenn gegenwärtig keine deflationsinduzierenden Faktoren in Sicht sind, ist eine eingehende Beschäftigung mit dem Phänomen doch lohnend. Ist Deflation wirklich so schlecht, wie immer behauptet wird? Die Antwort lautet: Ob Deflation „gut“ oder „schlecht“ ist, hängt von deren Ursache ab. Etwas vereinfachend kann man sagen, dass keynesianisch orientierte Ökonomen Deflation unbedingt vermeiden wollen, weil sie in ihr ein Zeichen für Nachfrageschwäche sehen und eine Deflations-Depressions-Spirale befürchten. Ähnlich sieht dies heute wohl auch die Mehrheit eher neoklassisch orientierter Ökonomen. Eine Minderheitenposition vertritt die Österreichische Schule. Hier ist Deflation die notwendige Begleiterscheinung einer Reinigungskrise nach einem vorangegangenen kreditinduzierten Boom. Versucht man, die Reinigungskrise durch expansive Maßnahmen zu bekämpfen, handelt man sich lediglich einen Krisenaufschub und danach eine noch heftigere Rezession ein. Bereits Anfang der 1930er Jahre wurde entlang dieser Argumentationslinien kontrovers diskutiert, wobei interessanterweise *Wilhelm Röpke* eine vermittelnde Position einnahm.³

Zum ökonomischen Grundwissen gehört, dass Deflation, die ihre Ursache in einer Nachfrageschwäche hat, zu eingeschränkter Produktion beziehungsweise Beschäftigung führt. Anders ausgedrückt, verschiebt sich die gesamtwirtschaftliche Nachfragekurve nach links. Das ist die im keynesianischen Sinn „schlechte“ Inflation, die durch expansive Geld- und Fiskalpolitik bekämpft werden muss. Anders liegen die Dinge, wenn angebotsinduzierte Deflation vorliegt. Hier verschiebt sich die aggregierte Angebotskurve nach rechts, und das Preisniveau fällt. Da sich in diesem Fall aber die Produktion erhöht, kann man auch von „guter“ Deflation sprechen. Hauptursache für eine solche gute Deflation sind Produktivitätsfortschritte, die sich unter Wettbewerbsbedingungen in fallenden Preisen bei Wirtschaftswachstum niederschlagen. Die Wirtschaftspolitik sollte dann nicht versuchen, diese Prozesse zu beeinflussen.

³ Vgl. Hansjörg Klausinger, Die Alternativen zur Deflationspolitik Brüning's im Lichte zeitgenössischer Kritik. Zugleich ein neuerer Blick auf die Borchardt-These, Working Paper No. 49, Wirtschaftsuniversität Wien, 1997.

Differenziert werden muss neben den Ursachen auch nach den Wirkungen einer Deflation. Während bei der angebotsinduzierten Deflation bisher kaum jemand gefährliche Nebenwirkungen thematisiert hat, können diese im nachfrageseitigen Fall durchaus auftreten. Hier ist zunächst das oftmals genannte Argument des Ausgabenaufschubs zu diskutieren. Fallen die Preise auf breiter Front, so werden sowohl Konsumenten ihre Ausgaben auf einen späteren Zeitpunkt verschieben als auch Unternehmen Investitionen zurückstellen. Die Folge ist ein weiterer Rückgang der Nachfrage und als sekundäre Wirkung eine erneute Verschärfung der Deflation. Der Nachfragerückgang im Konsumgütersektor verstärkt dabei den Nachfrageausfall im Investitionsgütersektor.

Ein weiterer Effekt kommt hinzu: Fallende Preise erhöhen den Realwert von Schulden. Für Haushalte und Unternehmen wird dadurch die Bedienung der Schulden schwieriger, und es kann zu Kreditausfällen und Bankzusammenbrüchen kommen. Versucht der Bankensektor die Bilanzen zu konsolidieren und vergibt er weniger Kredite, kommt es zu einem weiteren Rückgang der Nachfrage. Stärker negative Inflationsraten führen überdies bei Nominalzinsen von Null zu stark positiven Realzinsen, was theoretisch geringere Investitionen zur Folge hat. Diese Prozesse können sich gegenseitig verstärken und letztlich zu einer lang andauernden Depression führen, ohne dass eine sich selbst überlassene Wirtschaft aus sich heraus einen Weg aus der Krise finden würde. Als Beispiel wird die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre genannt. Aber auch die Phase schwachen Wachstums bei leicht fallendem Preisniveau in Japan seit dem Platzen der Immobilien- und Aktienpreisblase vor nunmehr fast 25 Jahren wird als Beleg angeführt.

Allerdings gibt es auch Mechanismen, die das Gegenteil behaupten und die die Selbstheilungskräfte einer Marktwirtschaft betonen. Gewissermaßen die Umkehrung des Effekts der Kaufkraftzurückhaltung behauptet der Pigou-Effekt. Hier kommt es im Zuge steigender Preise bei nominal konstanter Geldmenge zu einer Erhöhung des Realvermögens der Konsumenten. Dieser Anstieg führt zu einer Ausweitung der Konsumausgaben beziehungsweise zu einer Verringerung der Sparneigung und stellt damit eine Art endogener Nachfrageausweitung dar. Diese wirkt dem Preisverfall entgegen und führt wieder zu einer Ausweitung von Produktion und Beschäftigung. Ein zweiter Effekt bezieht die Märkte für festverzinsliche Wertpapiere (Bondmärkte) mit ein. Steigende Realvermögen erhöhen auch die Nachfrage nach Staatspapieren und haben entsprechende Kursgewinne zur Folge. Das Ergebnis ist eine Zinssenkung, die mit steigenden Investitionen und steigender Produktion verbunden ist. Klar ist, dass dieser Effekt aber nicht wirken kann, wenn das Zinsniveau bereits – wie in der gegenwärtigen Situation – extrem niedrig ist. Dieses Problem ist unter der Bezeichnung Liquiditätsfalle bekannt geworden. Unwirksam ist der Effekt auch, wenn die Investitionen zinsunelastisch sind. Ob und wie stark diese Realkasseneffekte wirken, ist theoretisch und empirisch umstritten. Fraglich ist allerdings auch, ob der Effekt der Kaufkraftzurückhaltung bei geringen Deflationsraten bereits wirksam wird. Letztlich bleibt die Frage nach Existenz und Stärke dieser theoretisch postulierten Effekte eine empirische Frage.

■ Empirische Untersuchungen

Die empirische Antwort stellt sich vielschichtig dar. Zunächst deutet einiges darauf hin, dass es zwischen Deflationen und Depressionen keinen generellen Zusammenhang gibt. So zeigt die Studie von *Andrew Atkeson* und *Patrick Kehoe*, die 17 Länder und eine Zeitspanne von 100 Jahren untersucht, weder eine positive noch eine negative Korrelation zwischen der Inflationsrate und der Wachstumsrate des realen BIP.⁴ Die große Ausnahme stellt die Depression der 1930er Jahre dar. Hier war im Länderquerschnitt die Depression umso stärker, je stärker die Deflation war. Allerdings lassen sich keine Aussagen über Kausalitäten machen, und weitere Kontrollvariablen wurden ebenfalls nicht einbezogen. Das insgesamt wenig eindeutige Bild deutet offenkundig darauf hin, dass in der Stichprobe sowohl Fälle „guter“ wie auch „schlechter“ Deflation vorkommen. Eine detaillierte Kausalitätsuntersuchung für die USA nehmen *Guerrero* und *Parker* vor.⁵ Sie betrachten den Zeitraum von 1780 bis 2003 und testen auf Granger-Kausalität zwischen Preisen und Output. Ihre Ergebnisse zeigen einerseits, dass Depressionen Granger-kausal für Deflationen sind, während ein umgekehrter Zusammenhang nicht besteht. Dieses Ergebnis kann so gedeutet werden, dass ein Nachfragerückgang zwar Preissenkungen auslöst, diese wiederum aber keinen sekundären Nachfragerückgang. Der primäre Nachfragerückgang muss also andere Ursachen gehabt haben als einen Deflationsprozess.

Das zweite interessante Ergebnis besteht darin, dass sich statistisch keine langfristige Gleichgewichtsbeziehung zwischen Output und Preisniveau finden lässt. Dies impliziert langfristige Neutralität des Geldes. Kurzfristig freilich gibt es Wirkungen von der Produktion auf die Preise. Insgesamt stützen die Ergebnisse von *Guerrero* und *Parker* die pessimistischen Befürchtungen im Sinne eine Deflations-Depression-Spirale nicht. Allerdings haben sie wegen der Beschränkung auf die USA auch eher den Charakter anekdotischer Evidenz. Sie stützen aber die Ergebnisse einer früheren Untersuchung von *Christopher Neely* und *Geoffrey Wood*, die Granger-Tests für neun Industrieländer durchgeführt haben: „We find that lower output growth was associated with periods of deflation in nearly all the countries examined. For the majority of the countries, the dynamic relationship between price changes and output growth appeared to be symmetric, and price changes did not help forecast output growth. There is more evidence, however, that output growth forecasts price changes.“⁶

Auch hier lassen sich kaum Belege für signifikante Sekundäreffekte von Deflationen finden. Man könnte jetzt noch argumentieren, dass der Fall Japan in beiden Studien unberücksichtigt geblieben ist und dass Jahresdaten verwendet wurden. Möglicherweise kämen bei Verwendung von Quartalsdaten andere Zusammenhänge ans Licht.

4 Andrew Atkeson/Patrick J. Kehoe, „Deflation and Depression: Is There an Empirical Link?“ *American Economic Review* 94 (2), 2004, Seiten 99–103.

5 Federico Guerrero/Elliott Parker, Deflation, Recession and Slowing Growth: Finding the Empirical Links, in: *ICFAI Journal of Monetary Economics*, Februar 2006, Seiten 37–49.

6 Christopher J. Neely/Geoffrey E. Wood, Deflation and Real Economic Activity Under the Gold Standard, in: *Federal Reserve Bank of St. Louis Review* 9/10, 1995, Seiten 27–37.

Aus diesem Blickwinkel hat der Autor des vorliegenden Beitrags zunächst für Japan analoge Kausalitätstests durchgeführt. Zugrundegelegt wurden Jahresdaten von 1985 bis 2013, da Quartalsdaten nicht für die ganze Periode verfügbar waren. Es zeigt sich ein ähnliches Bild wie in der Literatur. Die Output-Entwicklung beeinflusst die Preisentwicklung Granger-kausal, aber nicht umgekehrt. Differenziert man von der Nachfrageseite her in Konsum- und Investitionsnachfrage, so zeigt sich im Hinblick auf die Investitionen das gleiche Bild. Lediglich aus dem Blickwinkel der Konsumnachfrage gibt es Indizien dafür, dass die Preisentwicklung einen gewissen Vorlauf vor der Nachfrageentwicklung hat. Interessant ist auch die erneute Analyse der deutschen Entwicklung vor, während und nach der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933. Der Autor verwendet hier Quartalsdaten des Datensatzes von *Albrecht Ritschl*, die vom ersten Quartal 1925 bis zum ersten Quartal 1939 reichen.⁷ Die statistischen Tests zeigen zunächst ein ähnliches Bild wie im Fall Japans. Die Output-Entwicklung beeinflusst die Preise Granger-kausal, das heißt, die Prognose der Inflationsrate wird verbessert, wenn die Veränderungsraten des Outputs der Vergangenheit als erklärende Variablen einbezogen werden. In umgekehrter Richtung ergibt sich keine Verbesserung der Prognoseleistung (Granger-Kausalität). Wie im Falle Japans ist der Zusammenhang für die Investitionen besonders deutlich.

Bei der Konsumgüternachfrage liegen die Dinge hingegen anders. Hier zeigt sich im Deutschland der Zwischenkriegszeit eine deutliche „Kausalität“ von der Preisentwicklung zur Nachfrageentwicklung. Dieses Resultat liefert Evidenz für ungünstige Sekundäreffekte und damit für einen deflationären Teufelskreis. *Röpkes* These von der „sekundären Depression“ findet hier empirische Unterstützung. In diesem Fall wären denn auch keynesianische Politikmaßnahmen angebracht, wie von *Röpke* vorgeschlagen. Offenkundig besteht die Gefahr eines deflationären Teufelskreises dann, wenn die Deflationsraten betragsmäßig sehr hoch sind. Dieser Fall scheint aber bislang ein Einzelfall zu sein.

■ Der Fall Japans

Die Vermutung drängt sich auf, dass das schwache Wachstum Japans nichts mit Deflation zu tun hat. Damit wäre dann auch die These kompatibel, dass 20 Jahre expansive Geld- und Fiskalpolitik keinen nennenswerten Erfolg gebracht haben. Das Problem Japans ist keinesfalls eine Unterkonsumptionstendenz als Folge fallender Preise. Denn mit fallenden Preisen ist die Konsumquote des Landes nicht zurückgegangen, sondern von 68 Prozent (1985) auf 78 Prozent (2013) angestiegen. In dieser Periode betrug die durchschnittliche Wachstumsrate der Konsumausgaben nominal 2,1 Prozent jährlich, während real noch ein Zuwachs von 1,7 Prozent zu verzeichnen war. Das zeigt, dass das Argument von der Kaufzurückhaltung in Japan nur eine allenfalls periphere Relevanz beanspruchen kann. Spar- und Investitionsquote sind hingegen drastisch gefallen.

⁷ <http://personal.lse.ac.uk/ritschl/interwargermanydata.html>

Wenn etwas das langfristige Wachstum in Japan gebremst hat, dann nicht zu wenig Konsum wegen Deflation, sondern ein zu geringes Sparen und Investieren. Die Leistungs- und Kapitalbilanzsalden ändern an diesem Bild nichts Wesentliches. Dies dürfte ein entscheidender Faktor sein. Andere Probleme Japans sind ebenfalls bekannt: ein rapide steigendes Durchschnittsalter in der japanischen Gesellschaft, eine inflexible Wirtschaftsstruktur mit wenig Wettbewerb und schließlich das Wegfallen der technologischen Rückständigkeit im Vergleich zu den führenden Industrienationen, wie sie bis in die 1970er Jahre noch existierte. Damit fallen auch positive Wachstumseffekte durch Aufholprozesse weg. Kommen dann noch kreditinduzierte Preisblasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten hinzu, die vor fast 25 Jahren mit lautem Knall platzten und die strukturell nie richtig bereinigt wurden, darf man sich nicht über wenig Wachstum wundern. Die Strategie der Verschleppung durch eine 20 Jahre dauernde Kombination vieler geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen im keynesianischen Sinn war gut gemeint, aber letztlich wirkungslos.⁸ Gewachsen ist lediglich die Schuldenstandsquote. Eine bedeutsame Rolle der japanischen Deflation, die ohnehin durchweg gering war, ist angesichts dieser Konstellation schwer vorstellbar. Der Hinweis auf die japanische Deflation eignet sich bestenfalls als Drohkulisse.

■ Die Deflation und die Motive der EZB

Welche Pläne hat nun die EZB, um eine angeblich drohende Deflation beziehungsweise einen konjunkturellen Einbruch zu bekämpfen? Die Antwort fällt klassisch aus: Man drückt die Refinanzierungszinsen der Banken auf einen Wert nahe Null, um den Geschäftsbankensektor zur Aufnahme weiterer Notenbankkredite und zur Weitergabe der Kredite an die Realwirtschaft zu motivieren. Ergänzt wird die Leitzinssenkung durch negative Einlagezinsen der Einlagefazilität.⁹ Die Kredite sollen reales Wachstum fördern. Weiter erklärt man seine Bereitschaft, Staatspapiere und andere Aktiva zweifelhafter Qualität anzukaufen, um so quasi als Endlager für Giftmüll zu fungieren. Das soll zweierlei bringen: Zunächst den bereits bekannten Zinssenkungseffekt auf den Bondmärkten. Ziel ist, die Refinanzierung der Staatsschulden in den Krisenländern zu erleichtern. Ob die EZB allerdings unterstellt, hieraus würden sich Ausgabespielräume bei den Haushalten zur Finanzierung expansiver fiskalpolitischer Maßnahmen ergeben, darf bezweifelt werden. Die Konsolidierung wird auf jeden Fall erleichtert. Kauft die EZB nun ergänzend den Geschäftsbanken faule Aktiva ab, so hat das auf deren Bilanzen einen positiven Einfluss und erleichtert das Deleveraging.¹⁰ Dann hofft man, dass die Banken neue Kredite zu niedrigeren Zinsen an die Realwirtschaft vergeben. Die Nachfrage würde

⁸ Eine sehr gute Darstellung der „japanischen Verhältnisse“ findet sich unter http://www.hayek.de/images/pdf/The-senpapier_Arash%20Molavi.pdf

⁹ Der Satz wurde zum 10. September auf -0,2 Prozent „herauf“ gesetzt. <https://www.ecb.europa.eu/stats/monetary/rates/html/index.en.html>

¹⁰ Deleveraging bezeichnet den Abbau übermäßiger Kreditvergabe bei schwacher Eigenkapitalbasis und eine daraus resultierende Verringerung der Bilanzsumme. Am einfachsten ist dies durch den „wertschonenden“ Verkauf problematischer Kredite zu erreichen.

steigen – und damit Produktion und Preise. Der Kauf von Staatspapieren aus dem Besitz der Banken hätte ähnliche Effekte.

Aber funktioniert diese Strategie so wie geplant? Wohl kaum, denn es ist offensichtlich, dass zwar Banken und Staaten gestützt werden, die Realwirtschaft aber nicht. Zunächst ist es höchst fraglich, ob diese Maßnahmen tatsächlich zu einem höheren Kreditangebot durch die Geschäftsbanken – vor allem in den Südländern der Europäischen Währungsunion – führen. Erstens ist angesichts eines dort noch extrem hohen Konsolidierungsbedarfs bei den Bankbilanzen kaum davon auszugehen, es sei denn, die EZB würde faule Kredite im Wert von einigen Hundert Milliarden Euro gleich komplett in ihre Bücher nehmen.¹¹ Zweitens muss auch eine entsprechende Kreditnachfrage seitens der Unternehmen bestehen. Dazu müssten sich aber die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufhellen und die Gewinnerwartungen verbessern. Ob dies der Fall ist, darf ebenso bezweifelt werden.

Aber selbst wenn das Kreditvolumen steigen würde, wäre damit noch nichts über die realwirtschaftlichen Auswirkungen gesagt. Eine bekannte Tatsache ist, dass die gesamtwirtschaftlichen Investitionen kaum zinselastisch sind. Allenfalls bei den Bauinvestitionen kann man eine nennenswerte Zinsreagibilität unterstellen. Aus diesem Grund dürfte ein Kreditangebot zu günstigen Konditionen die Investitionen nicht wesentlich erhöhen, jedenfalls nicht die produktiven Investitionen. Damit dürften die Auswirkungen auf Produktion und Preise ebenso beschränkt bleiben. Als Mittel zur Bekämpfung einer Deflation – wenn sie denn drohen würde – wäre dieses Maßnahmenbündel kaum geeignet. An der gegenwärtigen Konstellation sieht man somit das ganze Dilemma keynesianischer Konjunkturpolitik: Zinsen, die so niedrig sind, dass man sie nicht mehr weiter senken kann, und Investitionen, die darauf gar nicht mehr reagieren. Die Nullzinsen enteignen den Sparer, ohne dass auf der Kreditseite der Wirtschaft etwas Gutes getan würde.

Wozu soll dann die keynesianische Strategie gut sein? Wie oben schon angesprochen, dient sie der Stabilisierung der Geschäftsbanken und der Staaten, die über die Bondmärkte unheilvoll verknüpft sind. Absurde Regeln, wie fehlende Eigenkapitalvorschriften für Staatsanleihen, können dann noch eine ganze Weile bestehen bleiben. Man stabilisiert das Kartell aus Staaten und Geschäftsbanken, nimmt den Banken den Druck zur Rekapitalisierung, und die Zentralbank betätigt sich als Recyclinginstitution. Dass das ganze Unternehmen auf eine Haftungsvergemeinschaftung durch die EZB hinausläuft, ist kein Geheimnis. Dass die Geschäftsbanken an einer Tarnung der Maßnahmen als „Deflationsbekämpfung“ interessiert sind, ist auch offensichtlich. Ihr Image ist immer noch so schlecht, dass man offene Forderungen nach Bankenrettungen besser nicht ausspricht. ■

11 http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1579395/Finanzsektor_Banken-sitzen-noch-auf-vielen-Risiken

■ Niedrigzinsen – Folgen und Gefahren

Prof. Dr. Dirk Meyer

*Institut für Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für Ordnungsökonomik,
Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg*

Die – gemessen am Leitzins der Europäischen Zentralbank – expansive Geldpolitik hat zu Niedrigzinsen geführt. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate und des Zinsabschlags ergeben sich für Spareinlagen und Bundesanleihen negative Renditen, sprich Substanzverluste. Der Beitrag stellt diese Entwicklung in einen historischen Zusammenhang.

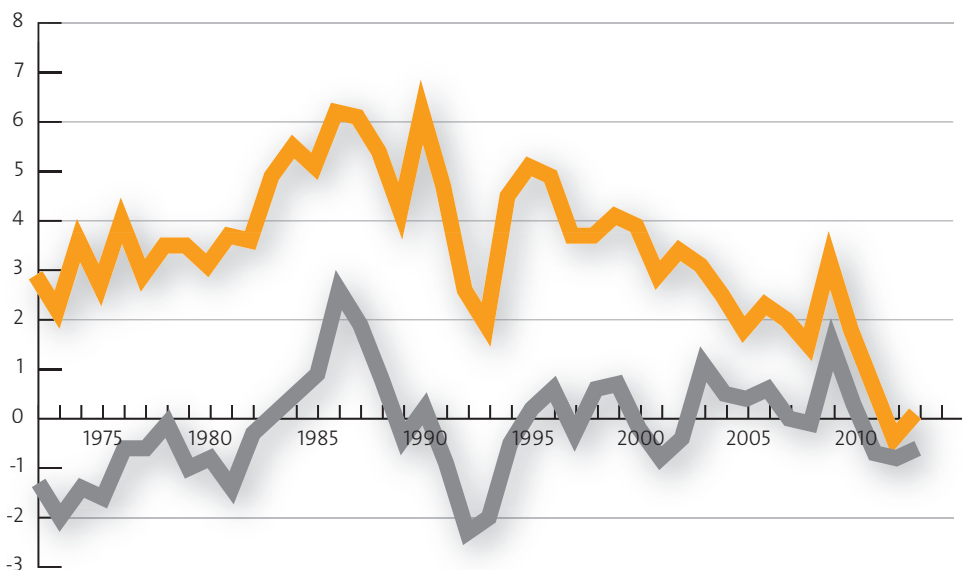
Der Zins als Preis für die zeitliche Kapitalüberlassung differiert nach Fristigkeit und Risiko des Zahlungsausfalls. Welches ist der hier zugrunde gelegte relevante Zins? Der Leitzins bietet eine wichtige Orientierung, da er die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken mitbestimmt. Die Einlagenverzinsung für die Guthaben der Haushalte und Unternehmen ist ein weiterer Zins, von dem die Refinanzierung der Geldinstitute abhängt. Auf der Finanzierungsseite bilden die Kreditzinsen den Rahmen für die an Unternehmen und Konsumenten vergebenen Ausleihungen. Für Anlageentscheidungen haben wiederum der Zins für Spareinlagen und die Rendite von Staatspapieren einen wichtigen Bezugswert, da diese Anlagen allgemein als risikolos gelten. Alternativ stehen die Dividendenrendite sowie die Rendite vermieteter Immobilien im Fokus der Anleger.

■ Die Faktenlage: Negativer Realzins

Die Realrendite von Finanzanlagen ist bereits seit Ende der 1980er Jahre rückläufig (Abbildung). Bei einer Rücknahme des Hauptrefinanzierungssatzes von 1,5 Prozent im Juli 2011 auf derzeit 0,05 Prozent und einer im gleichen Zeitraum rückläufigen Inflationsrate für Deutschland von 2,9 Prozent auf 0,8 Prozent im Oktober 2014 sank die reale Rendite einer Bundesanleihe mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren von 0,7 auf etwa null Prozent.¹ Zeitweise fiel die Rendite sogar ins Negative; für einjährige Staatspapiere gilt dies durchgängig ab 2010. Keinesfalls ungewöhnlich sind negative Realzinsen hingegen für Spareinlagen. Seit 1972 finden sich mehrjährige Phasen, in denen Anleger reale Einbußen hinnehmen mussten.

¹ Vgl. dazu und im Folgenden die Zinsstatistiken der Deutschen Bundesbank (www.bundesbank.de).

Realzinsen für Bundesanleihen und Spareinlagen in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank

- Bundesanleihen mit jährlicher Kuponzahlung und einer Restlaufzeit von 10 Jahren
- Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist

Die nominalen Kreditzinsen für Unternehmen und Haushalte sind demgegenüber nicht in gleichem Umfang gefallen. Die Renditen für Unternehmenskredite über eine Million Euro fielen von 4,0 Prozent im Juli 2011 auf 2,4 Prozent im September 2014. Parallel sank die Effektivverzinsung bei Konsumentenkrediten lediglich von 5,8 Prozent auf 4,8 Prozent. Insofern betrifft der Niedrig- und Negativzins vornehmlich den Geldmarkt sowie die Verzinsung von Staatspapieren.

■ Realer Vermögensabbau – erschwerte Zukunftsvorsorge

Der Niedrigzins führt in mehreren Fällen zu einem realen Vermögensabbau, was sich beispielsweise für einen alleinstehenden, konfessionsgebundenen Selbständigen mit einem Geldvermögen von 150 000 Euro an folgender Rechnung zeigt: Eine Anlage von 100 000 Euro in eine 10-jährige Bundesanleihe mit einer Verzinsung von 1 Prozent sowie von 50 000 Euro als Spareinlage mit einer Verzinsung von 0,15 Prozent führt zu Zinserträgen von jährlich 1 075 Euro. Nach Abzug des Freibetrags von 801 Euro fallen auf den steuerbaren Kapitalertrag von 274 Euro Zinsabschlagsteuer, Solidaritätszuschlag sowie Kirchensteuer in Höhe von 28,6 Prozent oder 78,36 Euro an. Dem Netto-Kapitalertrag von 996,36 Euro steht bei einem Kaufkraftverlust von 0,8 Prozent ein inflationsbedingter Vermögensverlust von 1 200 Euro entgegen. Der

Substanzverlust beträgt mithin 203,64 Euro; das entspricht einer Negativrendite von minus 1,36 Prozent.

Damit mindert die Inflation in Verbindung mit dem Niedrigzins nicht nur den Wertzuwachs, sondern verkehrt ihn sogar ins Gegenteil. Da diese Verluste auch noch ertragswirksam besteuert werden, verstößt dieser Tatbestand im wirtschaftlichen Sinne gegen die Eigentumsgarantie des Artikel 14 im Grundgesetz beziehungsweise Artikel 17 der Charta der Grundrechte der EU. Das Bundesverfassungsgericht hält jedoch nach einer Entscheidung aus dem Jahr 1978 zur Besteuerung der Zinsen aus Einlagen bei Kreditinstituten am sogenannten Nominalwertprinzip fest. Deshalb wäre der Gesetzgeber gefordert, eine entsprechende Änderung zur Aussetzung der Besteuerung von Kapitaleinkünften zu formulieren, die auf Inflationseffekten beruhen.

Betroffen ist insbesondere die Mittelschicht, die außer Immobilien mit derzeit geringer Rendite wenige Möglichkeiten zu Realinvestitionen oder Geldanlagen im Ausland hat. Klassische Anlageformen wie Sicht- und Sparguthaben sowie festverzinsliche Wertpapiere dominieren mit einem Anteil von etwa 45 Prozent das bundesdeutsche Geldvermögen. Bei einem Nettogeldvermögen von 3 574 Milliarden Euro am Jahresende 2013 und einem Rückgang des Kapitalmarktzins um drei Prozentpunkte gegenüber 2007 beträgt der kalkulierte jährliche Einkommensverlust der Sparer an nominal entgangenen Zinserträgen etwa 107 Milliarden Euro.

Diese Entwicklung hat Konsequenzen für die Ersparnisbildung. Mit dem Rückgang der Zinsen sank die Sparquote privater Haushalte von 12,7 Prozent im Jahr 1991 auf 9,1 Prozent im Jahr 2013. Sparen, das heißt auch freiwillige Zukunftsvorsorge, lohnt nicht mehr im gewohnten Umfang. Dies führt für die Berufsgruppe der Selbständigen und Freiberufler zu Problemen, die eine kapitalgedeckte Altersvorsorge vornehmen müssen. Über die Betriebsrenten und die Zusatzaltersvorsorge des Riester-Sparens sind jedoch auch weitere Bevölkerungsgruppen betroffen.

■ Anlagennotstand

In akute Schwierigkeiten geraten die Anbieter entsprechender Produkte. Geldinstitute, die langlaufende, teilweise mit steigenden Zinssätzen versehene Sparverträge erfüllen müssen, können ihre Zinsversprechen nicht mehr ohne Weiteres bedienen. Außerdem ist ihre Zinsspanne bei Fristentransformation – kurzfristige Anlagegelder werden langfristig ausgeliehen – als vormals wichtige Ertragsquelle stark reduziert. Bausparkassen kündigen deshalb Altverträge. Auch Lebensversicherer, die für ihre Altverträge bis zum Jahr 2000 noch einen Garantiezins von 4 Prozent gewährleisten müssen, können nicht mehr die erforderlichen Renditen erzielen.² Obwohl der Garantiezins aktuell auf 1,75 Prozent reduziert wurde, liegt

² Der Garantiezins sank von 4 Prozent (2000) auf 3,25 Prozent (2000–2004), 2,75 Prozent (2004–2006), 2,25 Prozent (2007–2012) und beträgt seither 1,75 Prozent. Ab 2015 wird er nochmalig auf 1,25 Prozent abgesenkt.

diese Zusicherung über alle Verträge gerechnet immer noch bei 3,2 Prozent. Aufsichtsrechtliche Vorgaben und Auszahlungsverpflichtungen machen die Anlage zu hohen Anteilen in deckungsstockfähige, erstklassige Zinstitel hinsichtlich Bonität, Rentabilität und Liquidität notwendig. Bei Renditen von ein bis zwei Prozent in dieser Anlagenklasse laufen die Versicherer Gefahr, ihre Zusagen nicht dauerhaft halten zu können.

Deshalb fordert die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) seit 2011 von den Lebensversicherern Einstellungen in eine Zinszusatzreserve. 2014 werden die Unternehmen acht bis zehn Milliarden Euro zusätzliche Rückstellungen bilden müssen, die nach dem europäischen Aufsichtsrecht Solvency I das Eigenkapital mindern. Dies entspricht einer Aufstockung der bisherigen Vorsorge um etwa 50 Prozent.³ Bereits jetzt hat die BaFin Anträge von mehreren Versicherungen vorliegen, die eine zeitweise Aussetzung dieser Ausschüttungspflichten beziehungsweise Gewinngutschriften an Kunden verlangen. Die gesetzliche Neuregelung der Umverteilung der Überschussbeteiligung von Altverträgen zu Neuverträgen kommt einer Enteignung gleich.⁴ Seit Kurzem erleichtert die europäische Versicherungsaufsicht EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority) die Anlage in Hochzins-„Schrottpapiere“: eine Entlastung auf Kosten von Sicherheit.

■ Betriebsrenten als Konkursauslöser

Zugleich werden die Betriebsrenten für die Unternehmen zu einer immensen Belastung. 2014 steigen die Pensionsverpflichtungen der DAX-30-Unternehmen um voraussichtlich 17 Prozent auf 353 Milliarden Euro.⁵ Demgegenüber stieg das Planvermögen nur um 8 Prozent auf 213 Milliarden Euro. Derzeit gelten lediglich 61 Prozent der Anwartschaften der Pensionszusicherungen der DAX-Unternehmen als abgesichert; für im M-DAX geführte Unternehmen ging der Ausfinanzierungsgrad auf 48 Prozent zurück.⁶ Im Durchschnitt aller DAX-Unternehmen beträgt der Anteil der Pensionsverpflichtungen an der Bilanzsumme 15 Prozent, gemessen am Eigenkapital 55 Prozent.⁷

Diese Entwicklung hat gravierende Folgen, wie sich am Beispiel der Lufthansa zeigen lässt:⁸ Bei einer Bilanzsumme von 29,1 Milliarden Euro haben die Pensionsrückstellungen für Verpflichtungen aus laufenden Pensionen sowie Anwartschaften

3 Vgl. Philipp Krohn, Lebensversicherer müssen noch größere Reserven bilden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. November 2014, Seite 25.

4 Siehe den neu gefassten § 153 Versicherungsvertragsgesetz (VVG). Politisch ließe sich die Neuregelung mit der Umverteilung von zinsenkungsbedingten Bewertungsgewinnen auf das gesamte Versichertenkollektiv rechtfertigen.

5 Vgl. Mercer Deutschland, Niedrigzins: Pensionsverpflichtungen im DAX 30 steigen um 52 Milliarden Euro, Presseinformation vom 18. November 2014, Frankfurt. Dies ist gegenüber 2008 eine Steigerung von 86 Prozent.

6 Vgl. Markus Frühauf, Anleger flüchten in Bundesanleihen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. August 2014, Seite 23.

7 Vgl. Thomas Mayer, Die Zeitbombe – Der Streit um die Pensionsansprüche der Piloten ist erst der Anfang, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2. November 2014, Seite 28.

8 Die nachfolgenden Daten wurden dem Geschäftsbericht 2013 entnommen. Vgl. Lufthansa (Hrsg.), Geschäftsbericht 2013, Köln 2014.

auf zukünftige Pensionen einen Umfang von 4,7 Milliarden Euro. Sie ergeben sich als Differenz des Barwertes der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 15 Milliarden Euro und dem Zeitwert des Planvermögens von 10,3 Milliarden Euro. Der Vermögensstock wird etwa zur Hälfte vom Lufthansa Pension Trust verwaltet. Er setzt sich aus Aktien (32,6 Prozent), Staatsanleihen (18,9 Prozent), Unternehmensanleihen (25 Prozent), kurzfristigen Anlagen (8 Prozent), Immobilien (4,4 Prozent) und sonstigen Anlagen (11 Prozent) zusammen.

Entscheidenden Einfluss auf den Ausfinanzierungsgrad beziehungsweise die Höhe der Pensionsrückstellungen hat zum einen die Bewertung des Vermögensstocks, zum anderen der Kalkulationszinssatz, mit dem die zukünftigen Rentenansprüche auf den heutigen Zeitpunkt abgezinst werden. Je höher dieser Zinssatz angesetzt wird, desto mehr Vermögenserträge fließen in die Rechnung ein und desto leichter wird es, diese Rentenansprüche zu erfüllen: Der Gegenwartswert dieser Verpflichtungen kann entsprechend niedrig angesetzt werden. Gemäß dem Geschäftsbericht der Lufthansa basiert der „für die Abzinsung der jeweiligen künftigen Zahlungsverpflichtungen verwendete Zinssatz ... auf der Rendite hochwertiger, währungskongruenter Unternehmensanleihen mit einer vergleichbaren Laufzeit“.⁹ Trotz unterschiedlicher Ferne der altersabhängigen Leistungsansprüche wurde er einheitlich mit 3,75 Prozent angenommen. Darüber hinaus wird diese Rendite derzeit weder von Unternehmensanleihen (3,5 Prozent) noch von Aktien der Dax-Unternehmen (3,4 Prozent) erreicht. Mit höchster Bonität bewertete Staatsanleihen und Immobilien rentieren nur mit ein bis zwei Prozent, wohingegen die Verzinsung kurzfristiger Finanzanlagen gegen null geht. Bei entsprechender Anlagengewichtung ergibt sich aktuell eine durchschnittliche Rendite von etwa 2,3 Prozent.

Zukünftig dürften die Aktienrenditen eher sinken. Da das Unternehmen ab 2016 außerdem vermehrt Rentenzahlungen leisten muss, dürfte eine Verschiebung hin zu den liquiden, risikoarmen und daher niedrig verzinsten Anlagen stattfinden. Damit würde der Kalkulationszinssatz drastisch sinken. Bei einer Rendite von 1,8 Prozent und einer Rentenbezugsdauer von zwanzig Jahren¹⁰ würde der Barwert heutiger Verpflichtungen von 15 Milliarden Euro auf etwa 21,9 Milliarden Euro hochschnellen. Dies hätte eine Steigerung der Pensionsrückstellungen von 4,7 Milliarden Euro auf 11,6 Milliarden Euro zur Folge. Bei einem derzeit ausgewiesenen Eigenkapital von 6,1 Milliarden Euro würde diese realistische Neuberechnung zu einer Überschuldung von 0,8 Milliarden führen. Der Lufthansa-Konzern müsste Konkurs anmelden.

⁹ Ebenda, Seite 150.

¹⁰ Diese für die Berechnung wichtige Annahme konnte dem Geschäftsbericht der Lufthansa nicht entnommen werden. Das Unternehmen verwendet als biometrische Rechnungsgrundlage die gebräuchlichen Richttafeln 2005 G der Heubeck AG. Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer betrug laut Rentenversicherung in den alten Bundesländern im Jahr 2013 für Frauen 21,0 und für Männer 17,2 Jahre. Da Piloten der Lufthansa zurzeit mit 55 Jahren in den vorgezogenen Ruhestand wechseln können, werden 20 Rentenjahre als realistisch angenommen.

■ Schuldenfalle des Niedrigzinses

Auf der anderen Seite können die Kreditnehmer in eine Schuldenfalle aufgrund niedriger Zinsen geraten.¹¹ Ein niedriger Zins gibt Anreize zu einer vermehrten Verschuldung, eine Bilanzbereinigung um faule Kredite bei Banken unterbleibt, und für Unternehmen erscheinen Investitionen eher rentabel als bei höherem Zins. Eine Haushaltskonsolidierung wird nicht so dringlich, da relativ niedrige Zinslasten Spielräume für eine Nettoneuverschuldung eröffnen. So ist die durchschnittliche Verzinsung deutscher Staatsschulden von 4 Prozent im Jahr 2007 auf 2,5 Prozent im Jahr 2013 gesunken. Legt man das Zinsniveau von 2007 zugrunde, ergibt sich bei einer öffentlichen Verschuldung von 2 165 Milliarden Euro rein rechnerisch eine jährliche Ersparnis von rund 30 Milliarden Euro.¹²

Die Risiken öffentlicher Haushalte¹³ spiegeln sich in der Schuldenstandsquote als Quotient von Staatsschulden und Bruttoinlandsprodukt (BIP) wider. Diese bleibt nur dann konstant, wenn das BIP mit der gleichen Rate wie die Staatsschulden wächst. Bei einer Nettoneuverschuldung von null wird dies erreicht, wenn der durchschnittliche Zinssatz der Staatsschuld mit der Wachstumsrate des BIP übereinstimmt. Bei im langfristigen Trend eher sinkenden Wachstumsraten und wieder ansteigenden Zinssätzen käme es deshalb zu einem Anstieg der Schuldenstandsquote. Neben den Vorgaben des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Sixpack) auf EU-Ebene zieht die nationale Schuldenbremse (Artikel 109 und 115 Grundgesetz) besonders hart. Hiernach gelten Zinsausgaben als strukturell. Sind die Verschuldungsspielräume bereits jetzt ausgeschöpft, würde ein Zinsanstieg erheblichen Konsolidierungsdruck erzeugen, der nur über einen Primärüberschuss zu lösen ist.¹⁴

■ Gefahren für die Finanzmarktstabilität

Der Anlagennotstand führt zum Engagement in risikobehaftetere Anlagen. Fremdwährungsanleihen, Unternehmensanleihen und Schwellenländeranleihen gewinnen Attraktivität. Mit diesen stark ausfallgefährdeten Hochzinsanleihen lassen sich Renditen von acht Prozent erwirtschaften. Seit 2007 ist dieses Segment um 300 Prozent gewachsen und umfasst derzeit zehn Prozent des gesamten Kreditmarktes.¹⁵ Ebenfalls wächst der Markt für riskante Bankanleihen. Die im Liquidationsfall nachrangigen Tier-1-Pflichtwandelanleihen, die als langfristige Schuldverschreibungen zum Kernkapital rechnen, rentieren zwischen fünf und sechs Prozent.

11 Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 84. Jahresbericht 2013–2014, Basel 2014, Seiten 73 ff.

12 Vgl. Ferdinand Fichtner, Niedrigzinsen sind sinnvoll, können Probleme in Europa aber nicht alleine lösen, in: Wirtschaftsdienst, 94. Jahrgang (2014), Heft 9, Seite 620.

13 Vgl. Jens Boysen-Hogrefe/Nils Jannsen, Wo liegen die Gefahren niedriger Zinsen?, in: Wirtschaftsdienst, 94. Jahrgang (2014), Heft 9, Seiten 616 f.

14 Der Primärüberschuss eines Haushaltes ist die Differenz aus den Einnahmen des Staates abzüglich Vermögensveränderungen und den Ausgaben ohne den Zinsendienst.

15 Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Jäger des verlorenen Zinses, in: iwd-Informationen, Nr. 31/2014 vom 31. Juli 2014, Seite 7.

Der Anlagennotstand, eine höhere Risikoneigung und die Schuldenfalle sind Faktoren, die die Finanzmarktstabilität stören.¹⁶ Zugleich sinkt die Risikowahrnehmung der Kreditgeber. Liquiditätsgetriebene, steigende Vermögenspreise auf den Immobilien- und Aktienmärkten führen zu einer Überbewertung von Kreditsicherheiten. Gleichzeitig werden bei vermeintlich positiven Wachstumsaussichten Beleihungsgrenzen und Vergabestandards gesenkt. Der Anteil spekulativ motivierter Kredite für den Erwerb von Vermögensanlagen wächst.

Die Gefahren für die Finanzmarktstabilität werden bei einem Umschwenken der Geldpolitik real, weshalb die Notenbank eine Zinswende hinauszögern wird. Aufgrund der langen Wirkungsverzögerung der Geldpolitik ist dies zugleich problematisch. Im Blickpunkt der Europäischen Zentralbank dürften die kurzfristigen Belastungen stehen. Nach einer langen Niedrigzinsphase sind die Zinssenkungen auch bei den langlaufenden Anlagen angekommen, und die Akteure haben sich entsprechend angepasst. Steigende Zinsen lassen die Vermögenswerte abrupt sinken; Wertberichtigungen in hohem Umfang wären kurzfristig die Folge. Die Aktivseite der Bilanzen schrumpft.

Insbesondere Versicherer und Banken, aber auch spekulativ motivierte Anleger wären hiervon betroffen. Langfristig ertraglose Investitionen erweisen sich im Nachhinein als eine Fehlallokation von Kapital. Einer Prolongation von Unternehmenskrediten zu steigenden Zinsen fehlt die Annuität aus produktiver Wertschöpfung. Überschuldungen insbesondere im Unternehmenssektor dürften vermehrt auftreten. Darüber hinaus zeigt der Transmissionsmechanismus bei einem Wechsel hin zu einer kontraktiven Geldpolitik zunächst Wirkungen bei den kurzfristigen Zinsen. Aufgrund der Fristentransformation bei Banken kommt es hier zu besonderen Problemen einer inversen Zinsstruktur. Die Refinanzierungskosten steigen bei gleichbleibenden Erträgen auf der Forderungsseite. Totalausfälle bei Unternehmens- und Hauskrediten aufgrund von Insolvenzen dürften zusätzlich das Eigenkapital des Geschäftsbankensektors belasten. Eine erneute Bankenkrise wäre unter diesen Voraussetzungen durchaus wahrscheinlich.

■ Besteht Handlungsbedarf?

Die Feststellung eines möglichen Handlungsbedarfs hängt von den Erklärungsansätzen eines Niedrigzinses ab. Die monetäre Zinstheorie sieht die Geldpolitik der Zentralbank als wesentlichen Einflussfaktor. Eine Geldmengenerhöhung sowie die Senkung des Leitzinses wirken sich über den Transmissionsmechanismus auf die verschiedenen Märkte, zum Beispiel auf den für Unternehmenskredite und den für Immobilienfinanzierung, zinssenkend aus. Der Realzins kann so offensichtlich zumindest kurzfristig beeinflusst werden. Die reale Zinstheorie hingegen stellt auf den Realzins ab. Dieser hängt einerseits von der positiven Zeitpräferenz der Wirtschaftssubjekte ab; Sparen als heutiger Konsumverzicht muss entlohnt werden.


¹⁶ Vgl. Jens Boysen-Hogrefe/Nils Jannsen, a. a. O. Seiten 617 f.

Andererseits hängt die Kreditnachfrage vom sogenannten natürlichen (Real-)Zins ab, der auf *Knut Wicksell* zurückgeht und der sich aus der Grenzproduktivität des Kapitals, den Güterpreisen und der Gewinnbesteuerung ergibt. Der Notenbank fällt hiernach die Aufgabe zu, den Leitzins entsprechend dem natürlichen Zins so anzupassen, dass die Inflation gering bleibt. Die Geldpolitik übernimmt langfristig keine aktive Rolle.

Aufgrund der Vorsorgeaktivitäten einer im Durchschnitt alternden Gesellschaft ist das Angebot an Sparkapital groß. Für Deutschland kommt der „sichere Euro-Hafen“ hinzu, der für risikoaverse Kapitalanleger aus anderen Euro-Staaten interessant ist. Diese Kapitalschwemme trifft auf eine eher geringe Nachfrage nach Kapital. Ursache ist die Konsolidierung der Staatshaushalte. Hinzu tritt eine relativ geringe Kreditnachfrage der Unternehmen. Aufgrund hoher Wertberichtigungen im privaten Sektor infolge der Finanzmarktkrise haben manche Unternehmen eine reduzierte Schuldentragfähigkeit. Die von der Zentralbank angebotene Liquidität muss deshalb ungenutzt bleiben.¹⁷ Darüber hinaus verhindern Reformblockaden insbesondere in den südeuropäischen Ländern und wieder zunehmende Regulierungen in Deutschland – beispielsweise im Energiesektor und im Immobiliensektor sowie die Einführung eines Mindestlohns – rentable Investitionen.

Die genannten Gründe stützen die Prognose eines dauerhaft niedrigen Kredit- und Geldmarktzinses. Da die Geldpolitik auf diesem Gebiet zumindest langfristig ohne Einfluss ist, ein staatliches Ausgabenprogramm ordnungspolitisch zweifelhaft und hinsichtlich der Schuldengrenze kaum durchsetzbar ist, bleibt der dringende Aufruf zum Abbau von Reformblockaden. ■

17 Richard Koo verwendet den Begriff der Bilanzrezession. Er diagnostiziert keine Bilanzrezession für Deutschland, Italien und Griechenland. Dagegen sieht er die Bedingungen für Spanien, Portugal und Irland als erfüllt. Vgl. Richard C. Koo, *The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics*, in: *Real-World Economics Review*, Nr. 58 (2011), Seiten 25 ff.

 **THOMAS MAYER**
DIE NEUE ORDNUNG DES GELDES
München 2014, 252 Seiten.

Thomas Mayer, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute, hat ein Buch mit dem Titel „Die neue Ordnung des Geldes“ geschrieben. Der Untertitel lautet: „Warum wir eine Geldreform brauchen“. Nun, der Leser erfährt es: *Mayer* benennt in Tiefe und umfassend die Geldtheorien und praktischen Erfahrungen in der Historie mit der Organisation des Geldwesens, die vielfach zu Wirtschaftskrisen und gesellschaftlichen

Verwerfungen geführt haben. Faszinierend und wohltuend zugleich ist die klare Struktur, die der Autor seinem Text gegeben hat, in dem er die Entwicklungen der Geldordnung nachzeichnet.

Das zeichnet ihn gegenüber anderen Autoren aus: Kein Gedanke bleibt unerklärt, die Formulierungen sind knapp und treffend. Er gibt zahlreiche Verweise auf weitergehende, teils aktuelle Literatur. Man fühlt sich bei der Lektüre wie in einer dieser seltenen Vorlesungen, in denen der Professor souveräne Ruhe ausstrahlt, sich seinen Zuhörern mitteilen und verstanden werden möchte und die Zuhörer keine Scheu haben, Fragen zu stellen. Aber ebenso klar sei gesagt: Es wird wohl ein Graduierten-Kolleg sein, und kein Propädeutikum. Das ist aber nicht *Thomas Mayer* anzulasten, sondern der Tatsache, dass der Stoff „Geldtheorie“ komplex und oft nur schwer zu greifen ist.

Mag sein, dass die vergangenen und aktuellen Wirtschaftskrisen daher rühren, dass so viele Unberufene über Geld schwadronieren und die Geschehnisse von Politik und Unternehmen lenken. Wer das Buch liest, merkt jedenfalls, dass Krisen nicht überraschend kommen müssten: *Thomas Mayer* erläutert die Defekte geldtheoretischer Überlegungen an realen Fehlentwicklungen und zeigt Zusammenhänge und wiederkehrende Muster auf. Eine Seltenheit im Wirrwarr oft interessengeleiteter Halbwahrheiten.

Was die derzeitige Lage im Finanzwesen betrifft, bezieht *Thomas Mayer* klar Stellung: Die bestehende Passivgeldordnung hält er für gescheitert, weil die Geschäftsbanken im Zusammenspiel mit dem Staat unbegrenzt Geld schaffen können. Die übermächtige Stellung des Staates im Geldwesen führe zu einer entsprechenden Vormachtstellung in der Wirtschaft und im Gemeinwesen. Die Möglichkeit, Schuld mit Geld aus dem Nichts zu finanzieren, lade zu privater und öffentlicher Verschuldung ein. Das führe zur Katastrophe, wenn Geld knapp werde.

Mayer schlägt deshalb die Schaffung von Aktivgeld vor, das den Charakter einer Ware hat, weil es durch Güter oder auch Rohstoffe wie Gold gedeckt ist. Die Dinglichkeit ist aber nicht zwingend. Wesentlich ist, dass sich das Geldangebot nicht elastisch der Nachfrage anpasst. Der unbegrenzten Geldschöpfung durch Kreditgewährung, wie es im derzeitigen Zentralbanksystem mit den Akteuren Staat, Zentralbank, Banken möglich ist, wäre ein Riegel vorgeschoben.

Allerdings macht *Thomas Mayer* wenig Hoffnung, dass die durch das Passivgeldsystem drohende Gefahr erkannt und ein Wandel eingeleitet wird: Zu groß ist das Interesse der öffentlichen und privaten Schuldner am Fortbestand des aktuellen Systems, die sich so durch staatlich gewollte Inflation entschulden können.

Berthold Barth

LUDWIG-ERHARD-PREIS FÜR WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK 2014



Fotos: Tobias Kleinrod, Berlin

Werner Plumpe, Wolfgang Clement, Andrea Rexer, Patrick Bernau, Christian Salewski

Am 15. Oktober 2014 wurde der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik in Berlin verliehen. Die Hauptpreisträger waren Wolfgang Clement, Ministerpräsident a. D. und Bundesminister a. D., sowie Prof. Dr. Werner Plumpe, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Die Förderpreise gingen an Patrick Bernau, Ressortleiter Wirtschaft und Finanzen der Online-Redaktion bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, an Andrea Rexer, Redakteurin bei der Süddeutschen Zeitung, sowie an Christian Salewski, Gründer und Chefreporter von Follow the Money. Die Laudationes sprachen Roland Tichy, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, sowie Heike Göbel, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.

Laudationes

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Ich begrüße Sie herzlich im Namen des Vorstands der Ludwig-Erhard-Stiftung. Die unbestreitbare Popularität *Ludwig Erhards* führt leider häufig auch zu dem einen oder anderen Missverständnis, und so ist es schon zu einer teilweisen Enteignung seines Gedankenguts gekommen. Viele Leute berufen sich auf *Ludwig Erhard*, weil das so populär ist, schlachten Halbsätze aus und benutzen Sätze hinter dem Komma, um sie mit eigenen propagandistischen Inhalten zu verbinden. Zu dieser Enteignung gehört auch ein Dokumentarfilm jüngeren Datums, der durch die Randprogramme des öffentlich-rechtlichen Fernsehens geistert, und in dem suggeriert wird, das Wirtschaftswunder sei ganz selbstverständlich gekommen. Es sei gewissermaßen eine Art historische Notwendigkeit gewesen.

Trotz dieser Abwertung und Teilenteignung spüren wir in der Ludwig-Erhard-Stiftung eine steigende Nachfrage nach Antworten auf die Frage, was denn eigentlich die Soziale Marktwirtschaft sei und was man damit anfangen könne. Das ist ein Reflex auf die Tatsache, dass das Verteilen mit der großen Schöpfkelle den Suppentopf doch erstaunlich schnell leer kriegt. In diesem Sinne freue ich mich, heute mit Ihnen den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik zu vergeben.



Wolfgang Clement

Es ist mir ein großes Vergnügen, die Laudatio auf *Wolfgang Clement* halten zu dürfen. Ich habe mir dabei überlegt: Mit welchem Baum darf ich ihn denn vergleichen? Zeitgeistgemäß wäre eigentlich der Bambus: Er ist biegsam, elastisch, schnell wachsend, vielseitig und unwiderstehlich. Aber irgendwie hat mir das nicht so gut gefallen. Schließlich bin ich auf eine Metapher gestoßen, die nicht mehr so ganz zeitgemäß, aber in diesem Fall und um dieser Person willen angemessen ist. Schließlich geht es um einen Mann, der so unanfechtbar und knorrig ist wie die deutsche Eiche, die es nicht schert, wenn sich eine Sau an ihr schrubbt. *Wolfgang Clement* ist Jurist, Journalist, Politiker und Aufsichtsrat in einem Energieunternehmen. – Ich muss sagen, Herr *Clement*, ein wirklich doch unübersehbarer Abstieg in der Wertung von Berufen dieser Gesellschaft.

Gott sei Dank steht in vielen Fällen davor noch „Chef“, das macht die Sache erträglicher: Chefredakteur, Chef der Staatskanzlei, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und nicht nur Bundesminister, sondern „Superminister“ für Wirtschaft und Arbeit. In seiner Hand wurde damals zusammengeführt, was nachher wieder getrennt wurde, nämlich die Verantwortung für Ursache und Wirkung – also für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

Da fragt man sich natürlich, warum diese Zusammenlegung, nachdem sie schon erfunden war, eigentlich keinen Bestand hatte? Ist es wirklich sinnvoll, die Gestaltung der Arbeitswelt von Wirtschaftsfragen abzukoppeln? Auch wenn es immer in der Institutionengeschichte der Bundesrepublik so war, muss es ja nicht so bleiben, dass der eine Minister fürs Geldverdienen und der andere fürs Geldausgeben verantwortlich ist.

Herr *Clement* wird oft als pragmatisch beschrieben. Auch das ist ein gefährliches Prädikat. Wir leben in einer Zeit, in der Glaubenstreue und das Mitschwimmen gefragt sind und nicht so sehr das Können. Womit hat *Wolfgang Clement* sich das verdient? Als Politiker in Nordrhein-Westfalen war er sehr früh zuständig für erneuerbare Energien und deren Ausbau, für Ausbildung und Arbeitsplätze, für Existenzgründungsförderung sowie für Medien und Telekommunikation. Er hat für niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose gekämpft und für den Flughafenbau. Das sind alles vernünftige Sachen, aber man spürt schon bei der Aufzählung, dass man sich damit nicht wirklich beliebt machen kann. Schon gar nicht, wenn man bedenkt, dass sein Name untrennbar mit den Hartz-Reformen der rot-grünen Koalition verbunden ist.

Daneben hat er für die Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes gekämpft. Und wenn wir abends oder samstagsmittags nicht mehr wie die Hasen rennen müssen, um das gelobte Land des Edeka betreten zu dürfen, dann haben wir es *Wolfgang Clement* zu verdanken, dass wir hier nicht mehr so gehetzt sind. Reform der Handwerksordnung, Abschaffung des Meisterzwangs – das alles muss gesagt werden, wenn man diesen Preis der Ludwig-Erhard-Stiftung vergibt.

Aber natürlich sind die damals so umstrittenen Hartz-Reformen das Zentrale. Gegen diese Reformen haben sich sehr bald landauf, landab Montagsdemonstrationen gebildet. Aber während andere sich wegduckten, bleibt die Eiche stehen und nennt die Montagsdemonstrationen eine Verfälschung der Geschichte. Damit hat *Wolfgang Clement* ja recht: Es ist einer der ganz großen propagandistischen Tricks – und das kann nur einer Gruppe von Menschen gelingen, die im Klassenkampf geschult sind und im neuen Mäntelchen herumtoben – dass Montagsdemonstrationen gegen die Macht über die DDR semantisch zum Kampf gegen Sozialreformen eingesetzt werden. Das war ja eine wüste politische Zeit, und es ist unbestritten, dass mit den Hartz-Reformen eine der wichtigsten Voraussetzungen geschaffen wurde für die Gesundung des damals kranken Mann Europas – dafür, dass die deutsche Wirtschaft gesunden und zu einer Verfassung zurückfinden konnte, die die heutige Stärke und das Selbstbewusstsein ausmachen.

Aber das fiel ja nicht vom Himmel, das wurde erkämpft. Und *Wolfgang Clement* kann kämpfen, und er kann austeilen. Er kämpfte zunächst für die Reformen und danach gegen ihre Verwässerung. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass die heutige Große Koalition das zurückdreht, was wir bejubeln. Es ist eben doch so, dass nicht bei allen der Verstand mit dem Amt des Arbeitsministers wächst. Die Revision der Reformen ist eine der gesellschaftlich teuersten Pirouetten der Sozialdemokratie.

Wolfgang Clement musste viel einstecken. Das trifft ihn umso mehr, weil er sich immer als Anwalt der kleinen Leute verstanden hat. Und weil er gerade auch in der eigenen Partei von vielen angegriffen wurde, für die der Dreischritt – Feind, Todfeind, Parteifreund – gilt. Bekanntlich gilt der ja nicht nur in der SPD. Das Besondere an der SPD ist aber, dass sie mit ihren eigenen Mitgliedern am brutalsten, geradezu gnadenlos umgeht. Und wenn man diese Partei kennt, weiß man, welche Einsamkeit und Kälte einen nach dem Austritt umgibt.

Aber nur ich darf jammern, denn das Jammern gehört nicht zu Herrn *Clements* Repertoire. Ehre, wem Ehre gebührt, er teilt aus, und „political correctness“ ist seine Sache nicht. Er kann schon holzen. Er ragt damit ein bisschen wie eine Art Urgestein in eine Landschaft, in der wir alles abflachen und schönreden und vom Politmarketing weichgespülte Formulierungen verwenden. Das ist nicht seine Sprache. Er benennt die Dinge und hängt der davonhuschenden Katze des Kompromisses die Schelle um.

Das ist ihm natürlich nicht gut bekommen. Das konnte ja nicht gutgehen, und das hätte er vorher wissen können. Vielleicht hat er es auch gewusst. Zwar bestreitet kaum jemand die positiven Wirkungen seiner Schaffenskraft, die ich hier gar nicht alle aufzählen kann. Aber mir ist aufgefallen, als ich mich auf den heutigen Tag vorbereitet habe, dass es einen nach wie vor ungeheuren Hass gibt, der *Wolfgang Clement* verfolgt. Das ist mir insbesondere beim Nachlesen

in Wikipedia aufgefallen, und es hat mich erschüttert. Das ist eine bösartige suggestive Häme, die da in nur schwer, aber doch angreifbaren Sätzen ausgeschüttet wird. Ich will mir daher hier die Zeit nehmen, um Sie darauf aufmerksam zu machen, was in diesem Land mit jemandem passieren kann, der für Reformen eintritt.

Ein langer Absatz gilt natürlich der Hartz-IV-Verteidigungsbroschüre von *Wolfgang Clement* mit dem Titel „Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“. Die erste Frage ist, ob eine Broschüre, die ein Minister herausgibt, noch nach so vielen Jahren überhaupt gewürdigt werden muss. Anscheinend schon! Wir lesen heute noch, knapp zehn Jahre später, dass gegen ihn Strafanzeige gestellt wurde wegen übler Nachrede, Beleidigung, Volksverhetzung. „Was muss das für ein Mann sein?“, muss sich wohl einer fragen, der vielleicht historisch nicht so gebildet ist, wenn er solche Sätze liest. Wer hat diese Anzeige erstattet? Das war die WASG, diese Vereinigung aller westdeutschen Spinner und Genossen, die dann in der SED-Nachfolgepartei Die Linke aufgegangen ist. Derart sind also die Lexikoneinträge, die ihn verfolgen.

Und ebenso ausführlich wird über eine Welle der Entrüstung geschrieben, die nach einer Talkshow losbrach, an der *Wolfgang Clement* teilgenommen hat. Die Talkshows vergehen schnell, aber die Wikipedia-Einträge bleiben bestehen. Herr *Clement* hat damals die Zahl von 20 Prozent Sozialbetrug genannt. Ich gehe darauf ein, damit wir uns einmal damit auseinandersetzen: Was steht eigentlich in dem mittlerweile ja kollektiven Gedächtnis, zu dem Wikipedia angewachsen ist? Er habe indirekt Arbeitslose mit Parasiten verglichen. Schöne Wertung. Und als Gegenbeweis wird eine – natürlich – wissenschaftlich unangreifbare Studie des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands angeführt. Wie wir alle wissen, ist das ja kein Wohlfahrtsverband, sondern ein Lobbyverband der Sozialindustrie.

Ich schildere das so ausführlich, weil ich zeigen will, was passiert, wenn man sich in diesem Land gegen das Paradigma auflehnt, dass die Bundesrepublik ein ungeheurer Unrechtsstaat ist: Es reichen ja 30 Prozent als Sozialbudget nicht. Und es ist eine unglaubliche Entwertung von Begriffen, die für *Ludwig Erhard* wichtig waren: Eigenverantwortung und Mitverantwortung jedes Einzelnen, der dazu beitragen muss, dass es ihm besser geht. Manchmal habe ich das Gefühl, es geht fast systematisch um die Ausweitung jener Bevölkerungsteile, die hilflos vom Sozialapparat abhängig sind. Wer sich dagegen stellt, lebt biographisch gefährlich. Und noch eine Nebenbemerkung: Irgendwann müssen wir doch über die Macht von Wikipedia nachdenken, denn die ist gewaltig. Wir brauchen auch ein Instrumentarium, um der Politik der Fälschung und historischen Denunzierung entgegenzutreten.

Nun ist jammern nicht die Sache von *Wolfgang Clement*, und wir werden seine Art der offenen Auseinandersetzung brauchen in einer Zeit, in der Konflikte und Sachverhalte nicht mehr als solche benannt werden dürfen, in der klare Worte schon zu unerlaubten Instrumenten geworden sind. Herr *Clement* ist ein Kämpfer für die Soziale Marktwirtschaft, das Erfolgsmodell für Wohlstand und Wachstum. Ich zitiere ihn mit den immer wieder von ihm eingeforderten Prinzipien von Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialem Ausgleich. Er nimmt jeden Einzelnen in die Pflicht, und ich glaube, das ist unumgänglich. Er sagt: „Du musst durch eigene Bildung, durch eigenes Handeln versuchen, dein Leben zu gestalten, sonst wirst du gestaltet.“ *Wolfgang Clement* ist ein Gestalter. Dafür danken wir ihm.

Die Weisheit der Jury hat einen weiteren Preisträger ausgewählt, wie Sie wissen: *Werner Plumpe*, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität zu Frankfurt. Er ist ein Mann, der uns die Angst nimmt und uns sorgenvoll zurücklässt. Bei ihm ist die schlechte Nachricht, die Finanzkrise werde wiederkommen. Denn Wirtschaftskrisen zählen zu den wiederkehrenden, prägenden Ereignissen der Geschichte, schreibt er. Er macht uns keine Hoffnungen. Es gibt kein Entkommen. Die nächste Krise kommt bestimmt. Er versteht es als Dramatiker, die Geschichte als dramatische Entwicklung zu beschreiben, voller Spannung, und deswegen gibt es auch, damit wir nicht alle in völliger Depression sofort den Griffel hinlegen, eine gute Nachricht: Es hat schon schlimmere Krisen gegeben.



Werner Plumpe

Insofern begeben wir uns eigentlich, wenn wir über Krisen schreiben, meistens in einen Erregungszustand, der dem Sachverhalt nicht angemessen ist. Ich habe heute in einer großen Tageszeitung gelesen, dass uns Bundeswirtschaftsminister *Sigmar Gabriel* davor warnt, in Panik zu verfallen, weil die Wachstumsraten um etwa 0,5 Prozentpunkte gefallen sind. Da sieht man es also: Wir drohen bereits in Angst und Schrecken versetzt zu werden, wenn sich das Wachstum des höchsten Luxus, der in dieser Gesellschaft historisch wahrscheinlich jemals möglich gewesen ist, um einen halben Prozentpunkt reduziert – und dabei ist noch gar nicht vom Hergeben die Rede!

Früher – so lehrt er uns – waren es vor allem Agrar- und Ernährungskrisen – was für ein harmloses Wort! Und ehrlich gesagt, das waren ja Hunger, Not und Tod. Was ist eigentlich in der Finanzkrise passiert? Das Bruttoinlandsprodukt schrumpft um fünf Prozent, und wir wenden uns mit Schaudern ab. Man merkt bei Professor *Plumpe* immer, der lange Atem der Geschichte weht uns an. Er ist einer jener Wissenschaftler, die uns dadurch aufregen, indem sie uns beruhigen, statt ihr Material zur Steigerung der Aufregung zu verwenden. Er ist einer, der den Schrecken an die Wand malt, um uns zu sagen: „Stay cool Baby, es geht weiter!“ Und deswegen habe ich noch einmal nachgeschlagen: Die Wirtschaftskrise der 1920er Jahre hat uns rund 35 Prozent der Wirtschaftsleistung gekostet. Leute, es geht uns noch gut, keine Panik!

Aber *Plumpes* Beruhigungspillen haben Nebenwirkungen, denn sie regen zum Denken an. Wenn sich Krisen ständig wiederholen, was können wir aus der Behandlung von Krisen lernen? Ganz im Sinne *Niklas Luhmanns* formuliert er, komplexe Systeme ließen sich nicht wirklich steuern. Das ist die Sorge, mit der er uns zurücklässt. Das ist nun wieder eine schlechte Nachricht, denn damit schließt sich der Kreis: Es geht also allen Beteuerungen der Politik zum Trotz früher oder später doch wieder los mit dem Krisengewese. Die Allmachtsphantasie der Politik – das zeigt er uns – bewirkt bloß, dass es zu einer gewissen Veränderung des Paradigmas kommt, aber nicht zur Krisenbewältigung. Im jüngsten Fall sieht er das Vordringen des Staates als Krisenfolge, aber auch als Krisenverursachung, denn der Staat will uns vor den Risiken des Kapitalismus schützen, koste es, was es wolle.

Der Kapitalismus hat viele Gesichter. Es gibt den Raubtierkapitalismus, den Manchesterkapitalismus, den Finanzkapitalismus, neuerdings weckt der jüdische Kapitalismus wieder Befürchtungen. Es gibt den Neoliberalismus – ganz schlimm! –, und es gibt neuerdings, so habe ich gelernt, den Silicon-Valley-Kapitalismus. Wir haben also ganz viele verschiedene Formen des Kapitalismus in einer Zeit, in der wir noch nie so wenig Kapitalismus hatten. Und das kostet uns viel, denn er entwirft eine Art Schweinezyklus der Krisen. Die eine Krisenbekämpfung löst die nächste Krise aus. Und wenn wir uns zurücklehnen, und das können wir mit Professor *Plumpes* gut geschriebenen Büchern, dann sind viele dieser Krisen eigentlich gar keine Krisen. Sie sind allenfalls Ausdruck von Strukturwandel. Natürlich muss im Strukturwandel das eine oder andere verschwinden, und Finanzmärkte nehmen meist etwas vorweg. Sie übertreiben gelegentlich schamlos, aber wer kennt schon das richtige Maß? Im Umkehrschluss gilt: Wer nichts wagt, wird nichts gewinnen, und wer nicht spekuliert, wird auch nichts gewinnen, auch nicht volkswirtschaftlich. Eine wirklich positive ökonomische Entwicklung gibt es nur, wenn wir Produktivkräfte freisetzen.

Gerade da sieht *Plumpe* es aber in Europa – anders als in den USA – als Fehler an, dass wir die Produktivkräfte eher eingrenzen als freisetzen. Wirtschaftliche Freiheit, auch das Risiko des Scheiterns, ist eben doch die Voraussetzung dafür, dass damit der Wohlstand für alle wachsen kann. Wirtschaft – so weit geht er, und *Ludwig Erhard* stößt gewissermaßen vor Freude eine besonders dicke Zigarrenqualmwolke aus – ist kein planbarer Vorgang. Es klingt defensiv, es muss doch einfach möglich sein. Ja, es ist möglich, eine Wirtschaft zu führen, die geplant ist und die sich nicht im Zyklus zwischen Boom und Baisse bewegt. Allerdings ist es dann eine Wirtschaft, die auf Fortschritt und Wandel verzichtet.

Alles was Fortschritt ist, ist unberechenbar. Jeder Wandel beinhaltet das Risiko des Scheiterns. Wer vor 150 Jahren in Eisenbahnaktien investierte, musste verückt sein, oder schlimmer: Er war ein Spekulant. Nicht jeder hat gewonnen, viele haben verloren. Wer auf solche Krisen verzichten will, verzichtet auf Innovation. Nur das Leichentuch der Planwirtschaft bewegt sich nicht mehr. Wollen

wir das? Hoffnungen, Enttäuschungen, Übertreibungen – all dies ist eigentlich ein Normalfall. Und wir müssen es uns bloß immer wieder vorhalten.

Professor *Plumpe* nimmt uns die Angst und lässt uns mit einer schlimmen Sorge zurück: Krisen haben nichts Gutes, aber sie sind der Preis des Fortschritts. Und die größte Sorge ist, dass wir aus Angst vor dem Tod kurzerhand Selbstmord begehen könnten. Angst vor der Krise kann uns in einen Status quo hinein regulieren, in den Zustand eines eingefrorenen, verwaltenden, nur noch teilenden und zuteilenden Staates. Aber nun sind wir heute hier, damit uns genau das nicht passiert. Und deswegen zeichnen wir Sie, Herr Professor *Plumpe*, aus und applaudieren Ihnen. Wir werden Sie immer unterstützen und jeden Tag lesen, wenn uns die Angst zu übermannen droht.

Heike Göbel

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Ich freue mich natürlich sehr, dass wir die Ludwig-Erhard-Preise in diesem Jahr im Haus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Berlin verleihen, und auch ich heiße Sie ganz herzlich willkommen. Hinter uns sehen Sie die gesammelten Ausgaben der Zeitung, die in diesem Jahr 65 Jahre alt wird. In ihren Anfängen ist diese Zeitung dem ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, *Ludwig Erhard*, beigeprungen in seiner Auseinandersetzung mit der Wirtschaft um ein scharfes Kartellgesetz. Über die Jahrzehnte hat insbesondere der Wirtschaftsteil dieser Zeitung stets für die Idee des freien Wettbewerbs gestritten. Die Mitarbeiter haben versucht, in ihren Beiträgen herauszuarbeiten, wie sich das Funktionieren des Marktes verbessern lässt. Und sie haben versucht,

gegenzuhalten gegen einen unkritischen Optimismus, der Staat werde es im Zweifel schon richten.

Die Soziale Marktwirtschaft hat in diesem Land trotz ihrer unbestrittenen Erfolge zu viele Skeptiker und Gegner. Das Perfide: Mittlerweile gerieren sich diese Skeptiker und Gegner gern als Anwälte der Sozialen Marktwirtschaft, sie deuten den Begriff um. Der Markt ist ihnen grundsätzlich suspekt, weshalb sie die Rolle des Staates als Rahmengerber überdehnen. Sozial ist ihnen allein das durch Steuern und Abgaben finanzierte soziale Netz. Dass auch der Markt als solcher „sozial“ ist, indem er Leistung und Ideen belohnt ohne Ansehen der Herkunft seiner Teilnehmer, indem er Macht beschränkt, wollen sie nicht sehen.

Was es dazu zu sagen gibt, hat *Hans Barbier*, mein früherer Chef bei der Frankfurter Allgemeinen und bis Ende 2013 der Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, einmal in einem Leitartikel auf den Punkt gebracht: „Die Soziale Marktwirtschaft, wie *Erhard* sie meinte, ergibt sich nicht aus der Addition von freier Wettbewerbswirtschaft und kollektiven Fürsorgeeinrichtungen als normaler Form der Daseinsvorsorge. *Erhards* Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft als ‚Gesamtordnung‘ bedeutet, dass in einer Marktwirtschaft die korrigierende oder heilende Sozialpolitik Stück für Stück überflüssig wird: Marktwirtschaft führt zum Wohlstand für alle, daher kann sich die Sozialpolitik auf die Alimentation der vergleichsweise kleinen Zahl wirklich Schwacher beschränken. Insofern wird bei *Erhard* die Freiheit zum Sozialprogramm.“

Umso gespannter bin ich als Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik jedes Mal wieder auf die Bewerbungen der Nachwuchsjournalisten und Wissenschaftler. Wie setzen sich die jungen Kollegen mit der Marktwirtschaft auseinander? Welche Themen interessieren sie besonders? Hier geht es übrigens nicht um Heldenverehrung, Marktanbetung oder darum, möglichst oft das Wort „Ordnungspolitik“ zu buchstabieren. Die Jury sucht nach Beiträgen, die im Geiste des Preisstifters dazu beitragen, das Verständnis für die Spielregeln und Gesetze einer Marktwirtschaft zu fördern und diese dadurch verbessern helfen. Gesucht werden Beiträge, die sich mit der schwierigen Frage auseinandersetzen, wo die Grenze zwischen Staat und Markt heute verlaufen sollte. Zum Glück sind wir auch diesmal wieder fündig geworden bei drei jungen Journalistinnen und Journalisten. Beginnen wir alphabetisch:



Patrick Bernau

Den Förderpreis verdient hat *Patrick Bernau*, Ressortleiter Wirtschaft und Finanzen der Online-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Bei Herrn *Bernau* verbinden sich exzellente wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und das Interesse an Ordnungspolitik mit der Fähigkeit, die Knackpunkte aktueller wirtschaftspolitischer Debatten allgemeinverständlich aufzubereiten. *Bernau* bezieht gerne Stellung, er spitzt zu, bis zur Provokation, aber immer auf sachlichem Fundament. Seine Analysen umfassen ein ungewöhnlich breites Themenspektrum. Den Armutsbericht der Bundesregierung klopft er auf Stringenz

ab. Er erläutert die Risiken der lockeren Geldpolitik und erklärt, welche Monopolfahren von den Netzgiganten ausgehen können.

Ein kleines Beispiel zur Frage, wie eine Regulierung aussehen könnte für natürliche Monopole, zu denen sich Google oder Facebook mittlerweile zu entwickeln scheinen, was ihnen einen womöglich uneinholbaren Vorsprung im Wettbewerb verschafft. *Bernau* geht es um eine Regulierung, die darauf zielt, den Marktzugang für Konkurrenten zu ermöglichen, ohne den Fortschritt und die Innovationskraft der Branche insgesamt zu behindern.

Sein Vorschlag: „Was wäre, wenn die Nutzer ihre Daten einpacken und zu einem Konkurrenten mitnehmen könnten? Bisher bietet Facebook schon alle Daten zum Herunterladen an – aber die kommen als tausendseitige PDF-Datei, mit dem kein anderes soziales Netzwerk etwas anfangen kann. Könnten die Bürger aber ihre Freundeslisten und Vorlieben von Facebook zum Herausforderer mitnehmen, dann hätte das neue „Ello“ plötzlich ganz andere Startchancen. Googles Herausforderer würden stärker, wenn sie die Suchhistorie ihrer neuen Nutzer einsehen könnten. Und wenn die Konkurrenten wieder eine Chance hätten – dann hätten auch die Nutzer wieder die Wahl. Und die Macht.“ Das ist eine Idee, die der Diskussion lohnt und helfen könnte, den Wettbewerb zu sichern.

Einen weiteren Förderpreis hat *Andrea Rexer* verdient. Sie ist Wirtschaftskorrespondentin der *Süddeutschen Zeitung* und leitet das Büro am Finanzplatz Frankfurt. Sie fällt auf mit sehr verständlichen Analysen auch komplizierter geldpolitischer oder finanzmarktorientierter Themen. Damit baut sie einer breiten Leserschaft eine Brücke in dieses für das Verständnis der Finanzkrise sowie der Euro-Schuldenkrise ebenso wichtige wie sperrige Feld. So widmet sich einer der prämierten Beiträge der sperrigen Frage, ob ein Trennbankensystem die Bankenwelt wohl stabiler machen würde. Frau *Rexer* geht offen an die Themen heran, zeichnet ein differenziertes Bild und bereitet dabei auch noch großes Lesevergnügen. Das ermöglicht ihren Lesern, sich fundiert eine eigene Meinung zu bilden.



Andrea Rexer

Ein Beispiel aus einem der eingereichten Beiträge, das zeigt, wie es ihr gelingt, den Leser überhaupt in die schwierige Materie zu ziehen: „Die Finanzkrise hat die Bürger erzürnt. Sie mussten mit Steuergeld einspringen, um eine Branche zu retten, die jahrelang in Saus und Braus gelebt hat. Und kaum eine Botschaft ist leichter zu verstehen, als die Botschaft der Axt: Die Politik macht die Banken klein, indem sie das böse Investmentbanking vom braven Kundengeschäft trennt oder in separate Einheiten unter einem Dach aufspaltet. Dann können in der nächsten Krise die Zocker pleitegehen, und die normalen Sparer und Steuerzahler müssen dafür nicht mehr bluten. Das ist die Theorie. Doch hält sie der Praxis stand? Welche Konsequenzen haben die verschiedenen Vorschläge für die reale Wirtschaft? Würde ein Trennbankensystem unsere Finanzwelt

sicherer machen?“ Am Ende der Lektüre weiß der Leser dann, warum einfache Lösungen hier nicht taugen und dass alle Wege Vor- und Nachteile haben. Er kann der politischen Debatte von nun an gut folgen und lässt sich nicht einlullen von falschen Versprechen. Das ist schon viel, denn gute Wirtschaftspolitik besteht eben oft auch im mühsamen Vorantasten auf dem Weg der Second-best-Lösungen.



Christian Salewski

Christian Salewski, unser dritter Preisträger, arbeitet als freier Journalist in Hamburg. Der studierte Politologe beliefert Magazine wie *Capital* oder *Impulse*, auch *Der Spiegel* und *Die Zeit* greifen auf ihn zurück. *Salewski* bevorzugt Reportagen, die einen investigativen und sehr analytischen Charakter haben. Er gräbt dabei ziemlich tief, wie man an den beiden Beiträgen zur aktuellen Freihandelsdebatte sehen kann, mit denen er die Jury des Ludwig-Erhard-Preises von seinen Qualitäten überzeugt hat. So hat Herr *Salewski* den mit Handelsbarrieren gepflasterten Weg eines Steaks aus Nebraska nach Deutschland verfolgt, dazu umgekehrt den Weg eines deutschen Golfs nach Manhattan.

Der Leser erfährt: Der deutsche Golf braucht für Amerika einen Airbag, der beim Crash auch Insassen schützt, die nicht angeschnallt sind. Der Seitenspiegel darf nicht einklappbar sei, die Blinker müssen rot statt gelb sein, selbst die Heckklappen sind anders geformt, wegen der Kennzeichen. Das Steak wiederum fürchten die Europäer, weil es von hormonbehandelten Rindern kommt. Doch selbst amerikanische Landwirte, die auf wachstumsfördernde Hormone verzichten, haben es schwer, vor den europäischen Behörden den Nachweis zu führen.

Salewski lässt einen von ihnen zu Wort kommen. Das liest sich dann so: „Einmal hatte ich mit Bleistift eine Karte von meiner Ranch gezeichnet. Sie [die Behörden] wollten, dass ich die Zeichnung noch einmal mit Tinte anfertige. Mehr noch: In Nebraska gibt es extra EU-Schlachtwochen. Dazu muss der Landwirt seine Tiere in eins von neun Schlachthäusern in den USA fahren, die für die EU produzieren dürfen.“ Für einen weiteren Beitrag hat *Salewski* dann noch bei Mittelständlern recherchiert, welche Handelshemmnisse ihnen beim Verkauf in die Vereinigten Staaten das Leben schwer machen.

Am Ende fühlt sich der Leser nicht nur gut unterhalten, er hat auch an vielen sehr plastischen Beispielen gelernt, warum das geplante europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP dringlich ist. Er sieht den beiderseitigen Nutzen besser, als wenn er nur Prognosen von Forschungsinstituten bekommt. Zugleich ahnt er jetzt aber auch, welche enormen politischen Schwierigkeiten auf beiden Seiten zu überwinden sind, wenn die Handelshemmnisse tatsächlich fallen sollen.

Das sind drei Preisträger im Geiste *Ludwig Erhards*. Denn sie helfen mit ihren Texten, die Funktionsweise der Marktwirtschaft anhand heutiger Probleme und Fragestellungen zu verstehen. Herzlichen Glückwunsch!

Wer Bewahrenswertes bewahren will, muss bereit sein, vieles zu ändern

Wolfgang Clement

Ministerpräsident a. D. und Bundesminister a. D.

„ Es ist in meiner Wahrnehmung so, dass bisherige, sehr wohl auch allgemein respektierte Grenzen des Staatshandelns eben nicht mehr respektiert, ja auch direkt ignoriert werden. Der Staat dringt immer weiter in die private, in die unternehmerische Sphäre vor.“

Ich danke Ihnen, Herr *Tichy*, als Vorstandsvorsitzendem der Ludwig-Erhard-Stiftung, und Ihnen, Frau *Göbel*, sowie der Jury, der Sie angehören, für diese Auszeichnung, über die ich mich von Herzen freue.

Sie haben Recht, Herr *Tichy*, es waren wirklich spannende Zeiten, als hier in Berlin Reformpolitik stattfand. Und es war ja auch gut, dass die Politik sich – wenn auch nur kurzzeitig – einmal zu der Erkenntnis durchrang, dass Wirtschaft und Arbeit zusammengehören.

Ich empfinde es als Ehre, mit einem Preis ausgezeichnet zu werden, der auf *Ludwig Erhard* zurückgeht und der bisher zwei meiner Vorgänger im Amt des Bundeswirtschaftsministers, nämlich *Karl Schiller* und *Otto Graf Lambsdorff*, auszeichnete.

Ich beginne mit einem Geständnis, indem ich einräume, dass ich als ein von der Industriegeschichte des Ruhrgebiets geprägter Mensch erst Schritt für Schritt auf den Pfad dieses für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes so bedeutsamen Politikmodells gelangt bin – dafür aber, was nicht zuletzt im Ringen um die Agenda 2010 und die damit verbundenen Arbeitsmarktreformen deutlich wurde, umso bewusster und wohl auch umso prinzipieller.

Vertrauensverluste nach den Krisen

Die Soziale Marktwirtschaft gehört zur Grundordnung unseres Landes – und übrigens auch Europas, wie sich aus etwas bescheidenen Formulierungen im Lissabon-Vertragswerk ergibt. Aber klar und deutlich steht es jedenfalls seit Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts im Vertrag zur deutschen Einheit, an dessen Zustandekommen ich seinerzeit als einer der Vertreter der Länder teilnehmen durfte. Und das ist auch gut so, dass es damals dort so hineingeschrieben worden ist. Die Deutschen-West wollten damals ihre Soziale Marktwirtschaft behalten. Und die Deutschen-Ost wollten sie unbedingt erhalten. – Heute, ein Vierteljahrhundert später, ist das, wenn man einschlägigen Ergebnissen der Meinungsforschung glauben darf, nicht mehr gar so sicher.

Und das hat natürlich Gründe. Sie haben vermutlich mit dem zu tun, was die globale Finanzkrise und die spezifische europäische Staats- und Bankenschuldenkrise angerichtet haben. Diese Krisen in ihren verschiedenen Ausprägungen und die mit ihnen zum Vorschein kommenden Exzesse institutionellen und persönlichen Fehlverhaltens – mit größten Verstößen gegen die Grundbedingungen fairen Geschäftsgebarens sowie des Anstands, der Selbstdisziplin und des Maßhaltens – haben, so war und ist anzunehmen, einen allgemeinen großen Vertrauensverlust bewirkt – zuallererst natürlich in die Kreditwirtschaft und ihre Manager. Aber durchaus auch in „die Politik“ und in „die Wirtschaft“. Und in deren Gefolge wohl auch in die Soziale Marktwirtschaft beziehungsweise in das, was im Gedränge gelegentlich recht oberflächlicher Befragungen darunter verstanden wird.

Keine Frage, es war zwingend und im Sinne marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik, dass die G20 und die Staats- und Regierungschefs der Euro-Region auf jene Krisen mit der Entwicklung einer umfassenden Regulierungsstruktur reagiert haben. Dieser Prozess, der zum Ziel hat, die buchstäblich außer Kontrolle geratenen Kapitalmärkte zu bändigen, ist bis heute nicht abgeschlossen. Es galt und gilt immer noch, ganz generell gesprochen,

- die durch die überbordende Verschuldung von Staaten und von Kreditinstituten fraglich gestellte Währungsstabilität wieder sicherzustellen,
- die Kreditwirtschaft wieder in eine dienende Funktion für die Realwirtschaft zurückzuführen, und
- der Verantwortung für freies wirtschaftliches Handeln durch die Zusammenführung von Chance, Risiko und Haftung wieder Geltung zu verschaffen.

Staatsgläubigkeit mit kritischen Nebenwirkungen

Wer momentan auf die gegebene Lage der öffentlichen Haushalte und die manchmal kaum verrückbar scheinenden wirtschaftlichen Strukturen – und insbesondere die des Arbeitsmarktes – namentlich in Frankreich oder Italien schaut oder sich vor Augen hält, dass die Welt der „Schatten-Banken“ bisher beinahe gänzlich unreguliert geblieben ist, der wird zustimmen: Es bleibt auf diesem Feld global wie europäisch noch einiges zu ackern! Und das Wesentliche davon ist Aufgabe der Politik – und nicht der Europäischen Zentralbank, die nicht dauerhaft als eine Art Politik-Ersatz fungieren sollte!

Die Bereitschaft der Politik und deren, wenn auch oft recht zögerliche Herangehensweise an die Fehlentwicklungen auf den Kapitalmärkten und eine damit einhergehende, hierzulande offensichtlich immer noch wirkmächtige Staatsgläubigkeit haben allerdings äußerst kritische „Nebenwirkungen“ verursacht. Sie äußern sich nach meiner Beobachtung in einer wachsenden, ja geradezu wuchernden Neigung der deutschen wie der europäischen Politik zur Regulierung gerade auf solchen Feldern, auf denen Staatshandeln eben nicht erforderlich ist, oftmals ausgesprochen schädlich sein und negative Folgen auslösen kann. Diese Regulierungseuphorie ist hier und da ideologisch geprägt, verhaltensökonomisch begründet oder entspringt schlicht administrativ-bürokratischer Denkungsart. Sie führt jedenfalls mehr und mehr zu einer immer enger werdenden Verrechtlichung der bürgerlichen wie namentlich der unternehmerischen Freiheitsrechte. Es ist in meiner Wahrnehmung so, dass bisherige, sehr wohl auch allgemein respektierte Grenzen des Staatshandelns eben nicht mehr respektiert, ja auch direkt ignoriert werden. Der Staat dringt immer weiter in die private, in die unternehmerische Sphäre vor.

Es will deshalb ganz klar gesagt sein: Diese Entwicklung stellt unsere Soziale Marktwirtschaft auf die Probe. Denn zu deren Prinzipien gehören ja neben der Sicherung der Geldwertstabilität durch eine unabhängige Notenbank zuvörderst der freie Wettbewerb und ein funktionsfähiges Preissystem, der offene Marktzugang für jedermann, das Privateigentum und die Koalitions- und Vertragsfreiheit sowie die Verlässlichkeit und die Nachhaltigkeit, das heißt Generationengerechtigkeit politischer Entscheidungen.

Wer sich diesen Katalog in Erinnerung ruft, dem steht unweigerlich vor Augen, wie weit sich die derzeitige, besonders große „Große Koalition“ mit dem gesetzlichen Mindestlohn, mit der „Mütterrente“ wie mit der „Rente ab 63“ wie mit der „Mietpreisbremse“ und insbesondere – dies unter maßgeblicher Beteiligung ihrer Vorgängerregierung – mit der „Energiewende“ vom Denken und Handeln in marktwirtschaftlichen Kategorien entfernt hat.

De-Industrialisierung als Folge der Energiewende

Diese Energiewende ist mittlerweile, was absehbar war, zu einer komplett staatswirtschaftlichen Veranstaltung geworden, an deren Beginn ein enteignungsgleicher Eingriff in das Eigentum von Stromlieferanten stand, und die sich bis heute zu einer Regulierungs- und Subventionsmaschinerie bis dato in Westdeutschland nie dagewesenen Ausmaßes entwickelt hat, welche nun immer weitere Interventions- und Subventionstatbestände gebiert.

Die damit in Gang gesetzte Preisspirale und mehr noch die nicht mehr gegebene Verlässlichkeit der energiepolitischen Rechtslage gefährden längst einen der wichtigsten Motoren unserer – noch – gegebenen Wirtschaftskraft, nämlich die Industrie. Es gibt schon seit geraumer Zeit keine einzige größere Investition aus dem Bereich der energieintensiven Industrie mehr in Deutschland, die meisten gingen und gehen stattdessen in die USA. So sieht De-Industrialisierung aus!

Ich bin überzeugt: Eine nationale Energiewende im gemeinsamen Europa ist schon energierechtlich, aber erst recht faktisch halsbrecherisch. Das erleben wir jetzt. Den Ausweg bietet ein funktionsfähiges europäisches Emissionshandelssystem – das ist wirklich marktwirtschaftlich –, und zwar möglichst Hand in Hand mit einem raschen, privat finanzierten europäischen Leitungsnetz. Das wäre wirklich ein Wachstumsprogramm und mit abgestimmter Regulierung der erneuerbaren Energien, das heißt mit Subventionen in Forschung und Entwicklung, statt mit Dauersubventionen in sämtliche erneuerbaren Energien.

Tarifpolitik vor der Verstaatlichung?

Um hier jetzt nur den gesetzlichen Mindestlohn herauszugreifen: Der Gesetzgeber gehört nicht in die Lohnfindung. Das war bisher eine in unserem Land eisern beachtete Regel. Und die hat sich ausgezahlt. Dass Deutschland die globale Finanzkrise nebst Folgewirkungen recht gut überstanden und seine Wettbewerbsfähigkeit über alle ökonomischen Verwerfungen des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts zurückgewonnen hat – anders als alle derzeitigen „Krisenländer“ der EU –, das war und ist vor allem dem verantwortlichen Handeln der Tarifparteien und auch den damit geförderten betrieblichen Bündnissen zu danken. Und deshalb sage ich an die Adresse all derer, die den Gesetzgeber jetzt eingeladen haben: Haltet die Politik da heraus, haltet sie wenigstens künftig da heraus! Und seid Euch bewusst: Wo immer der Gesetzgeber zu Gast gebeten wird, da breitet er sich nur allzu gern aus. Da wird er schnell zum Dauergast!

Und er ist bereits dabei. So hat die Politik ihren Einflussbereich schon dadurch über den gesetzlichen Mindestlohn hinaus erweitert, dass sie sich auch das Recht zugeschrieben hat, Tarifverträge gewissermaßen „von oben“ auf Unternehmen auszuweiten, die keinem Tarifverband angehören.

Und nur ganz nebenbei gesagt: Wenn die Deutsche Bahn in diesen Tagen im Tarifstreit mit der wahrhaft renitenten Lokführergewerkschaft den Gesetzgeber zu Hilfe ruft, um diese Spartengewerkschaft per politische Order an die Kette legen zu lassen, statt eigenverantwortlich alle ihr gegebenen tatsächlichen und auch rechtlichen Handlungsmöglichkeiten auszureizen, so kann das allenfalls auf den ersten Blick einleuchten. Ein großes Unternehmen, das in einem Tarifstreit nach dem Gesetzgeber ruft, ist alles andere als ein starkes Unternehmen. Es politisiert sich selbst. Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit aber gilt – und es muss auch gelten –, aber es ist dabei keineswegs ein Freibrief für Arbeitskämpfe, die dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit auf das Größte zuwiderlaufen. Deshalb sollten sich die großen Gewerkschaften fragen, ob es in ihrem Sinn ist, wenn der Gesetzgeber den Taktstock im Tarifgeschehen übernimmt.

Drohende Rückschritte in der Arbeitsmarktpolitik

Aber ganz abgesehen von diesem tarifpolitischen Spezifikum: Die amtierende Bundesregierung ist derweil schon wieder dabei, ihre im Koalitionsvertrag durchbuchstabierte Regulierungsliste weiter abzuarbeiten. Nach knapp einem Jahrzehnt des europaweit beneideten Fortschritts am deutschen Arbeitsmarkt soll es jetzt wieder in die entgegengesetzte Richtung gehen: mit dem gesetzlichen Mindestlohn zulasten der Tariffreiheit und mit der Regulierung des „Fremdpersonaleinsatzes“ – wie es in der Rechtssprache befremdlich heißt – zulasten unternehmerischer Handlungsspielräume. Wir stehen, wenn nicht noch Vernunft einzieht, vor einer ziemlich umfassenden Re-Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen, und es drohen neue, zusätzliche Regulierungen von Teilzeit, Familien-, Pflege- und vielleicht auch Stressarbeit, und all diese und absehbare weitere Normen und Normierungen wie ein „Elterngeld plus“ würden – wenn sie so kämen wie zuständige Minister beziehungsweise Ministerinnen schon angekündigten – den unternehmerischen Entscheidungsspielraum empfindlich einengen.

Das Verrückte an dieser Situation ist, dass die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die wir seinerzeit realisierten, natürlich dazu dienen sollte und tatsächlich auch half, vor allem ungelerten oder schwach qualifizierten Arbeitnehmern einen Zugang in den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Das ist nicht grandios gelungen, aber Schritt für Schritt hat sich die Lage sogar der Langzeitarbeitslosen etwas gebessert. Noch längst nicht zureichend – aber sie hat sich verbessert.

Doch heute gibt es noch weniger Helferjobs als damals, und deren Zahl wird weiter abnehmen. Wenn deshalb jetzt die Zeitarbeit wieder enger geschnürt und reguliert werden soll – und zwar per Gesetz und damit über die eben zustande gekommenen tarifvertraglichen Vereinbarungen hinaus (equal pay spätestens nach neun Monaten bei einem Kunden, und zwar verbunden mit der

Übernahme in einen unbefristeten Job) –, dann ist absehbar: Es werden künftig noch weniger Helferjobs und damit noch weniger Einstiegsmöglichkeiten für Nicht- oder Schwach-Qualifizierte in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen als bisher.

Selbständigkeit als Ausdruck von Eigenverantwortung

Gleichzeitig ist aber ein ganz anderer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Trend unverkennbar: Es ist der Trend zu mehr beruflicher Selbständigkeit und auch Freiberuflichkeit, es ist der Wunsch nach einer neuen Balance zwischen Beruf und Familie oder zwischen Beruf, Verdienst und Freizeit; der Wunsch nach beruflichen Veränderungsmöglichkeiten, nach neuen beruflichen Perspektiven und Herausforderungen, nach neuen Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von Festanstellungen. Aus meiner Wahrnehmung entspringt dies einer sich wieder verstärkenden Neigung zu mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung – zwei Grundprinzipien einer freiheitlichen Gesellschaft.

Ich meine deshalb: Wir sollten diese Tendenzen, die ja gerade von beruflich qualifizierten Menschen getragen und formuliert werden, sehr ernst nehmen. Denn wir brauchen Menschen, die Selbständigkeit und Eigenverantwortung leben und auch im wie immer gearteten Berufsleben praktizieren wollen. Und wir sollten deshalb auch begreifen, dass beispielsweise die Zeitarbeit gerade in qualifizierten Jobs, für die sie wichtiger wird, kein Instrument einer unternehmerischen Klassengesellschaft ist, sondern eine auch und gerade von jungen Arbeitnehmern gewünschte Möglichkeit flexibler Berufsausübung zum beiderseitigen Vorteil.

Ja, die Missbrauchsvorwürfe sind schnell zur Hand, und in unserer Mediengesellschaft werden sie auch rasch verallgemeinernd verbreitet. Aber ich glaube nicht, dass die Arbeitnehmerüberlassung von Ärzten oder von Ingenieuren, Technikern oder Informatikern dazu taugt, die alten Klassengegensätze aus den Zeiten der ersten industriellen Revolution wieder auszumotten. Und es erscheint mir auch unangebracht, solche Tendenzen mit dem Hinweis auf ein paar schwarze Schafe als eine Entwicklung hin zu neuen „Scheinselbständigkeiten“ abqualifizieren zu wollen. Ebenso wie es unangebracht ist, die absolut unverzichtbare Werkvertragspraxis in der deutschen Wirtschaft wegen einiger Fehlentwicklungen in bestimmten Branchen wieder für alle enger regulieren und damit bürokratisieren zu wollen.

Eine „Agenda 2020“ für die aktuellen Herausforderungen

Das hatten wir alles schon – und es droht jetzt zurückzukehren –, es sei denn, die abnehmende Wirtschaftskraft fördert die Einsicht und zwingt, auf weitere Bremsmanöver zu verzichten. Bemerkungen von Kanzlerin und Vizekanzler könnte man in diesem Sinne deuten. Ein Strategiewechsel freilich,

der Orientierung für dieses Jahrzehnt gäbe, sähe anders aus. Doch wir geben die Hoffnung auf eine „Agenda 2020“ – oder nennen wir es „Chance 2020“ – nicht auf!

Es ist im Sinne eines Landes wie des unseren, das der Sozialen Marktwirtschaft und damit auch dem Grundsatz der Nachhaltigkeit verpflichtet ist, sich jederzeit seiner Zukunftsfähigkeit zu vergewissern und sich deshalb rechtzeitig, offen und für alle Bürger nachvollziehbar den großen Herausforderungen zu stellen, denen wir uns gegenüber sehen. Das sind – neben den derzeit besonders herausragenden Herausforderungen im Bereich deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik – in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik namentlich der demographische Wandel sowie die schon begonnene Digitalisierung nahezu all unserer Lebens- und Arbeitswelten.

Auf die grundstürzenden Veränderungen, die damit verbunden sind und – noch mehr – sein werden, gilt es, sich heute einzustellen. Die Große Koalition hat dazu die Weichen bisher nicht gestellt. Es gibt zwar diverse Äußerungen zu jenen Themen, aber kaum konkrete Taten und schon gar keine grundlegende Orientierung. Diese Koalition hat im ersten Jahr ihrer Existenz mehr von der Substanz gezehrt statt auf die Zukunft eingezahlt. Doch wer Bewahrenswertes in unserem Land bewahren will, der muss rechtzeitig bereit sein, vieles zu ändern!

Öffentliche Debatten und Vernunft statt Ideologie und Tabus

Das ist auch der Grund für mein Engagement im Kuratorium der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Ich vermute, viele von uns spüren: Die Teilnahme an den Angelegenheiten der res publica ist in unserem Land Not leidend geworden. Darüber können Versuche von professionell gesteuerten Protestgruppen und -organisationen nicht hinwegtäuschen – im Gegenteil: Sie zeugen erst recht für den Befund. Diese Kräfte trachten danach, die Öffentlichkeit für ihre zumeist ideologischen Standpunkte buchstäblich zu okkupieren und entgegengesetzte Meinungen zu tabuisieren.

Dafür gibt es viele Beispiele: Aktuell sind es die manchmal ans Groteske grenzenden Versuche solcher Gruppen wie Attac, das hoffentlich trotz alledem zustande kommende transatlantische Freihandelsabkommen zu verhindern. Dafür sind ihnen abwegigste Behauptungen nicht dumm genug, wobei fast noch mehr erstaunt, wie lange und wie weit sich demgegenüber „die Politik“ zurückhält. Der Umgang mit dem Thema „Fracking“ ist aus meiner Sicht ein weiteres der aktuellen Beispiele dafür, wie „die Politik“ eine von solchen Protestorganisationen – in diesem Fall könnte ich den Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) oder sogar das Bundesumweltamt nennen – gemanagte veröffentlichte Meinung für das Ganze nimmt und sich nur allzu gern einer vermeintlichen Mehrheitsmeinung hingibt, statt auf dem Kern der

Dinge und eine vernunftgemäße Diskussion zu bestehen. Ausnahmen bestätigen hier wie dort natürlich die Regel.

Uns allen muss deshalb mehr denn je daran gelegen sein, die allgemeine Öffentlichkeit und erst recht Wirtschaft und Wissenschaft für den öffentlichen Disput und in diesen Disput zurückzugewinnen. Das gilt insbesondere für die Wissenschaft, die auf manchen Feldern – man nehme nur die grüne Genforschung – vor den öffentlich inszenierten Gefühlsaufwallungen schon weitestgehend resigniert hat. Das dürfen wir nicht zulassen. Dem will unsere Initiative entgegenwirken. Denn die Soziale Marktwirtschaft verlangt Transparenz und offenen, unverstellten Meinungs Austausch, Öffentlichkeit und Akzeptanz – sie braucht öffentliche Akzeptanz. Und unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung bleibt nur mit ihr kraftvoll, lebendig und der Zukunft zugewandt!

Wirtschaftspolitische Reformen als „Staatskunst“

Prof. Dr. Werner Plumpe

Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

„Wirtschaftspolitik ist im Kern ‚Politik‘ – ‚Staatskunst‘ hätte man früher gesagt –, und insofern ist sie von politischen Mehrheiten abhängig. Doch sind diese nur Rahmenbedingungen, keine inhaltlichen Bestimmungen. Wahlergebnisse sind eben keine sinnvolle Referenz für wirtschaftspolitisches Handeln, sondern nur dessen Voraussetzung.“

„Nach eingetretenem Frieden hat Uns die Vorsorge für den gesunkenen Wohlstand unserer getreuen Unterthanen, dessen baldigste Wiederherstellung und möglichste Erhöhung vor Allem beschäftigt. Wir haben hierbei erwogen, daß es, bei der allgemeinen Not, die Uns zu Gebote stehenden Mittel übersteige, jedem Einzelnen Hilfe zu verschaffen, ohne den Zweck erfüllen zu können, und daß es eben sowohl den unerläßlichen Forderungen der Gerechtigkeit, als den Grundsätzen einer wohlgeordneten Staatswirtschaft gemäß sey, Alles zu entfernen, was den Einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maaß seiner Kräfte zu erreichen fähig war.“

Diese bemerkenswerten Sätze fielen 1807 – sie leiten das berühmte Oktoberedikt des preußischen Königs *Friedrich Wilhelm III.* ein, mit dem dieser die Erbuntertänigkeit in seinen Landen aufhob und zugleich die Verfügung über Land endgültig „privatisierte“. Die bislang maßgeblichen Formen gebundenen Eigentums wurden weitgehend beseitigt, die auf dem Land liegenden Verpflichtungen in den kommenden Jahren durch Geldleistungen oder Bodenabgaben abgelöst.

Die preußische Regierung unter Staatskanzler *Karl August von Hardenberg* beließ es nicht bei der Aufhebung der Erbuntertänigkeit; zugleich wurde die Gewerbefreiheit verkündet und mit der *Steinschen* Städtereform ein bis heute

funktionierendes Modell kommunaler Selbstverwaltung etabliert. Künftig war es in Preußen nicht mehr möglich, Eigentumsrechte an einem Menschen zu haben; dafür aber konnte man fürderhin mit Grund und Boden tun, was man wollte, sofern man die Gesetze respektierte. Auch konnte man jetzt nach eigenem Gutdünken ein Gewerbe betreiben. Weder bedurfte es staatlicher Erlaubnis noch lief ein Adelige länger Gefahr, seine Ständerechte zu verlieren, wenn er einem bürgerlichen Broterwerb nachging. Und die Bürger verwalteten sich selbst. Zwar war die Staatsverfassung weit davon entfernt, nach unseren heutigen Maßstäben demokratisch zu sein, aber Preußen wurde ein funktionierender Rechtsstaat und das Bürgertum zumindest in der Verfolgung seiner wirtschaftlichen Zwecke frei.

Die *Stein-Hardenbergschen* Reformen nach der Niederlage Preußens gegen *Napoleon* gelten bis heute als gelungene Anpassung staatlicher Strukturen nicht nur an die Zwänge einer Nachkriegssituation, sondern als Beispiel staatlicher Modernisierung schlechthin. Dem preußischen Staat, äußerer Machtmittel weitgehend beraubt, sei gar nichts anderes übrig geblieben, der König sagte es ja selbst, als auf die Selbsttätigkeit der Bürger zu setzen; man sei also mehr der Not als einem klaren Gestaltungswillen gefolgt, betonte die Geschichtswissenschaft lange und ließ nicht nur unterschwellig Kritik spüren an der vermeintlichen Halbherzigkeit der preußischen Reformen. Eigentümlich fasziniert von der anti-aristokratischen Gewaltorgie, die sich nach 1789 im westlichen Nachbarland abgespielt hatte, machten die Reformen einer Geschichtsschreibung, die in Deutschland eine Revolution schmerzlich vermisste, offensichtlich zu wenig her. Nur entscheiden nicht die Motive der Politiker und auch nicht die späteren Urteile von Historikern, die ohnehin stets mit der Zeit gehen, über den Erfolg politischer Maßnahmen; ginge es danach, dürfte es Fehl- oder Rückschläge nie gegeben haben, ja wäre die Französische Revolution auch in ihren gesellschaftlichen Folgen ein Erfolg gewesen.

Wie die Motive der beteiligten preußischen Staatspolitiker auch gewesen sein mögen: Der Erfolg jedenfalls gibt ihnen recht. Das Bemerkenswerte an den Preußischen Reformen ist ja auch nicht das kurzfristige Ziel einer angemessenen Reaktion auf die Existenzkrise des Staates nach der Niederlage von Jena und Auerstädt, sondern vielmehr die hierdurch ausgelöste langfristige Transformation von Staat und Wirtschaft sowie die Verankerung bestimmter, konstituierender Regeln für staatliches Handeln. Und das geschah keineswegs zufällig. Die Universität Königsberg – der preußische Hof war vor *Napoleon* von Potsdam/Berlin in die ostpreußischen Städte Königsberg und Memel ausgewichen – galt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts als Einfallstor der Ideen von *Adam Smith*. Hier erschien eine der ersten Smith-Übertragungen ins Deutsche, die die preußische Reformbürokratie, wie *Reinhard Koselleck* vor langer Zeit bereits betonte, nicht unwesentlich beeinflusst hat.

Liberale Reformen durch aufgeklärte Beamte

Die ältere Tradition eines eudämonischen, merkantilistischen Staatshandelns war eben nicht allein durch ihre Misserfolge und Widersprüche delegitimiert; sie überzeugte schlicht nicht mehr, da die Vorstellung staatlicher Präpotenz in Fragen des ökonomischen Alltagshandelns nach *Smith* schlicht unvernünftig war. Die Vorstellung, der Staat wisse besser, was dem Bürger wirtschaftlich fromme, als dieser selbst, fand *Smith* dabei weniger lächerlich als gefährlich. Es waren in diesem Sinne aufgeklärte Beamte, die hinter den preußischen Reformen standen. Es ging ihnen auch keineswegs um irgendein ideologisch fixiertes liberales Programm; es war ihnen schlicht darum zu tun, den Bürgern das Recht zu geben, nach ihren eigenen Vorstellungen zu handeln und dadurch zugleich in wirtschaftlicher Hinsicht den Regeln der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Denn genau hiergegen verstieß ein durch Herkunft und Sitte bestenfalls camoufliertes Privilegienregime, dessen Institutionen nicht einmal mehr denen wirklich nützten, die sie zu schützen vorgaben. Die Französische Revolution war dabei das Menetekel: Sollte es nicht gelingen, Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend zu reformieren, drohte der Umsturz.

Denn Frankreich war keineswegs ein Land, in dem es vor der Revolution keine klugen Reformversuche gegeben hatte – im Gegenteil. Nur waren die führenden Köpfe dieser Reformen, vor allem *Anne Robert Jacques Turgot*, letztlich am Status quo gescheitert, an den beharrenden Kräften, die aus den gegebenen Verhältnissen noch Vorteil zogen, obwohl der schwierige Zustand von Wirtschaft und Finanzen in Frankreich offensichtlich war. Das Buch von *Alexis de Tocqueville* über den alten Staat und die Revolution ist bis in unsere Tage ein Lehrbuch darüber, was passiert, wenn Reformen verweigert werden oder halbherzig bleiben, wenn der Status quo sich trotz aller Kritik weiter durchsetzt, vielleicht und gerade auch deshalb, weil man sich nicht vorstellen kann, dass Alternativen möglich sind. Und das französische Beispiel zeigt: Ausgebliebene Reformen können zum Ausbruch von Revolutionen beitragen. Doch sind Revolutionen keineswegs sprunghaft nachgeholte Reformen. Sie haben ein zerstörerisches Potenzial, das weit über das hinausgeht, was Reformen beabsichtigten, die von den Revolutionären auch zumeist als eben halbherzig verlacht werden. Man lese nur *Edmund Burkes* englische Sicht auf den revolutionären Gang der Dinge südlich des Kanals, die eben keineswegs den Regeln wirtschaftlicher Vernunft folgten.

In dieser Hinsicht waren die Bedingungen für die preußischen Reformen besser, da die alte friderizianische Welt von Verwaltung und Militär, die letztlich nur noch vom Ruhm der Taten *Friedrichs des Großen* gelebt hatte, mit der Niederlage gegen *Napoleon* ihre Stimme verlor. Zumindest insofern profitierte man in Preußen von den Folgen der Revolution. Der Einflussverlust der herkömmlichen Adelsposition in Preußen sollte zwar nicht ewig, aber lang genug dauern, um entscheidende Änderungen in der Wirtschaftsverfassung durchzusetzen. Das Schicksal des *Friedrich August Ludwig von der Marwitz*, eines der Anführer

der landständischen Adelsopposition gegen die Aufhebung des alten Rechts in Preußen, ist bezeichnend. 1811 ließ ihn der preußische Kanzler von *Hardenberg* zusammen mit weiteren „Frondeuren“ kurzerhand in der Spandauer Zitadelle festsetzen. *Marwitz*, der lieber ehrenhaft als untertänig war, ein Liebling *Theodor Fontanes* nebenher, kam nach Intervention des Kronprinzen, des späteren Königs *Friedrich-Wilhelm IV.*, bald wieder frei.

Doch änderten alle Verzögerungsversuche und alle Verhandlungserfolge der Adelsopposition in der späteren Regulierungsgesetzgebung nicht, dass sich in Preußen seit 1807/11 als Folge der Reformen eine „institutionelle Revolution“ vollzog, wie *Clemens Wischermann* und *Anne Nieberding* das ausgedrückt haben, von der zumindest bis 1914 die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik geprägt blieb. Es entstand eine liberale, bürgerliche Marktgesellschaft, gestützt auf einen starken, normsetzenden Staat, der sich gerade in der Krise durch seine Reformbereitschaft neu erfand. Dieses Selbstverständnis, auch eine Folge der von der Reformbürokratie beabsichtigten Verbindung der Ideen von *Adam Smith* und *Georg Friedrich Wilhelm Hegel*, wenn man so will, bestimmte den Rahmen einer wirtschaftspolitischen Pragmatik, die sich auch weiterhin als überaus reformfähig erwies. Es ging geradezu in das Selbstverständnis des preußischen Staates über, letztlich aus konservativen Motiven heraus zum permanenten Reformzentrum zu werden, sicher auch, um Revolutionen wie die in Frankreich zu vermeiden.

Maßstab des Handelns blieb dabei stets die wirtschaftliche Vernunft, sicher stets nach den Kriterien der Zeit verstanden, doch welche andere hätte man wählen können. Die liberale Zollpolitik, die Bestimmungen des Zollvereins, das Handelsgesetzbuch, die Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund und schließlich die lange Weigerung, ein umfassendes Patentrecht zu erlassen, sind nur in dieser Tradition zu begreifen. Noch die *Bismarcksche* Sozialpolitik, der man zu Unrecht viel von dem ankreidet, was erst *Bismarcks* Nachfolger zu verantworten haben, hatte Elemente dieser Tradition. Doch ließ spätestens im Kaiserreich die Reformdynamik nach, die es nebenher im Bereich der politischen Verfassung nicht gab.

Erfolgreiche Reformprojekte und ihre Voraussetzungen

Wann kommt es also zu und wann gelingen Reformen? Diese durchaus aktuelle Frage kann mit Hinweisen auf das späte 18. und das frühe 19. Jahrhundert nicht einfach als beantwortet gelten, aber Hinweise gibt es schon. Offenkundig ist es hilfreich, wenn die am Status quo interessierten Kräfte delegitimiert und zumindest teilweise entmachtet sind. Offensichtlich ist es zweitens hilfreich, wenn die Reformprojekte von einer klaren Kritik der bisherigen Strukturen ausgehen, also nicht „irgendwie“ „die“ Gesellschaft verändern wollen, die zukünftigen Entwicklungen aber pragmatisch sehen, die Reformen mithin nicht, wie man heute sagt, ideologisch überhöhen. Und drittens scheint zumindest

für das 19. Jahrhundert der Tatbestand evident zu sein, dass jene staatliche Reformen erfolgreich waren, die auf die Etablierung einfacher, klarer und liberaler Handlungsregeln zielten, nicht aber dieses Handeln materiell selbst (in der Regel durch großen Aufwand) zu beeinflussen suchten. Insofern waren erfolgreiche Reformen durchweg preiswert zu haben; ja überhaupt war der Staatsaufwand im 19. Jahrhundert niedrig – im Übrigen nicht nur in Deutschland, wo die entsprechende Ziffer (Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt, BIP) je nach Schätzung zwischen 14 und 16 Prozent liegt. Großbritannien hatte vor 1914 eine noch geringere Staatsquote, von den USA ganz zu schweigen.

Das 20. Jahrhundert kannte viele große Reformprojekte (hier allein für Deutschland betrachtet): nach 1918, nach 1948, noch einmal 1969 und schließlich auch die mit dem Namen *Peter Hartz* verknüpften Gesetze der Jahre 2003 bis 2005. Das Schicksal dieser Projekte ist bemerkenswert. Erfolgreich waren im Grunde nur die Reformen *Erhards* und der rot-grünen Bundesregierung, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein Blick auf *Ludwig Erhard* ist hier und heute vielleicht nicht fehl am Platze. *Erhards* Reformen begannen mit einer monetären Komplette-Enteignung der Bevölkerung, der Währungsreform vom Juni 1948. Der revolutionäre Akt *Erhards* war allerdings nicht die Währungsreform selbst, die hatte die US-Besatzungsmacht konzipiert und zu verantworten, sondern die Nutzung der Chance, mit der Tradition der politischen Wirtschaftssteuerung radikal brechen zu können, und das, obwohl die Mehrzahl der Auguren schon aus Kriegsfolgenbewältigungsgründen glaubte, unbedingt an der staatlich gelenkten Wirtschaft festhalten zu müssen. *Erhard* scherte das alles nicht, und er nutzte die Gunst der Stunde, in der er gestützt auf die Autorität der Besatzungsmächte geradezu einen Überraschungscoup landen konnte – mit dem er wider alle Erwartung erfolgreich war.

Von Ludwig Erhard zur Politik der Gesellschaftsgestaltung

Betrachtet man *Erhards* Weichenstellungen näher, erkennt man in ihnen wieder diese Mischung aus unmittelbarer Problemlösung und mittel- bis langfristigem Konzept. Was dabei lange übersehen wurde, obwohl *Erhard* eigentlich erst in dieser Perspektive verständlich wird, ist die Ähnlichkeit zu den zuvor geschilderten Reformprojekten. Im Grunde kehrte *Erhard* in das liberale 19. Jahrhundert zurück, wenn jetzt auch mit besseren theoretischen Argumenten, die er aus der Freiburger Schule erhielt: Der Staat garantiert die Ordnung und hält sich aus dem wirtschaftlichen Alltag aber heraus.

Ganz so neu war das freilich nicht; schon der Wirtschaftshistoriker, Smith-Komentator und Goethe-Freund *Friedrich Georg Sartorius* hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts gewarnt, dass die Marktteilnehmer durchaus nicht an funktionierenden Märkten, sondern an ihren eigenen Vorteilen orientiert seien. *Erhards* Konzept funktionierte, und vor allem: Es war preiswert, zumindest für den Staat. Die Reformen 1948/49 kosteten nicht nur kein Geld, sie sparten

sogar zahlreiche Bürokratieausgaben einfach ein. Entsprechend war der Staatsanteil am BIP in den 1950er Jahren zwar höher als vor 1914, aber er nahm nicht zu. Und auch die mit der Währungsreform verbundene Entschuldung des Staates bescherte ihm zwei Jahrzehnte weitgehend schuldenfreier Existenz.

Erhard lag an der Freisetzung des ökonomischen Potenzials; er betrieb keine Gesellschaftsreform oder ein explizites Programm zur Besserung der Menschheit. So etwas wollte erst die sozialliberale Koalition unter *Willy Brandt*, die freilich eine funktionierende Wirtschaft als gegeben unterstellte, deren Belastbarkeit es vielmehr zu testen galt. Es war nebenher einer der großen Irrtümer der 1960er Jahre, zu glauben, die Wirtschaft sei auf einem stabilen Weg, der letztlich dahin führte, dass selbst die Unterschiede zwischen großen Systemen technokratisch eingeebnet würden.

Diese Geringschätzung der Bedingungen des wirtschaftlichen Erfolges sollte Folgen haben. Denn die Kräfte, die man so entfesselte, waren kaum zu bändigen. Das sich zuzutrauen, war der große Irrtum des *Karl Schiller*. Seine konzertierte Aktion scheiterte. Stattdessen liefen der sozialliberalen „Verschuldungskoalition“, wie es der Kölner Historiker *Hans-Peter Ullmann* nennt, die Ausgaben aus dem Ruder. Die regulären Einnahmen des Staates reichten, trotz ihres fortlaufenden Anstieges, nicht mehr aus, um das ambitionierte Reformprogramm zu finanzieren. Die Staatsschulden, zu Anfang bewusst in Kauf genommen, nahmen deutlich zu; die wirtschaftlich schwierigen 1970er Jahre taten das Ihre dazu, dass sich bald Nüchternheit breit machte: Offensichtlich war die Wirtschaft doch nicht so belastbar, wie *Jochen Steffen* geglaubt hatte.

Aber die einmal gerufenen Geister wurde man in Form dauerhafter Zahlungsverpflichtungen nicht mehr los, auch wenn die Regierung *Helmut Kohl*, die bemerkenswerter Weise trotz großer Ankündigungen einer „geistig-moralischen Wende“ und einiger Privatisierungen kein wirkliches Reformprojekt zustande brachte, das alles mehr schlecht als recht zu deckeln versuchte. Spätestens mit der Wiedervereinigung setzte die Politik der Gesellschaftsgestaltung durch Staatsverschuldung erneut ein. Da das alles den Status quo nicht zu gefährden schien, im Gegenteil die Regierung sogar im Amt hielt, schien es kein Problem zu geben: „Die Rente ist sicher“, sagte *Norbert Blüm*. Wirtschaftlich vernünftig war das nicht, und das war auch den meisten Beobachtern klar.

In dieser Hinsicht war die Regierung *Gerhard Schröder* aus anderem Holz geschnitzt. Sie brachte das Kunststück einer an den Regeln wirtschaftlicher Vernunft orientierten Arbeitsmarktreform zustande, obwohl ein Weitermachen wie bisher politisch wahrscheinlich ratsamer gewesen wäre. Erstaunlich ist die Reformpolitik der Regierung *Schröder* eben genau darum: Ihr standen – im Gegensatz zu den Nachkriegsreformen nach 1807 und 1948, die auch der Not der Stunde gehorchten – viel bequemere Alternativen offen. Aber die Regierung *Schröder* war offensichtlich bereit, den Preis für harte Reformen zu bezahlen, die

nicht auf Wohltaten, sondern auf klare Regeln setzen. Das gibt insofern Anlass zur Hoffnung: Es bedarf offensichtlich nicht erst verlorener Kriege, um durchgreifende, an der wirtschaftlichen Vernunft orientierte Reformen zu ermöglichen.

Vernunft als Basis der Wirtschaftspolitik

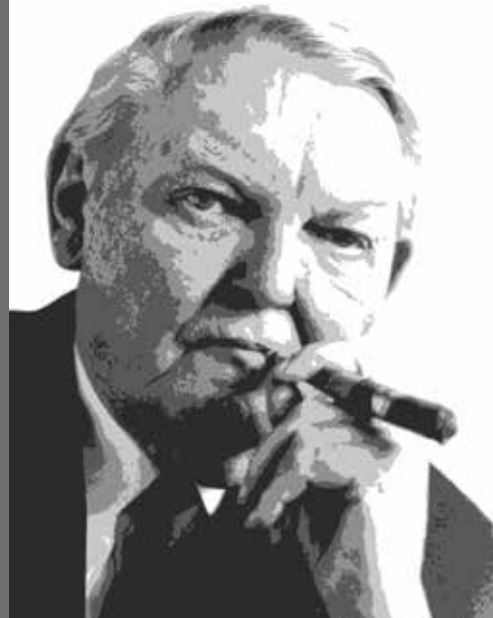
Nun mag man einwenden, dass auch das Beschwören der „wirtschaftlichen Vernunft“ ideologisch sei, dass eine derartige Erhebung der Vernunft in der Paradoxie ende, dass es ja keineswegs immer vernünftig sein müsse, vernünftig zu handeln. Schließlich würden die dümmsten Bauern die dicksten Kartoffeln ernten. Das ist alles richtig: Aus der „Vernunft“ ein umfassendes Programm zu machen, wie es die Aufklärung tat, endet in der Romantik. Aber worum es hier geht, ist im Grunde viel einfacher. Ökonomie ist im Kern immer Problemlösung – sie hat in ihrer materiellen Performanz eine unhintergehbare praktische Referenz, die zu berücksichtigen und von der auszugehen eben die Vernunft ökonomischen Handelns bestimmt. Das ist nicht immer einfach und schon gar nicht immer eindeutig.

Wirtschaftspolitik ist im Kern „Politik“ – „Staatskunst“ hätte man früher gesagt – und insofern ist sie von politischen Mehrheiten abhängig. Doch sind diese nur Rahmenbedingungen, keine inhaltlichen Bestimmungen. Wahlergebnisse sind eben keine sinnvolle Referenz für wirtschaftspolitisches Handeln, sondern nur dessen Voraussetzung. Man kann es auch so formulieren: Reformprojekte, welche mit Blick auf andere Zwecke die Ökonomie entweder unterschätzen nach dem Motto: „Das läuft schon“, oder sie überschätzen, indem sie der Wirtschaft eine zu bändige, ja geradezu dämonische Bedeutung beimessen, scheitern zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht. Denn das eine führt zu Nachlässigkeit, das andere zu ideologischem Reformeifer – beides keine klugen Ratgeber einer vernünftigen Wirtschaftspolitik. Und beides ist sehr teuer! Die Ergebnisse der wirtschaftshistorischen Forschung sind in dieser Hinsicht ganz eindeutig, beziehen sich freilich auf die Vergangenheit. Rezepte für die Gegenwart liefern sie nicht, können aber die Sensibilität für die Horizonte des Möglichen und des Sinnvollen schärfen und insofern vielleicht vor Irrtümern schützen.

Wenn meine publizistischen Texte, die sich ja stets an der keineswegs einfachen, und vor allem nicht eindeutigen Bruchkante von Wissenschaft und Zeitdiagnostik bewegen, zu einer derartigen Sensibilisierung beitragen, wäre ihr Zweck erreicht. Insofern sehe ich in dem Preis, der mir heute verliehen wird, eine Ermutigung, mit der ich gar nicht gerechnet hatte. Mein Dank ist deshalb nicht geringer, der Dank an die Stiftung und insbesondere an die Jury, meinen Arbeiten eine so große Aufmerksamkeit zuteilwerden zu lassen, aber auch der Dank an die Leser und die Öffentlichkeit, deren zumeist wohlwollendes Interesse an der Wirtschaftsgeschichte im weiteren Sinne dies alles erst möglich gemacht hat. Ihnen allen gelten mein Dank und meine Verbundenheit!

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik Ausschreibung 2015

Einsendeschluss: 1. Februar 2015
Beiträge und Vorschläge bitte an:
Ludwig-Erhard-Stiftung
Johanniterstraße 8, 53113 Bonn
Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de



Die Ludwig-Erhard-Stiftung vergibt alljährlich den von Ludwig Erhard gestifteten Preis für Wirtschaftspublizistik. Zusammen mit dieser Auszeichnung wird ein Förderpreis verliehen.

Dieser Förderpreis wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Er ist für Journalisten, Wissenschaftler und Angehörige anderer Berufe bestimmt, die jünger als 35 Jahre sind. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury; das Preisgeld beträgt 5000 Euro.

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Arbeiten der wissenschaftlichen Publizistik sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2014 im In- oder Ausland verbreitet wurden und in enger Beziehung zur Sozialen Marktwirtschaft stehen. Bewerbungen oder Vorschläge Dritter müssen der Stiftung zusammen mit einem kurzen Lebenslauf bis zum 1. Februar 2015 zugehen.

Der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

Roland Tichy

Ulrich Blum • Ursula Heinen-Esser

Oswald Metzger • Alexander Tesche



**LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG**

Impressum

Herausgeber:	Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
Anschrift:	Johanniterstraße 8, 53113 Bonn;
Telefon/Telefax:	Tel.: 02 28/5 39 88-0; Fax: 02 28/5 39 88-49
E-Mail:	info@ludwig-erhard-stiftung.de
Internet:	www.ludwig-erhard-stiftung.de
Bankverbindung:	Deutsche Bank AG Bonn BIC: DEUTDE3300 IBAN: DE39 3807 0059 0027 2005 00
Redaktion:	Berthold Barth, Natalie Furjan, Lars Vogel
Graphische Konzeption:	Olaf Schumacher, Königswinter
Druck und Herstellung:	Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen
Vertrieb:	Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH, Gerokstraße 51, 70184 Stuttgart, Telefax: 0711 / 24 20 88
ISSN:	0724-5246

Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 140 – Dezember 2014. Die Orientierungen erscheinen halbjährlich. Alle Beiträge in den Orientierungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung bedürfen der Genehmigung der Redaktion. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder.

α LUCIUS
LUCIUS



Stuttgart